



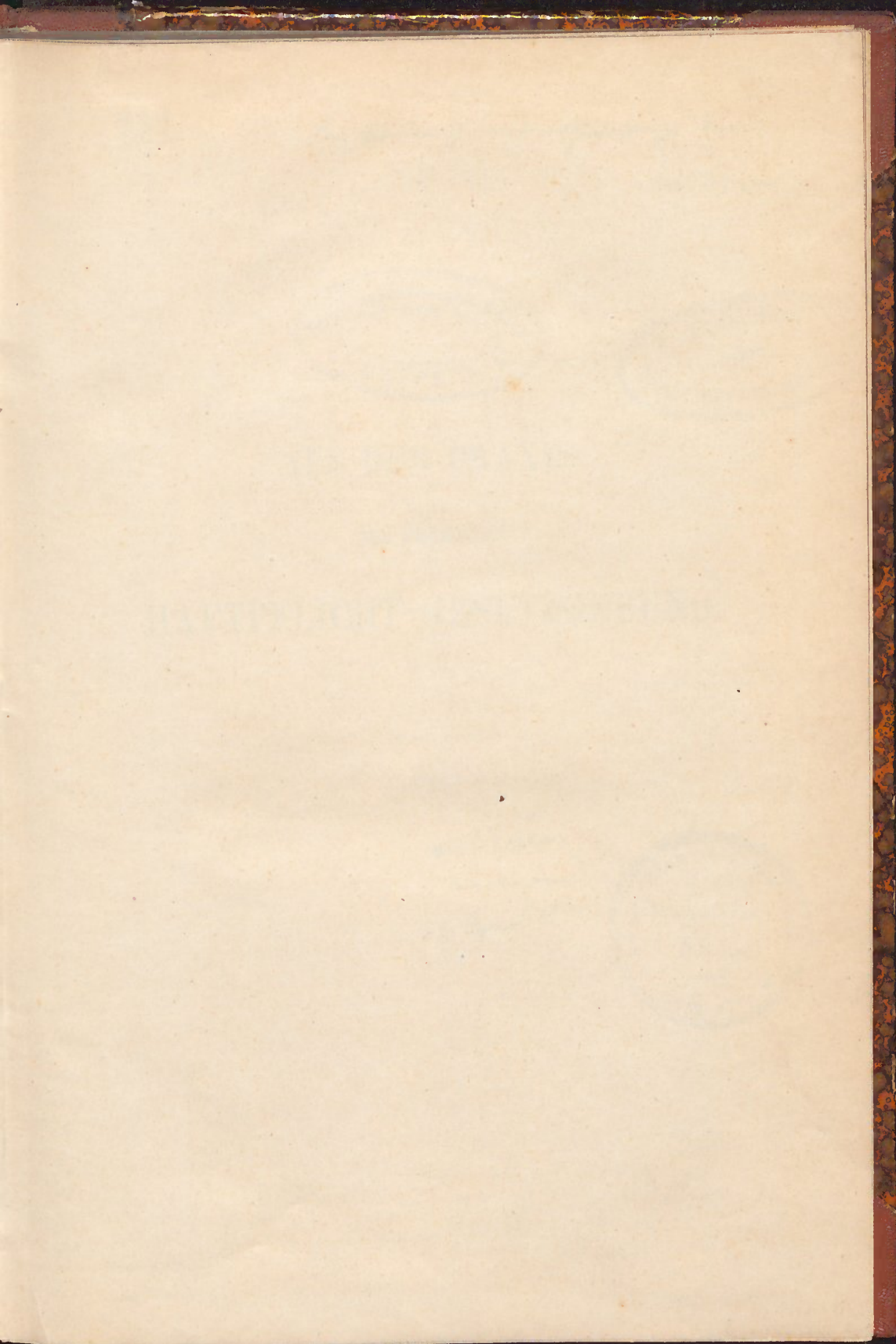




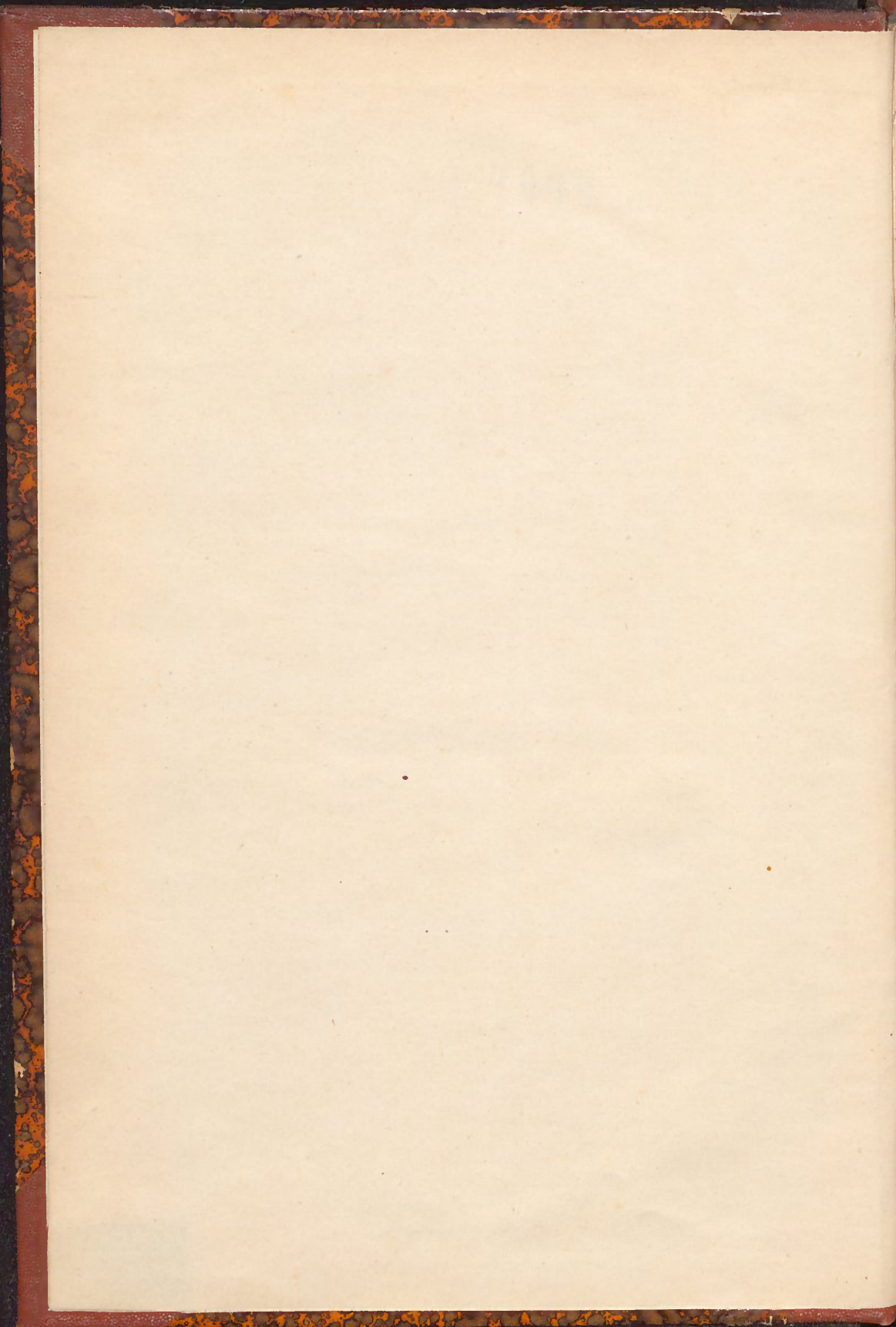
I 4999

CARL REESE  
BUCHBINDEEI &  
PAPIERHANDLUNG  
KIEL, KLINKE 8





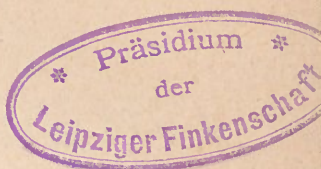






129.

*Am Abendmahl - volkswirtschaftliche Verein  
in Leipzig.*



AUS DER PRAXIS

DER FRÜHEREN

HAFTPFLICHT-GESETZGEBUNG.

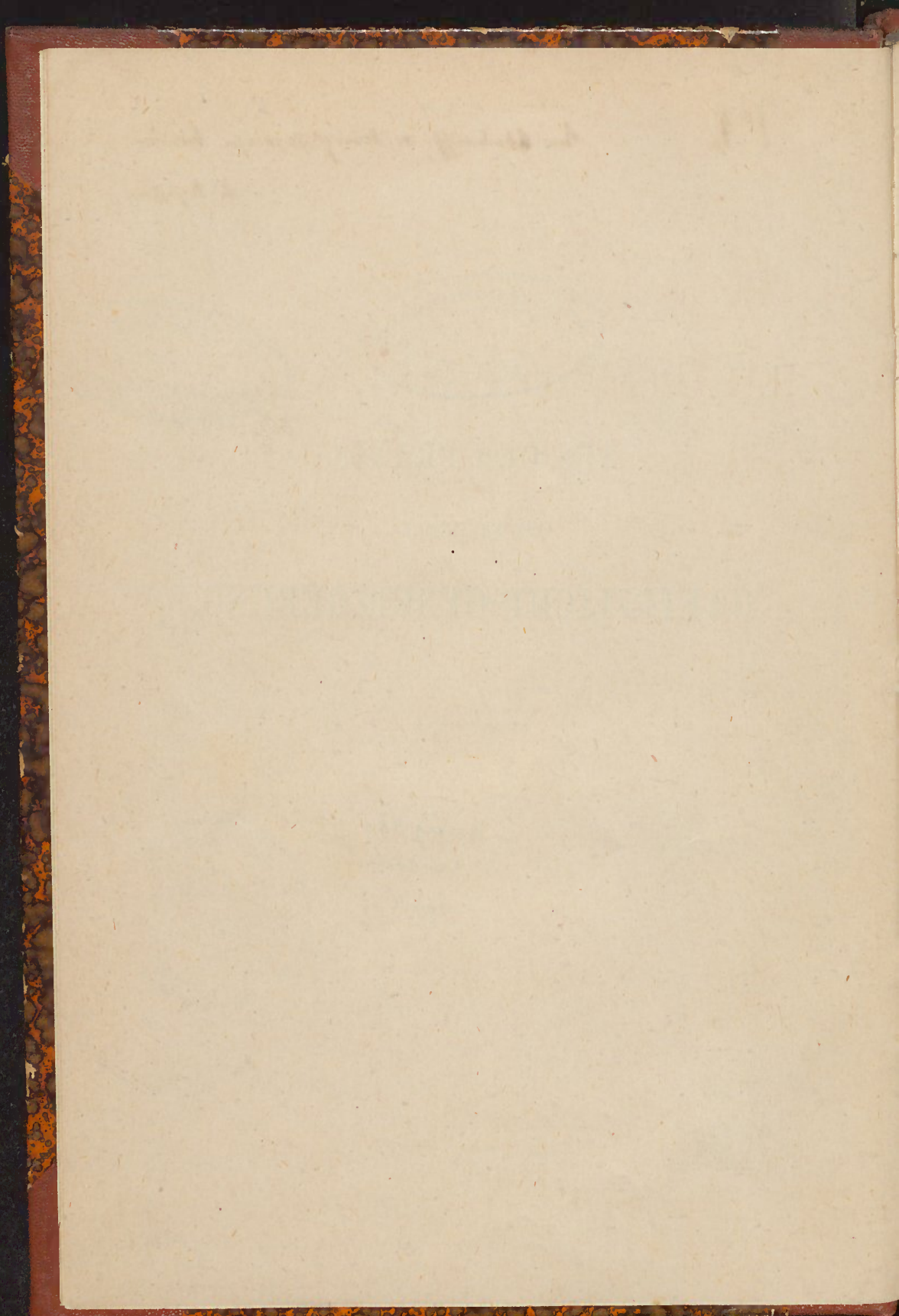
*antiquar.  
anworbau  
April 09*









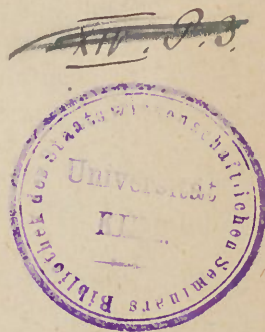




AUS DER PRAXIS  
DER FRÜHEREN  
HAFTPFLICHT-GESETZGEBUNG  
IN DEUTSCHLAND  
UND DER SICH AN DIESELBE ANSCHLIESSENDEN  
UNFALLVERSICHERUNG.

DISSERTATION  
DER  
PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT DER UNIVERSITÄT LEIPZIG  
ZUR ERLANGUNG DES DOKTORGRADES  
FINGEREICHT VON  
ADOLF LEHR.

LEIPZIG  
DRUCK VON GIESECKE & DEVRIENT  
1888.





## VORBEMERKUNG.

Die nachstehende Arbeit beruht auf einer Reihe von Beobachtungen und Erfahrungen, welche ich im Laufe einer zwölfjährigen Thätigkeit bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig, der grössten deutschen Gesellschaft auf diesem Gebiete, zu sammeln Gelegenheit hatte. Der bedeutende Geschäftsumfang der Bank gestattete die Gewinnung eines besonders reichhaltigen Materials, während gleichzeitig die Bildung eines unbefangenen Urtheils über den hier zu besprechenden Theil der sogen. „socialen Frage“ durch den Umstand noch ganz besonders ermöglicht wurde, dass die Leipziger Unfallbank eine auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherungs-Anstalt war, welche die Erzielung irgend eines Gewinnes aus ihrer Thätigkeit principiell ausgeschlossen hatte, eine Thätigkeit, deren auch für den Arbeiterstand segensreiche Wirkungen an berufener Stelle wiederholt Anerkennung gefunden haben.

Bevor ich bei der Leipziger Unfallbank eintrat, war ich ebenfalls zwölf Jahre lang technischer Beamter und Leiter umfangreicher industrieller Betriebe, hatte also Gelegenheit die Erfordernisse solcher Betriebe sowohl, als auch die Verhältnisse und den Charakter der Arbeiter aus eigener Anschauung kennen zu lernen und glaube somit in doppelter Hinsicht zu einem Urtheile über die Folgen der früheren Haftpflichtgesetzgebung berechtigt zu sein.

Eine Besprechung dieser Folgen ist durch das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 keineswegs überflüssig gemacht, da einmal die Arbeitergesetzgebung auch heute noch zu keinem abschliessenden Ende gekommen ist, da es ferner noch immer Politiker gibt, welche das Verlassen des Principis der „Haftpflicht“ und die Einführung



des Principes der „Unfallversicherung“ tadeln zu müssen glauben, und endlich weil die Frage einer Verstaatlichung des Versicherungswesens überhaupt auch gegenwärtig noch nicht von der Tagesordnung verschwunden ist. —

Die Folgen der früheren Haftpflichtgesetzgebung lassen sich nun nicht anders besprechen, als unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung und das richterliche Verfahren überhaupt, wie sie sich rücksichtlich dieser Materie allmählich herausgebildet hatten und möchte ich daher gleich an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben, dass mir nichts ferner liegt, als eine absprechende Kritik zu üben, oder Vorwürfe gegen unseren Richterstand zu erheben. Lediglich das Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 selbst trägt die Schuld, wenn seine Anwendung und Auslegung die beiden von ihm zunächst berührten Parteien — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — verbitterten; der Richter musste mit dem Gesetze rechnen, wie es einmal war, ihn also darf man wahrlich nicht für dessen Mangelhaftigkeit verantwortlich machen.

Wenn man mir aber den Einwand entgegenhalten wollte, die von mir zur Erörterung gestellte Frage sei eine lediglich juristische, eine Besprechung der hier einschlagenden Gesetzgebung und ihrer Handhabung liege also ausserhalb des Rahmens einer volkswirtschaftlichen Arbeit, so meine ich, dass es sich im Gegentheile hier gerade um eine eminent volkswirtschaftliche Angelegenheit handelt, die zwar auch ihre juristische Seite hat, bezüglich deren ich aber, wenn man einmal die Frage aufwirft, ob sie von nationalökonomischen oder juristischen Gesichtspunkten aus zu beurtheilen sei, am besten auf die Worte meines hochverehrten Lehrers verweise:

„Wie jeder wirtschaftliche Akt, bewusst oder unbewusst, Rechtsformen voraussetzt, so hat auch die überwiegende Mehrzahl der Rechtsgesetze und Urtheile einen wirtschaftlichen Inhalt. In zahllosen Fällen gibt uns die Rechtswissenschaft nur das äusserliche Wie, erst die Nationalökonomie fügt das tiefere Warum hinzu.“ (Roscher, Grundlagen der Nationalökonomie, § 16.)



## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorbemerkung . . . . .	V
Erster Abschnitt.	
Die Gesetzgebung vor Erlass des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884. ihre Anwendung und ihre Folgen . . . . .	1
Zweiter Abschnitt.	
Die Reformbewegung und die verschiedenen Gesetzesvorlagen der Reichs- regierung . . . . .	40
Dritter Abschnitt.	
Statistisches Material zur Beurtheilung des Unfallrisikos und zur praktischen Unfallverhütung . . . . .	82
Nachtrag . . . . .	114







## ERSTER ABSCHNITT.

---

### Die Gesetzgebung vor Erlass des Unfall-Versicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884, ihre Anwendung und ihre Folgen.

---

Die Begründung des Gesetzentwurfs vom 8. März 1881, betr. die Unfallversicherung der Arbeiter, enthält folgenden Satz:

„Es lässt sich nicht verkennen, dass der § 2 des Gesetzes vom 7. Juni 1871 der Absicht, den Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen der mit seinem Berufe verbundenen Gefahren sicher zu stellen, nur unvollkommen entspricht, dass unter Umständen der Arbeitgeber durch die Haftpflicht in einer übermässigen Weise belastet wird, dass durch das Gesetz statt der gehofften Verbesserung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in weitem Umfange der entgegengesetzte Erfolg herbeigeführt und im Ganzen eine Situation geschaffen ist, deren Beseitigung im Interesse beider Klassen der gewerblichen Bevölkerung gleich wünschenswerth erscheint.“ —

Eine schärfere Verurtheilung des Gesetzes vom 7. Juni 1871, betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w. herbeigeführten Tödtungen und Körperverletzungen, oder wie es hier kurz bezeichnet werden soll, des Haftpflichtgesetzes, lässt sich nicht wohl denken; aber es wird gewiss allseitig zugegeben werden, dass sie eine durchaus



gerechtfertigte war, gerechtfertigt auch insofern, als sie darauf hinwies, dass durch jenes Gesetz nicht nur — wie vielfach angenommen — bezüglich der Arbeiter im höchsten Grade unbefriedigende Zustände geschaffen worden waren, sondern auch der Industrie Lasten auferlegt wurden, welche die gedeihliche Fortexistenz gerade derjenigen gewerblichen Einrichtungen auf die Dauer ernstlich gefährdeten, auf welchen allein die Verdienstmöglichkeit des Arbeiters beruht. —

So verschieden unter einander auch die Wege waren, welche die Reichsregierung zur Beseitigung des einmal als unhaltbar erkannten Zustandes in ihren Gesetzentwürfen von 1881, 1882 und 1884 einschlug, so ablehnend sich auch der Reichstag den beiden erstgenannten Entwürfen gegenüber verhielt, und so verhältnissmässig bedeutend die Minorität noch war, welche dem jetzt zum Gesetz gewordenen Entwurfe von 1884 widersprach, darüber waren Regierung und Reichstag immer einig, dass das Haftpflichtgesetz einer gründlichen Revision bedürfe und dass in dem § 2 desselben der Hauptfehler zu suchen sei. Der Hauptfehler, denn dass auch noch andere Bestimmungen dieses Gesetzes keineswegs glückliche zu nennen seien, darüber bestand ebenfalls kein Zweifel, am wenigsten bezüglich des § 4 desselben, welcher ja wohl in der Hauptsache nur dem ständigen Amendirungsbedürfnisse des Abgeordneten LASKER seine Entstehung verdankte. —

Die socialen und wirthschaftlichen Uebelstände, welche das Haftpflichtgesetz zur Folge hatte, waren eben mit so erschreckender Deutlichkeit in die Erscheinung getreten, dass eine Reform, eine schleunige, auf durchaus veränderter Grundlage aufbauende Reform unabweislich geworden war und wenn man trotzdem noch heute nicht selten die Behauptung aussprechen hört, die gegenwärtige Unfallversicherungs-Gesetzgebung habe wiederum durchaus unbefriedigende Zustände geschaffen, so dürften derartige Vorwürfe sich in der Hauptsache doch wohl nur gegen die der heutigen berufsgenossenschaftlichen Organisation allerdings unleugbar anhaftende Umständlichkeit und Schwerfälligkeit richten, zumal in Folge dieser Art der Organisation bei einzelnen Berufsgenossenschaften (namentlich den die ungefährlicheren Betriebszweige umfassenden) die Verwaltungskosten sich unverhältnissmässig viel höher gestaltet haben, wie die Ausgaben für Entschädigung verletzter Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen. Man darf aber hierbei nicht übersehen, dass manche dieser Verwaltungsausgaben nur einmalige gewesen sind,



dass sich auf dem Wege der Statutänderung, äussersten Falls durch eine zweckmässige Gesetzesreform jene Schwerfälligkeit und Kostspieligkeit der Verwaltung wird herabmindern lassen, und jedenfalls wird man bei unbefangener Prüfung der Frage, wohin es mit der deutschen Industrie gekommen sein würde, wenn die Folgen der alten Haftpflichtgesetzgebung sich in der begonnenen Weise weiter entwickelt hätten, sich selbst dann zu Gunsten der neuen Gesetzgebung — mindestens als des kleineren Uebels — entscheiden, wenn man auch im Allgemeinen keine allzu grosse Befriedigung über die Letztere empfindet. —

An der Hand der Praxis, auf Grund eigener langjähriger Erfahrung soll nun in der vorliegenden Arbeit nachgewiesen werden, welcher Art die Folgen unserer früheren Haftpflichtgesetzgebung gewesen sind, sowie der weitere Nachweis geführt werden, dass dieselbe oft genug den Arbeitgeber in unbilliger Weise belastete, ohne doch dem Arbeiter ausreichenden Schutz zu gewähren, dass sie vielmehr den nachtheiligsten, mitunter geradezu einen entsittlichenden Einfluss auf diesen geübt hat. Wenn ich dabei manche traurige Erscheinung aus der Arbeiterwelt erwähnen muss, so liegt es mir selbstverständlich fern, dafür den ganzen Stand verantwortlich zu machen, und wenn ich ebenso vor Allem die Rechtssprechung in Haftpflichtsachen einer Beleuchtung vom Standpunkte ihrer praktischen Folgen für Unternehmer und Arbeiter unterziehen werde, so bin ich, wie schon im Eingange bemerkt, nicht minder weit davon entfernt, den Richterstand für Fehler und Mängel verantwortlich zu machen, welche in der Gesetzgebung selbst lagen.

Ich lasse in der nachstehenden Besprechung den die Haftpflicht der Eisenbahnen regelnden § 1 des Gesetzes vom 7. Juni 1871 ganz ausser Betracht, und will nur beiläufig bemerken, dass bereits das preussische Gesetz über Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 mit den Principien des römischen Rechts über die Ersatzpflicht gebrochen hatte, insofern sich nach demselben die Eisenbahngesellschaft von der Haftbarkeit für einen Schaden nur durch den Nachweis befreien konnte, dass dieser durch eigenes Verschulden des Geschädigten oder unabwendbaren äusseren Zufall entstanden sei; wir finden also bereits hier die Präsomtion eines Verschuldens des Unternehmers. —

Im Allgemeinen aber war in Deutschland bis zum Erlass des Haftpflichtgesetzes die Frage der Verbindlichkeit zur Ersatzleistung

Die ältere  
Gesetzgebung.



in Unfällen der Arbeiter lediglich in privatrechtlichem Sinne beurtheilt worden.\*)

Gewiss war die im römischen, wie im gemeinen Rechte liegende Auffassung der Verbindlichkeit des Unternehmers, welcher den Unfall eines seiner Arbeiter selbst verschuldet hat, als eine lediglich privatrechtliche durchaus begründet; sie genügte aber dem Umstande gegenüber nicht mehr, dass seit Bildung jener Rechte eine so enorm gesteigerte Verwendung von Naturkräften Platz gegriffen hatte, deren Wirkungen und Verwerthbarkeit damals noch völlig unbekannt gewesen waren; jene Auffassung genügte aber auch insofern nicht mehr, als es für den Umfang der wirtschaftlichen Nothlage des verletzten Arbeiters durchaus gleichgültig ist, wer den Unfall verschuldet hat, der Arbeitgeber oder eine andere Persönlichkeit. Aus dieser Erkenntniss heraus construirte man im Haftpflichtgesetz eine Ersatzpflicht des Unternehmers über die Grenzen des eigenen Verschuldens hinaus; man führte die Haftbarkeit desselben auch für den Fall ein, dass sein Bevollmächtigter den Unfall herbeigeführt habe; ein Nothbehelf, der sich in der Folge allerdings recht schlecht bewährt hat. — Ganz neu war indess diese weitergehende Ersatzpflicht des Unternehmers auch nicht, da bereits das aquilische Gesetz denselben für das Verschulden seines Beauftragten haftbar machte, allerdings nur im Falle eines nachweislichen Verschuldens bei der Auswahl desselben (*culpa in eligendo*), eine Bestimmung, die, wenn auch in beschränktem Umfange im preussischen Landrecht Aufnahme gefunden hat (Th. I. Tit. 6 § 53).

Die Gewerbe-  
ordnung für das  
deutsche Reich.

Wiederum lediglich von einem persönlichen Verschulden des Unternehmers selbst und seiner daraus abzuleitenden Haftpflicht handelt der § 120<sup>a</sup> der Gewerbeordnung für das deutsche Reich und es soll weiter unten ausgeführt werden, dass diese Bestimmung eine so vorzügliche Handhabe zur Konstruirung einer Ersatzpflicht des Unternehmers abgab, wie sie sich der Gesetzgeber sicherlich nicht gedacht hat, zumal die in dem genannten Paragraphen vorgesehenen Vorschriften des Bundesrathes, welche Einrichtungen für alle Anlagen einer bestimmten Art herzustellen seien, bis zum heutigen Tage noch nicht erlassen sind; ein nach meiner

\*) FLESCHE, Haftpflicht, Unfallversicherung und Normalarbeitstag, Seite 4, hebt hervor, dass in unseren Pandektenlehrbüchern die gesammte Lehre von der Haftpflicht der Unternehmer nur als Anhang zur *lex Aquilia* und allenfalls auch in der allgemeinen Lehre von der Schadenersatzpflicht, der *culpa*, dem *casus* u. s. w. immer aber nur ganz kurz erwähnt werde. —



Ansicht überhaupt undurchführbares Unternehmen. (Vergleiche das Scheitern eines darauf gerichteten Versuches der Reichsregierung im Jahre 1880).

Um Missverständnisse zu vermeiden, will ich hier hervorheben, dass ich den Erlass solcher allgemein gültigen Vorschriften deswegen für unmöglich halte, weil sie sich kaum mit der doch gerechter Weise zu fordernden Gleichmässigkeit für die einzelnen Betriebszweige, noch weniger aber mit dem ständigen Wechsel und Fortschreiten der technischen Verhältnisse vereinbaren lassen würden. Bei der Schwierigkeit, diesen berechtigten Ansprüchen zu genügen, halte ich den Erlass solcher Ausführungsverordnungen als Grundlage für eine richterliche Entscheidung über die Schuldfrage in Haftpflichtprozessen für unmöglich, während die Unfallverhütungsvorschriften, wie sie jetzt die Berufsgenossenschaften erlassen, als die zweckmässigste Ergänzung zu dem § 120<sup>a</sup> der Gewerbeordnung anzusehen sein dürften. — Wie bedenklich übrigens dieser Paragraph bei dem Mangel bestimmter Ausführungsverordnungen für den Gewerbetreibenden werden konnte, dafür ein Beispiel:

In einem Haftpflichtprozesse hatte der vernommene Sachverständige (ein staatlicher Aufsichtsbeamter) dem Unternehmer daraus einen Vorwurf gemacht, dass er an seiner Kreissäge eine Schutzvorrichtung nicht angebracht habe, welche bereits vor längerer Zeit in den Berichten der Association pour prévenir les accidents de machines zu Mülhausen i. E. beschrieben worden sei und der betr. Unternehmer wurde dann auch zum Schadensersatz verurtheilt. Es dürfte aber in der That doch nur eine sehr geringe Anzahl von Schneidemühlenbesitzern in der Lage sein, von jenen nur in französischer Sprache erscheinenden Berichten Kenntniss zu erhalten und sie mit Verständniss zu lesen.

Weit hinaus jedoch über die bis jetzt besprochenen gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Haftpflicht des Arbeitgebers ging der § 1384 des Code civil: Der Code civil.

On est responsable non seulement du dommage, que l'on cause par son propre fait, mais encore de celui, qui est causé par le fait des personnes, dont on doit répondre.

Hier wird also der Unternehmer bereits für das Verschulden eines gewöhnlichen, in seinen Diensten befindlichen Arbeiters verantwortlich gemacht und dadurch in einer Weise belastet, die nur darin eine Erklärung vielleicht, aber darum doch keine Rechtfertigung findet, dass man zunächst denjenigen für einen



Schaden haftbar machen wollte, welcher wenigstens über die Mittel verfügte, ihn nach der pekuniären Seite wieder auszugleichen.\*)

Welch traurige Früchte gerade diese Gesetzesbestimmung, die in der preussischen Rheinprovinz, der bayrischen Pfalz, in Rheinhessen Geltung und auch im badischen Landrecht Aufnahme gefunden hat, zeitigte, darauf wird weiter unten noch wiederholt zurückgekommen werden müssen. —

Alle im Vorstehenden erwähnten gesetzlichen Bestimmungen hatten, soweit sie älteren Ursprungs wie das Haftpflichtgesetz waren, bis zum Erlass des letzteren so wenig Anwendung gefunden, dass man hätte annehmen können, sie seien förmlich in Vergessenheit gerathen. Erst als nach dem Erlasse jenes Gesetzes sich in Folge der in seinem § 2 aufgeworfenen Schuldfrage die Haftpflichtprozesse zu einer immer häufiger und immer unerfreulicher werdenden Erscheinung auszubilden begannen, wurden auch diese älteren Gesetze wieder der Vergessenheit entrissen, erfuhren eine früher nie gekannte ausgedehnte Anwendung und es gehörte keineswegs zu den Seltenheiten, dass eine Schadenersatzklage kumulirend auf mehrere der erwähnten Bestimmungen gestützt wurde, wobei man sogar oft genug den Dienstmiethevertrag zur Konstruirung einer Haftpflicht heranzog in einer Anwendung, an welche früher gewiss Niemand gedacht hätte. — Beiläufig soll hier erwähnt werden, dass auch bezüglich der Höhe des Schadenersatzes öfter mehrere Gesetze gleichzeitig zur Anwendung kamen, insofern in Klagen, die nicht auf Grund des Haftpflichtgesetzes selbst erhoben waren, neben dem Ersatz für den Verdienstentgang noch ein Schmerzensgeld erstritten werden konnte. (Sächsisches bürgerliches Gesetzbuch § 1489, bayrisches Landrecht Thl. IV C. 16 § 6. u. s. w.) —

Das Gesetz vom  
7. Juni 1871.

Der § 2 des Haftpflichtgesetzes machte also den Unternehmer haftbar für das Verschulden einer dritten — allerdings mit seiner Vertretung beauftragten — Person, legte aber den Nachweis dieses Verschuldens dem Geschädigten auf. Schon während der Verhandlungen des Reichstags über diese Materie erhob sich lebhafter Widerspruch hiergegen aus industriellen Kreisen, nicht minder aber erhoben sich sofort Zweifel, die sich auch in der Folgezeit

\*) „Liegt die Schuld des Unfalles am Arbeitsherrn selbst, so bedarf solche (Entschädigungs-) Pflicht keiner weiteren Begründung; liegt sie an einem Mitgliede seines Personals, so würde ein Anspruch an den Schuldigen ohne Vertretung dieses Letzteren durch den Herrn selten zum Zwecke führen.“ (Roscher, System der Volkswirtschaft Bd. 3 § 152.)



als durchaus berechtigte erwiesen, darüber, ob das Gesetz in der That, wie doch beabsichtigt, geeignet sein werde, den Arbeiter möglichst überall und möglichst ausreichend gegen die wirthschaftlichen Folgen von Betriebsunfällen zu sichern und nur zu bald stellte es sich heraus, dass durch das neue Gesetz ein für beide Theile höchst unbefriedigender Rechtszustand geschaffen worden sei.

Mit demselben verhängnissvollen Augenblicke, in welchem man Die Schuldfrage. den Entschädigungsanspruch der einen Seite von einem Verschulden der anderen abhängig machte, war auch sofort der Anlass zu den zahlreichsten und unerquicklichsten Streitigkeiten gegeben. Es ist nur allzu sehr in der menschlichen Natur begründet und wird überdies dadurch, dass zahlreiche Unfälle durch das gleichzeitige Zusammentreffen verschiedener Umstände herbeigeführt werden, noch erklärlicher, dass der verletzte Arbeiter stets geneigt war, ein seinen Lohnherrn belastendes Verschulden eines Angestellten desselben, resp. eine mangelhafte Betriebseinrichtung als Ursache seines Unfalles hinzustellen, während andererseits der Unternehmer diese Ursache in der Unvorsichtigkeit oder Ungeschicklichkeit des Arbeiters selbst erblickte und schon in Rücksicht darauf gezwungen war, jedes eigene Verschulden oder das seiner Betriebsleitung auf das Entschiedenste zu bestreiten, dass ihm durch ein etwaiges Anerkenntniss seiner Schadenersatzpflicht ganz bedeutende Lasten und höchst bedenkliche Folgen bezüglich seiner übrigen Arbeiter erwachsen würden.

Wenn man absichtlich den Frieden zwischen Arbeitgebern und -nehmern hätte zerstören wollen, man hätte nicht geschickter verfahren können, als es hier geschehen ist. Mit dem Aufwerfen der Schuldfrage öffnete sich eine tiefe Kluft zwischen den beiden Ständen, wurden sie in einen erbitterten Gegensatz zu einander gebracht, während thatsächlich ihre Interessen doch wesentlich identische sind und die nunmehr mit Nothwendigkeit entstehenden Streitigkeiten wirkten vergiftend auf das ganze industrielle Leben. Und dies um so mehr, als leider auch noch manch' andere Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes nur allzu sehr geeignet waren, die berechtigte Unzufriedenheit bald der einen, bald der anderen Partei zu erregen.

So machte sich u. A. schon bei den ersten Anwendungen des Gesetzes der Uebelstand fühlbar, dass es an einer erschöpfenden und allgemein anerkannten Definition des Begriffes „Fabrik“ fehlte. Die Motive zum Haftpflichtgesetz erkannten diesen Uebelstand zwar

Der Begriff  
„Fabrik.“



an, ohne jedoch nur einen anderen Versuch zu seiner Beseitigung zu machen, als dass sie ausführten, es sei in Zweifelfällen dem Richter zu überlassen, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob es sich um ein Fabrikunternehmen handle oder nicht. Bei der Generaldebatte im Reichstag sprach sich der Bundesrathscommissar Dr. FALK dahin aus, man werde vertrauen dürfen, dass der Richter, dem doch ganz anders schwere Fragen zur Lösung obliegen, die richtige Entscheidung zu treffen wissen werde (Stenograph. Bericht I. S. 207); wie sich diese Erwartung in der Praxis, d. h. gegenüber der natürlichen Auffassung und Beurtheilung der beiden durch das Haftpflichtgesetz getroffenen Stände erfüllt hat, davon soll gleich gesprochen werden.

Es muss zugegeben werden, dass es nicht möglich ist, den Begriff „Fabrik“ juristisch vollkommen zu präcisiren; aber es war darum nicht weniger unrichtig, die Entscheidung darüber, ob es sich in dem gegebenen Falle um eine Fabrik handle, lediglich dem freien Ermessen des Richters zu überlassen und „diesen dadurch zum Gesetzgeber in jedem einzelnen Falle zu machen“ (BARON, Zur Fortbildung des Haftpflichtgesetzes) statt ihm durch das Gesetz gewisse Merkzeichen zur Feststellung der „Fabrik“ an die Hand zu geben, wie dies auch bei der Berathung des Gesetzentwurfs im Reichstage verlangt wurde. Eine derartige Kennzeichnung wäre sehr wohl möglich gewesen und hätte durch den Zusatz vortrefflich ergänzt werden können, dass der Bundesrath darüber zu entscheiden habe, welche Unternehmungen im Uebrigen als Fabriken im Sinne dieses Gesetzes anzusehen seien, eine Bestimmung, die bereits im § 16 der Gewerbeordnung für das deutsche Reich ihren Vorgang hatte, und auch im gegenwärtig gültigen Unfallversicherungs-Gesetz Aufnahme gefunden hat; wenn auch mit der Abweichung, dass die Entscheidung nicht in die Hände des Bundesraths, sondern des Reichsversicherungs-Amtes gelegt ist. \*)

Wie hat sich nun in der Praxis die dem freien richterlichen Ermessen unterstellte Entscheidung, ob sich ein Unfall „beim Betriebe einer Fabrik“ ereignet habe, gestellt? Während einzelne Commentatoren des Gesetzes wie EGER und ENDEMANN es noch für zweifelhaft hielten, ob Hüttenwerke, Walzwerke, Metallschmelzen zu den „Fabriken“ gehörten, hat bereits das Reichsoberhandelsgericht diese

\*) Ueber die charakteristischen Merkmale der „Fabrik“ vergleiche ROSCHER, System der Volkswirtschaft Bd. III § 112 und EGER, das Haftpflichtgesetz S. 170.



Frage bejahend beantwortet; es hat aber andererseits die Entscheidung darüber, ob eine Bierbrauerei als Fabrik anzusehen sei, von der Grösse des Betriebes abhängig gemacht und ebenso eine Ziegelei nur dann als Fabrik erklärt, wenn sie im Grossen und fabrikmässig betrieben werde.\*)

Im Laufe der Zeit bildete sich allerdings die constante Praxis aus, dass Unternehmungen der genannten Art stets als unter den § 2 des Haftpflichtgesetzes fallend anzusehen seien, aber bis zur Ausbildung dieser Praxis musste es doch auf den in einer kleinen Brauerei oder Ziegelei verunglückten Arbeiter im höchsten Grade verbitternd einwirken, wenn ihm eine Entschädigung verweigert werden konnte, die dem, zwar auf einer grösseren Brauerei oder Ziegelei, aber ganz aus derselben Ursache wie er, verletzten Berufsgenossen rechtlich hatte gewährt werden müssen. Und wie sollte es gar ein Arbeiter begreiflich finden, dass ein Unternehmer allerdings dann nach dem Haftpflichtgesetz verantwortlich gemacht werden könne, wenn er Steine hatte brechen, Erdmassen hatte heben und fortschaffen lassen, um sie als solche zu gewinnen und zu verwerthen, nicht aber dann, wenn das Brechen von Steinen zur Ausführung eines anderen Unternehmens (Bau eines Tunnels oder einer Strasse) nothwendig gewesen, wenn das Unternehmen auf diese Hebung und Fortschaffung von Erdmassen lediglich zu baulichen Zwecken gerichtet war! (Vergl. auch hierüber BARON a. a. O.). Kennzeichnend sind nach dieser Richtung hin die Entscheidungen des R.-O.-H.-Gerichts Bd. 20 S. 3 und Bd. 23 S. 403; in beiden Erkenntnissen wird ausdrücklich hervorgehoben, es könne bei dem singulären Charakter des Haftpflichtgesetzes Rücksicht weder darauf genommen werden, dass für die hier vorliegenden Unternehmungen die Gründe, welche bei Erlass dieses Gesetzes leitend gewesen seien, vielleicht in höherem Maasse zutreffend erscheinen möchten, als für manche Gräberei, noch darauf, dass das Steinebrechen in derselben Arbeitsweise, wie es beim Betriebe eines Steinbruchs zu geschehen pflegt, stattgefunden habe, noch endlich darauf, dass die damit verbundene Gefahr die gleiche, ja eine grössere gewesen sei, wie im letzteren Falle! — Von lediglich juristischem Standpunkte aus sind diese Ausführungen gewiss durchaus richtig; ob sie aber deshalb auch den verletzten Arbeiter oder seine Hinterbliebenen zu befriedigen oder auch nur zu überzeugen vermochten, ist eine

---

\*) Vergl. hierzu: BARON, Zur Fortbildung des Haftpflichtgesetzes.



ganz andere Frage und zweifellos drängten derartige Entscheidungen, die nach Lage der Sache gar nicht anders erfolgen konnten, zur schleunigen Reformirung eines Gesetzes, welches doch gerade die wirtschaftliche Sicherstellung und Befriedigung der arbeitenden Klassen zum ausgesprochenen Zwecke hatte, indem sie den unwiderleglichen Beweis dafür erbrachten, dass der bislang hierzu eingeschlagene Weg ein vollkommen verfehelter gewesen war.

Der Begriff  
„beim Betriebe“

In engem Zusammenhange hiermit steht der bei Auslegung des Begriffes „beim Betriebe“ hervortretende Uebelstand. Auch der § 2 des Haftpflichtgesetzes erklärt einen ursächlichen Zusammenhang zwischen „Betrieb“ und „Unfall“ für erforderlich, sodass also die Frage, ob ein Unfall als durch den Betrieb herbeigeführt anzusehen sei, ebenfalls zur richterlichen Entscheidung kam, freilich oft in einer Weise, welche den Unternehmer wie den Arbeiter auf's Höchste überraschen musste; den Ersteren insofern, als eine von ihm nicht für möglich gehaltene Auslegung ihn aus einem ganz unerwarteten Grunde von jeder Ersatzpflicht befreite, den Letzteren, weil er die Stichhaltigkeit dieses Grundes nicht einzusehen vermochte. Ich will ganz davon absehen, dass anfänglich in juristischen Kreisen sogar Zweifel darüber bestanden, ob die kontraktmässig übernommene Aufstellung von in der Fabrik angefertigten Gegenständen am Gebrauchsorte als zum Betrieb gehörig und unter den Geltungsbereich des Gesetzes fallend angesehen werden könnte; ich will nur auf die Entscheidungen hinweisen, nach welchen in Unfällen, die sich beim Transport von Rohmaterial zur Fabrik und fertiger Produkte von der Fabrik weg ereigneten, der Arbeitgeber nicht für das Verschulden eines Bevollmächtigten verantwortlich gemacht werden könne, weil das Haftpflichtgesetz nur gegen die dem speciellen Gewerbebetriebe als solchem eigenthümliche Gefahren habe schützen wollen, nicht aber auch gegen Gefahren, welchen man auch in anderen Gewerbebetrieben, namentlich solchen, die nicht unter jenes Gesetz fielen, ausgesetzt sei. Da es sich in der vorliegenden Arbeit nicht um eine juristische Kritik des Haftpflichtgesetzes und seiner Auslegung handelt, sondern um eine Darstellung seiner Folgen für Unternehmer und Arbeiter, so soll die Stichhaltigkeit dieser Motivirung hier nicht erörtert werden. (BARON z. B. hält sie auch für juristisch unrichtig). Aber soviel ist gewiss, dass sich der nicht juristisch gebildete Laie sagen muss, ohne Transporte zu und von der Fabrik sei ein „Betrieb“ überhaupt gar nicht möglich, es müssten also auch die hierbei vorkommenden Unfälle als Betriebsunfälle im Sinne des Haftpflichtgesetzes



angesehen werden. Der einfache Arbeiter aber, der bei einem solchen Transporte verletzt wurde, konnte jene Motivierung niemals begreifen, geschweige denn billigen und seine aus einer derartigen Abweisung seiner Entschädigungs-Ansprüche entspringende, nur zu begreifliche Erbitterung musste sich in gleicher Weise gegen den Unternehmer, wie gegen den Gesetzgeber richten. Oder könnte man im Ernste dem Arbeiter etwa einen Vorwurf daraus machen, wenn es ihm nicht einleuchten wollte, dass er unter Umständen wohl auf Entschädigung Anspruch habe, wenn er beim Transporte z. B. eines Maschinentheils von einer Werkstätte zur andern innerhalb der Fabrik verunglücke, nicht aber dann, wenn er beim Transporte ganz desselben Gegenstandes von der Fabrik zur Eisenbahn zu Schaden kommen sollte?\*)

Derartige Gesetzesbestimmungen resp. Auslegungen der Begriffe „Fabrik“ und „Betrieb“, so juristisch unanfechtbar sie auch sein mögen, waren gewiss nur allzusehr dazu angethan, den gewöhnlichen Arbeiter daran zweifeln zu lassen, dass es dem Staate mit seinem ihm zugedachten Schutze auch wirklich Ernst sei; sie gefährdeten vielmehr in bedenklicher Weise den Glauben an das Recht im Lande und es bedarf nicht erst einer besonderen Auseinandersetzung darüber, welch' furchtbare Folgen die Erschütterung dieses Glaubens auf die Dauer hätte nach sich ziehen können. —

Wenn das Haftpflichtgesetz den Unternehmer für das Verschulden eines Bevollmächtigten, Repräsentanten oder einer zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder der Arbeiter angenommenen Person haftbar machte, so schien der Kreis derjenigen Persönlichkeiten, für deren Handlungen der Lohnherr einzustehen habe, genau umschrieben; dennoch aber gewann dieser Kreis durch die Auslegung des Gesetzes eine für die im praktischen Leben stehenden Unternehmer und Techniker eine ganz unerwartete Ausdehnung.

\*) Nach einer Entscheidung des R.-O.-H.-Gerichts Bd. 20 S. 13 fallen den Fabrikbetrieb vorbereitende Handlungen ebenfalls nicht unter den § 2 des Haftpflichtgesetzes und so konnte es u. A. geschehen, dass ein gegen eine Zuckerfabrik klagender Arbeiter, welcher bei Kesselnarbeiten vor Inbetriebsetzung der Fabrik durch abfliegende Eisensplitter ein Auge verloren und seine Klage damit begründet hatte, dass er zu einer ihm vertragsmässig nicht obliegenden und mit einer ihm nicht erkennbaren Gefahr verbundenen Arbeit verwandt worden sei, durch alle Instanzen abgewiesen wurde. — Derartige Entscheidungen legten, insofern sie die Verantwortlichkeit des Unternehmers erheblich einschränkten, eine den Arbeiter empfindlich benachteiligende Lücke des Gesetzes blos. Uebrigens dehnte eine spätere Entscheidung des R.-O.-H.-Gerichts vom 15. Septbr. 1879 die Verpflichtung des Unternehmers nach dieser Richtung hin wenigstens für einige bestimmte Voraussetzungen wieder aus. —

Die Persönlichkeiten, deren Verschulden den Unternehmer haftbar macht.



Dass die Beamten, Werkstättenvorsteher und Meister als solche Personen anzusehen seien, für deren Verschulden der Unternehmer zu haften habe, leuchtete ohne Weiteres Jedermann ein; dass diesen aber auch der sog. Colonnenführer, Drittelsführer und dergl., welchen man kaum als *primus inter pares* anzusehen gewohnt war, zugesellt wurde, erregte um so grösseres Aufsehen, als solche Leute in der Regel denjenigen Arbeitern im Lohne völlig gleichgestellt sind, welche durch die richterliche Entscheidung nunmehr als ihre Untergebenen bezeichnet wurden. Meiner Ansicht nach ist jedoch diese juristische Auffassung bezüglich der beiden eben genannten Kategorien auch vom Standpunkte des praktischen Lebens aus durchaus zutreffend; ich halte es bei dem ausgesprochenen Zwecke des Haftpflichtgesetzes auch für richtig, den Kreis jener Bevollmächtigten u. s. w. nicht zu eng zu ziehen, allein die Durchführung des Grundsatzes, dass es nicht auf den Umfang der erteilten Vollmacht ankomme, vielmehr die Wahrung eines einzelnen Beaufsichtigungsaktes bereits genüge, um den § 2 des Haftpflichtgesetzes anwendbar erscheinen zu lassen, hat denn doch zu Konsequenzen geführt, welchen man vom Standpunkte des Technikers unmöglich zustimmen konnte.\*)

So gerechtfertigt es nämlich in Rücksicht auf die besondere Lage des Falles erscheinen kann, wenn der Eisendreher oder Schlosser bezüglich des ihm in einer Maschinenfabrik zum Anlernen oder auch zur Aushilfe beigegebenen Lehrlings als eine Aufsichtsperson angesehen wurde, so wenig will es dagegen einleuchten, wenn die gleiche Eigenschaft auch einem Former beigelegt wurde gegenüber einem Tagelöhner, mit welchem er gemeinschaftlich eine Pfanne geschmolzenen Metalls zur Form trug. Obgleich die Rechtsprechung in dieser Beziehung von Anfang an eine constante gewesen ist, sind mir doch bedeutende Industrielle bekannt, welche sich bis

\*) In den Entscheidungsgründen des Erkenntnisses des R.-O.-II.-Gerichts vom 27. November 1878 heisst es:

„Vom rechtlichen Standpunkte aus hat die Beklagte zweifellos für ein etwaiges Verschulden des gedachten Arbeiters allein weder nach gemeinem Rechte, noch nach § 2 des Haftpflichtgesetzes einzustehen; wohl aber würde letzteres zutreffen, wenn der Inhaber der bekl. Firma den gedachten Arbeiter beauftragte, die Maschine in rascheren Gang zu setzen und dem Arbeiter bei Ausführung dieser Weisung ein Verschulden zu imputiren wäre. Denn der § 2 des Haftpflicht-Gesetzes unterscheidet nicht zwischen Auftrag und Stellvertretung, dem grösseren oder geringeren Umfange der erteilten Vollmacht, es kann sich vielmehr der Auftrag auch auf die Vornahme einzelner Geschäfte und Handlungen bei dem Betriebe einer Fabrik erstrecken.“



zur jüngsten Zeit durch dieselbe auf das Empfindlichste benachtheiligt glauben, ein Beweis für die Grösse des Gegensatzes zwischen dem Gesetze und seiner Auslegung einerseits und der Anschauung der gewerblichen Praxis andererseits. — Es muss hier allerdings hervorgehoben werden, dass die Beurtheilung der Frage, ob eine bestimmte Persönlichkeit als eine betriebsleitende im Sinne des Haftpflichtgesetzes anzusehen sei, für den mit den technischen Einzelheiten und Erfordernissen des Betriebs nicht vertrauten Richter oft ungemein schwer war, und so erklärt es sich denn u. A., wenn in der Thätigkeit des sog. Hammerführers am Dampfhammer (ein Posten, zu welchem meist 16—18jährige Arbeiter genommen werden), welche Thätigkeit nach dem Wortlaute des betr. Erkenntnisses selbst darin besteht, dass derselbe das Auf- und Niedergehen des Dampfhammers durch Bewegung eines Hebels zu bewirken hat, dass also in dieser Thätigkeit unter Umständen — wenn nämlich der Führer den Hammer ohne besonderes Commando von anderer Seite spielen lassen darf — eine Leitung des Betriebes erblickt wurde, trotzdem der durch das Verschulden jenes Hammerführers verletzte eigentliche Hammerschmied, oft einen dreifach höheren Lohn bezieht, wie Ersterer. Nicht minder auffallend war eine, allerdings in dritter Instanz wieder aufgehobene Entscheidung, nach welcher der sogenannte Anschläger in einem Bergwerke als Betriebsleiter anzusehen sei, dessen Obliegenheiten darin bestehen, die Schachtthüren zu öffnen, die ihm zugefahrenen Wagen auf den Förderapparat zu schieben, die Schachtthüren wieder zu schliessen und dann dem Maschinenführer das Signal zum Aufziehen des Förderapparats zu geben.

Das Haftpflichtgesetz kennt keinen Unterschied zwischen einem grösseren oder geringeren Grade des Verschuldens des Betriebsleiters; ebenso wenig entscheidet es über die Frage, ob und inwiefern der § 2 desselben im Falle eines konkurrierenden Verschuldens des Verletzten anwendbar sei, die Entscheidung hierüber solle vielmehr nach einem Ausspruche des R.-O.-H.-Gerichts in jedem einzelnen Falle Sache einer logischen Auslegung sein und erscheine überhaupt nur da mit genügender Sicherheit möglich, wo jeder Zweifel bezüglich der in Betracht kommenden thatsächlichen Verhältnisse absolut ausgeschlossen sei. Nun ist aber bereits oben darauf hingewiesen, dass zur Entstehung zahlreicher Unfälle mehrere Umstände gleichzeitig beigetragen haben, ohne dass es immer klar erkennbar wäre, worin man gerade die Hauptursache zu erblicken habe. Es ist also meist sehr schwer, die Frage nach dem konkurrierenden Verschulden richtig

Das  
konkurrierende  
Verschulden.



zu beantworten, zumal die Entscheidung hierüber in der Regel spezielle technische Sachkenntniss erfordert, welche man von dem erkennenden Richter unmöglich verlangen kann. Auch wenn man schliesslich dahin gelangte, die Haftung des Unternehmers wegen eines konkurrirenden Verschuldens des Verletzten zwar an sich nicht für völlig aufgehoben zu erklären, dieses Verschulden aber doch bei Bemessung der Entschädigungshöhe zu berücksichtigen, so darf es doch nicht Wunder nehmen, wenn die nach dieser Richtung hin ergangenen Erkenntnisse wiederum stets dem einen oder dem anderen Theile im höchsten Grade beschwerlich erschienen. — Wie sehr verschieden überdies die Bedeutung war, welche die verschiedenen Gerichtshöfe dem konkurrirenden Verschulden des Verletzten beileigten, dafür ist folgender Fall charakteristisch:

Bei dem Bau einer Eisenbahn hatte der Locomotivführer eines mit Erdmassen beladenen Zuges den letzteren, welcher durch ein Hinderniss im Geleise zum Stillstand gekommen war, durch Contredampf etwa einen Meter weit zurückgestossen; dabei wurde einem Arbeiter, welcher unbefugter Weise während jenes Stillstandes nachsehen wollte, ob die Achsen warm gelaufen seien, beide Hände überfahren und war der Locomotivführer aus diesem Anlass auch von dem zuständigen Strafrichter wegen fahrlässiger Körperverletzung verurtheilt worden.

In der Seitens des Verletzten nummehr gegen den Eisenbahnbau-Unternehmer auf Grund des § 1 des Haftpflichtgesetzes und der Art. 1382 und 1384 des badischen Landrechts angestregten Entschädigungsklage erstritt der Kläger in den beiden ersten Instanzen obsiegende Erkenntnisse, die aber das Reichsgericht unter gänzlicher Abweisung des Klägers wieder aufhob, weil das Verschulden des Letzteren nicht nur als das überwiegende, sondern auch als dasjenige, auf welches nach den Umständen des Falles die Verletzung unmittelbar zurückzuführen sei, erscheine und der Kläger sich durch eigenes Verschulden in eine Lage gebracht habe, in welcher ein Versehen des Locomotivführers die ihm verderbliche Richtung erhalten musste.

Die Entschädigungsfor-  
derungen.

Unzweifelhaft wollte der Gesetzgeber dem verletzten Arbeiter resp. seinen Hinterbliebenen vollen Ersatz des erlittenen Schadens verschaffen; aber ebenso wie vielfach versucht wurde, einen Unfall durchaus unberechtigter Weise als für den Unternehmer haftpflichtig hinzustellen, ebenso häufig und bedauerlich waren die Ausschreitungen in der Höhe des geforderten Schadenersatzes. Simulationen bezüglich des Umfanges der Unfallsfolgen gehörten keineswegs zu den



Seltenheiten und waren durchaus nicht immer leicht auf ihren wahren Werth zurückzuführen, da es häufig den Aerzten an jedem objektiven Anhalt für die Klagen des Verletzten fehlte. Bei dem grossen Spielraume aber, welchen das freie Ermessen dem Richter gewährt, genügte es schon zur Verurtheilung des Unternehmers, wenn die Aerzte die Richtigkeit der subjectiven Angaben des Verletzten als immerhin nicht unmöglich bezeichneten. Es war in dieser Beziehung sehr zu beklagen, dass dem Unternehmer kein Recht zustand, einen der Simulation verdächtigen Arbeiter längere Zeit in einem Krankenhause beobachten zu lassen, wodurch allein es oft möglich wird, der Wahrheit auf den Grund zu kommen, namentlich dann, wenn der Unfallkranke in weiter Entfernung vom Arzte wohnt, eine ständige und genaue Kontrolle also geradezu unmöglich ist. Ich werde auf die Schwierigkeit, den Umfang des erlittenen Schadens ärztlicherseits zu ermitteln, weiter unten nochmals zurückkommen müssen.\*)

Bei Bezifferung der Höhe des Schadens selbst wurden ausser dem Tagelohne noch der Accordmehrverdienst und die Ueberstunden sorgfältig in Anrechnung gebracht, wogegen an sich nichts einzuwenden wäre, wenn diese Rechnung wenigstens eine Einschränkung in Rücksicht darauf erfahren hätte, dass kein Unternehmer die Regelmässigkeit derartiger Mehrverdienste garantiren kann. Es wurde aber weiter auch noch die aussergeschäftliche private Thätigkeit (z. B. das angebliche alleinige Bestellen eines Grundbesitzes, Dienstleistungen gegen Lohn bei anderen Personen, wie Holzzerkleinern, Latrinenreinigen u. s. w.) mit angeführt unter dem Behaupten, dass hieraus ein wesentlicher und noch dazu fortlaufender Nebenverdienst erflossen sei, ohne aber zu berücksichtigen, dass derartige Nebenverdienste wohl hie und da, bei regelmässiger, 10—12 stündiger Fabrikarbeit aber keineswegs ständig möglich sind. — Derartige Ausschreitungen kamen bei Forderung von

\*) Das neue Unfall-Versicherungs-Gesetz hat in richtiger Erkenntniss der Dinge den Berufsgenossenschaften das Recht beigelegt, ihre Unfallkranken in ein Hospital zu verbringen; dass aber auch unter der Herrschaft der neuen Gesetzgebung sich die Simulation leider fortsetzt, ist mir durch die Klagen der betr. Verwaltungsorgane bekannt geworden und geht u. A. auch daraus hervor, dass in dem 1887 veröffentlichten Geschäftsbericht der Section 4 der Knappschafts-Berufsgenossenschaft besonders hervorgehoben wird, in einem Falle (zu Halberstadt) sei strafrechtliche Verfolgung eines Simulanten beantragt und Letzterer zu 9 Monaten Gefängniss und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. Welchen Umfang das hier gerügte Verhalten der Arbeiter bereits erreicht hat, geht aus der von Dr. R. von der Borch veröffentlichten Brochüre: „Ueber die Simulationen bei den Krankenkassen“ hervor. —



Rentenzahlungen weniger häufig vor, wie bei Entschädigungsforderungen in Kapitalform und am häufigsten, am übertriebensten traten sie im Geltungsbereiche des Code civil auf, der überhaupt die traurigsten Erscheinungen in Haftpflichtsachen zu Tage gefördert hat.

Auch bei der Berechnung von Beerdigungskosten machten sich derartige Ueberforderungen geltend. Wenn man einerseits den Angehörigen eines in so trauriger Weise Verstorbenen die Veranstaltung eines feierlichen Begräbnisses gewiss nicht wird verargen dürfen, so werden sich andererseits die hierfür aufzuwendenden Kosten doch immerhin in den Grenzen zu halten haben, welche durch die Verhältnisse des Verunglückten von selbst geboten sind. Unstatthaft aber ist es, wenn z. B. für die Beerdigung eines unverheiratheten Maurergesellen, der nicht am Orte ansässig gewesen und dessen Angehörige derselben nicht einmal beiwohnten, nicht weniger wie 332 Mark berechnet wurden, worunter allein Mark 36.— für Musik und Mark 50.— für Verzehr nach der Beerdigung. Dass nebenbei noch die Zahlung von Mark 53.55 als von dem Verlebten beim Herbergsvater contrahirter Schulden verlangt wurde, soll als kennzeichnend für die Natur der oft erhobenen Ansprüche beiläufig bemerkt werden. Das Unfall-Versicherungsgesetz von 1884 schreibt die Zahlung des zwanzigfachen pro Arbeitstag ermittelten Lohnes (mindestens jedoch 30 Mark) als Beitrag zu den Beerdigungskosten vor; es würden dies im vorliegenden Falle 66 Mark gewesen sein, während wie gesagt 332 Mark verlangt wurden. —

Naturgemäss machten sich derartige Ausschreitungen in der Höhe der Entschädigungsansprüche nicht sofort nach der Emanirung des Haftpflicht-Gesetzes geltend, sie traten vielmehr erst allmählich in Erscheinung; sie erschwerten die gütliche Einigung immer mehr und schliesslich erreichten die zu zahlenden Entschädigungen eine Höhe, welche eine Abänderung des Gesetzes dringend wünschenswerth machte.

Nach dieser Richtung ist die nachstehende, auf meinen Erfahrungen bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig beruhende Tabelle charakteristisch:



Jahr.	Kopfzahl der versicherten Arbeiter.	Zahl der haftpflich- tigen Unfälle.	Gesamtsumme der in haftpflichtigen Unfällen gezahlten Entschädigungen.		Entschädigung pro Fall:	
			M.	ℳ.	M.	ℳ.
1871/72	145093	1119	243227	84	217	36
1873	327637	2037	459841	45	225	75
1874	370719	1503	558427	41	371	54
1875	354347	2036	621803	89	305	40
1876	324686	1793	656825	11	366	33
1877	286082	2502	1,340538	31	535	78
1878	245687	2645	790669	92	364	70
1879	241802	2360	899021	47	380	94
1880	247911	2529	999429	56	430	60
1881	252609	1405	1,221219	89	450	80
1882	270160	1870	1,319438	09	500	55
1883	280628	1992	1,435573	87	492	65
1884	294595	2141	2,323863	32	712	40
1885	299705	1709	2,120104	12	686	56

Nur bezüglich der aus dieser Tabelle ersichtlichen Steigerung in der Entschädigung für das Jahr 1877 muss bemerkt werden, dass sie durch die damalige Schaffung einer besonderen Reserve für auf dem Prozesswege beanspruchte Entschädigungen veranlasst wurde; während die Steigerung für das Jahr 1884 eine durch die Höhe der erhobenen Forderungen und die immer strenger werdende richterliche Auffassung verursachte war, allerdings unter Berücksichtigung des Umstandes, dass sich die Unfallbank durch das in jenem Jahre erlassene Unfall-Versicherungs-Gesetz unmittelbar vor die Nothwendigkeit ihrer Liquidation gestellt sah, also neue Ursache hatte, rechtzeitig möglichst ausgiebige Reserven zurückzustellen. Die Herabminderung im Jahre 1885 ist dagegen nur eine scheinbare, weil am 1. Oktober dieses Jahres bereits das neue Unfall-Versicherungs-Gesetz in Kraft trat, die eigentliche Wirksamkeit der Unfallbank mit diesem Tage also aufhörte. Im Uebrigen widersprechen diese Zahlen für sich selbst und sie beweisen, dass eine Fortdauer dieser Entwicklung für die Industrie geradezu unhaltbare Zustände herbeigeführt haben würde. Der Unterschied gegen die jetzigen Verhältnisse erhellt am besten aus folgender Gegenüberstellung:

Nach den Veröffentlichungen des Reichsversicherungs-Amtes wurden von sämtlichen Berufsgenossenschaften (incl. der Staats- und Reichsbetriebe) im Jahre 1886 insgesamt 10540 Unfälle mit Mark 1,915366.24 entschädigt, oder pro Fall Mark 181.72; während die



Leipziger Unfallbank in dem durchaus normalen Jahre 1882 z. B. für 1870 Unfälle Mark 1,319438.09 oder pro Fall Mark 500.55 an Entschädigung gezahlt hat.

Höhe der  
Entschädigung.

Leider ist gegenüber den sich immer mehr steigenden Ansprüchen der Arbeiter bei Bemessung der Höhe des Schadenersatzes nicht selten in einer Weise entschieden worden, die zu den Anschauungen des praktischen Lebens sehr in Widerspruch stand; vor Allem galt dies bezüglich der Feststellung des Grades, in welchem der Verletzte aus Anlass des Unfalles in Zukunft arbeitsunfähig sein würde. Es lag nur zu nahe — und ich habe bereits oben darauf hingewiesen — dass der Arbeiter häufig die Folgen seiner Verletzung, wissentlich oder unwissentlich, übertrieb; dem hierüber vernommenen Arzte fehlte die genaue Kenntniss des betr. Betriebes, er konnte daher nicht wissen, welche Anforderungen der frühere Beruf des Arbeiters an diesen stellte, und demnach auch nicht darüber urtheilen, inwieweit der Letztere in der Fortsetzung desselben behindert sei. Hierauf aber kommt es wesentlich an, denn während z. B. ein Schlosser oder Metaldreher durch einen Defect an einem Finger selbst der rechten Hand in seiner früheren Thätigkeit gar nicht, oder doch oft nur sehr wenig behindert wird, kann dem Baumwollspinner durch einen solchen Defect die Ausübung des früheren Berufs ganz unmöglich gemacht werden. Es darf daher nicht Wunder nehmen, wenn die auf Grund eines gewiss nach bestem Ermessen abgegebenen, aber praktisch doch nicht erschöpfenden ärztlichen Gutachtens ergangene richterliche Entscheidung von dem betr. Unternehmer als ein ihm widerfahrenes Unrecht empfunden wurde, namentlich dann, wenn er darauf hinweisen konnte, dass andere, in der gleichen Weise verletzte Arbeiter, die sich allmählig an den erlittenen Defect gewöhnt hatten, jetzt nicht nur den früheren, sondern oft sogar einen höheren Lohn verdienten, wie zur Zeit des erlittenen Unfalles. Man hätte eben die Frage über den Umfang des erlittenen Schadens nicht lediglich vom ärztlichen Standpunkte aus prüfen, sondern hierüber auch Gutachter aus dem betr. Gewerbe, in welchem sich der Unfall ereignet hatte, hören sollen. — Wie schwer es für den Arzt ist, die wirklichen Folgen einer Verletzung festzustellen, mit welchen Mitteln vielfach seitens der Arbeiter bei einer solchen Feststellung operirt wird, dafür möge das gewiss unbefangene Zeugniß eines Arztes als Beleg dienen, aus dessen Schreiben an eine in Leipzig domicilirende Berufsgenossenschaft ich folgende Stelle hier wiedergebe:



„Bei jedem Unfalle möchte der Arbeiter so lange wie möglich eine hohe Rente beziehen und er ist nur selten mit der ihm zustehenden Rente zufrieden. Von berufenen und nicht berufenen Anwälten wird er veranlasst, sein „gutes Recht“ zu erfechten und den Weg der Klage zu beschreiten. Unterstützt wird er durch ärztliche Zeugnisse, die er aber selbstverständlich nur anerkennt, wenn sie für ihn günstig erscheinen. Gerade die ärztlichen Zeugnisse sind ohne Zweifel der wunde Punkt der ganzen Unfallfrage, ihr Segen und ihr Fluch; der gute oder böse Wille des Verletzten, seine Gleichgültigkeit, die Verhältnisse gehen zu lassen, vor Allem aber der so dehnbare Begriff „Arbeitsfähigkeit“ lassen die ärztlichen Zeugnisse in ihrem Endergebnisse so erheblich schwanken. Es sind eben nicht rein wissenschaftliche Fragen, die in Betracht kommen, und die Anforderungen, welche an den beurtheilenden Arzt gestellt werden, sind zu hohe. Wissenschaftliche Tüchtigkeit und praktische Lebenserfahrung müssen Hand in Hand gehen, um die Folgen eines Unfalles richtig zu beurtheilen; es muss aber auch reiche Menschenkenntniss vorhanden sein, um Simulation und Uebertreibung der Beschwerden mit den eigentlichen Resten der Verletzung in richtige Beziehung zu bringen.“ —

Nicht minder beschwerlich musste es erscheinen, dass bei Auswerfen einer Rente auf Lebenszeit in den weitaus meisten Fällen von der Annahme ausgegangen wurde, der Verletzte würde den zur Zeit des Unfalles verdienten Lohn bis an sein Lebensende haben erzielen können, wobei also ganz ausser Acht gelassen wurde, dass mit dem zunehmenden Alter des Arbeiters sich dessen Verdienstmöglichkeit allmählig und zwar oft recht bedeutend herabmindert, ja für gewisse Berufsarten so gut wie ganz aufhört. Es darf in dieser Beziehung nur an die schweren körperlichen Anforderungen erinnert werden, welche der Bergbau, der Walzwerks- und Brauerei-Betrieb an die hier beschäftigten Arbeiter stellt, während der Einwand, der Rentenpflichtige hätte ja später auf Herabminderung der Rente antragen können (§ 7 des Haftpflichtgesetzes) Jedem, der die hier in Betracht kommenden Momente aus praktischer Erfahrung kennt, wegen der Schwierigkeit, jene wesentliche Aenderung der Verhältnisse nachzuweisen, kaum stichhaltig erscheinen wird. —

Ebenso hatte es seine sehr bedenklichen Consequenzen, dass

2\*



der Arbeiter nach den gerichtlichen Entscheidungen nicht für verpflichtet erachtet wurde, eine ihm von seinem Lohnherrn angebotene Arbeit zu übernehmen, in welcher er die ihm nach dem Unfalle verbliebene Arbeitsfähigkeit angemessen hätte verwerthen können, wenn diese Arbeit eine andere war, als die früher von ihm im erlernten Berufe verrichtete. Ganz abgesehen davon, dass es den Unternehmer in hohem Grade erbittern musste, wenn er zur Zahlung einer dem früheren vollen Lohne entsprechenden Rente verurtheilt wurde, trotzdem der Arbeiter wenigstens noch theilweise erwerbsfähig war und von ihm auch die Gelegenheit zu einem der verbliebenen Arbeitskraft entsprechenden Erwerbe geboten erhalten hatte, so konnte ein derartiges Entschädigungsverfahren schliesslich auch für den Arbeiterstand selbst nur von den nachtheiligsten Folgen sein. Hier lag der grösste Anreiz zur Simulation und während es für den noch im kräftigsten Mannesalter stehenden theilweisen Invaliden ganz entschieden nur eine Wohlthat gewesen wäre, wenn er innerhalb der Grenzen seines Vermögens noch zu irgend einer Arbeit angehalten worden wäre, wurden auf diese Weise professionelle Nichtsthuer grossgezogen, die durch ihr Beispiel und häufig genug beobachtetes Aufhetzen ihrer früheren Mitarbeiter den schlimmsten Einfluss auf ihre Berufsgenossen ausübten, schliesslich aber nicht selten im Säuferwahnsinn endeten. — Nicht dass ich verlangen wollte, der verletzte Arbeiter hätte unbedingt gezwungen sein sollen, jede ihm von seinem früheren Arbeitgeber angebotene Stellung anzunehmen, ohne dass Letzterer gleichzeitig verpflichtet gewesen wäre, ihm diese zeitlebens zu belassen; aber man ging ganz entschieden darin zu weit, dass man den Verletzten nicht für verpflichtet erklärte, sich in einem anderen, als dem früher geübten Berufe zu beschäftigen und ihm ohne Rücksicht auf die verbliebene Erwerbsfähigkeit den vollen früheren Lohn als Rente zusprach. Bei angemessener Berücksichtigung dieses verbliebenen Grades von Erwerbsfähigkeit, sowie des Alters des Verletzten hätte sich leicht eine den thatsächlichen Verhältnissen besser entsprechende Rente bemessen lassen, deren Differenz gegen den früheren Verdienst sich zugleich als ein in den weitaus meisten Fällen durchaus nothwendiger, jedenfalls aber überall segensreicher Sporn und Antrieb zur Arbeit bewährt haben würde. Dass man diesen Grundsatz bei Festsetzung der Entschädigung nicht befolgte, halte ich für eine der schlimmsten Seiten des unter der früheren Haftpflichtgesetzgebung herrschenden Zustandes, namentlich



wenn man bedenkt, dass man von den Invaliden aus dem grossen Kriege von 1870/71 noch die möglichste Ausnutzung der ihnen verbliebenen Erwerbsfähigkeit verlangte.

Für durchaus richtig dagegen halte ich es, dass das Gesetz <sup>Form der</sup> bezüglich der Form der Entschädigung die Rente nur als die <sup>Entschädigung.</sup> Regel angesehen wissen wollte, und es im Uebrigen in das freie Ermessen des Richters stellte, ob er auf Rente oder Kapital erkennen wolle, gleichzeitig aber dies freie Ermessen insoweit einschränkte, dass bei einem Einverständniss beider Theile über Kapitalentschädigung jedenfalls auf letztere zu erkennen sei. Bei der Berathung im Reichstage sprachen sich zwar manche Redner gegen jede Kapitalentschädigung überhaupt aus, aber meiner Ansicht nach hat die Erfahrung gelehrt, wie richtig, wohlthätig, ja unter Umständen wie nothwendig es sein kann, die Entschädigung in Kapitalform zu leisten. Es muss ja zugegeben werden, dass es für viele Arbeiter vortheilhafter ist, eine sichere Rente zu beziehen, als eine einmalige Kapitalentschädigung in bedeutender Höhe, mit welcher sie doch nicht zu wirthschaften verstehen und daher Gefahr laufen würden, das empfangene Kapital ganz oder theilweise zu verlieren, um dann schliesslich mit ihren Angehörigen der Armenpflege anheim zu fallen. Aber ebenso oft hat es sich andererseits als richtig erwiesen, dem Arbeiter statt einer nur geringen, zu seinem und der Seinigen Unterhalt doch nicht ausreichenden Rente eine mässige Kapitalentschädigung zu gewähren, die ihm gleichzeitig eine bessere Verwerthung der verbliebenen Erwerbsfähigkeit gestattete, sei es durch den Beginn eines kleinen Handels, sei es — und dies halte ich für das allerseits Wünschenswertheste — durch den Erwerb eines kleinen Grundbesitzes, welchen er nun mit Hülfe seiner Angehörigen bestellen konnte. Fälle der letzteren Art sind mir wiederholt bekannt geworden, namentlich von Arbeitern, die aus dem Osten der preussischen Monarchie stammend, nach den rheinisch-westfälischen Industriebezirken gewandert waren, sich mit der aus Anlass eines dort erlittenen Unfalles erhaltenen Kapitalentschädigung in der alten Heimath wieder als kleine Grundbesitzer ankauften und sehr gut prosperirten. — Nothwendig aber wäre die Kapitalentschädigung dann gewesen, wenn nach ärztlichem Gutachten bei einigermassen gutem Willen des Arbeiters sich die Erwerbsfähigkeit desselben mit der Zeit wesentlich bessern, wenn nicht gar völlig wiederkehren würde; an diesem guten Willen fehlte es bei der so bequem weiter zu beziehenden, auskömmlichen Rente



und der thatsächlich kaum möglichen Kontrollirbarkeit des Rentners fast überall und ich wiederhole es, dass nach meinen Erfahrungen das dem Verpflichteten zustehende Recht, auf Herabminderung der Rente zu klagen, bei der Schwierigkeit, den strikten Nachweis für die wesentliche Veränderung der Verhältnisse zu führen, in Wahrheit ein geradezu illusorisches gewesen ist.

Wenn auch eine in's Einzelne gehende Besprechung des gegenwärtig geltenden Unfall-Versicherungs-Gesetzes ausserhalb des Rahmens dieser Arbeit liegt, so möchte ich hier doch eine Bemerkung anknüpfen. Dies Gesetz kennt — abgesehen von den Bestimmungen über die Behandlung von nicht dem Deutschen Reiche angehörigen Arbeitern — nur die Rente als Form der Entschädigung; die letztere ist gegen früher in ihrer Höhe wesentlich herabgesetzt, wie später gezeigt werden soll, mit vollem Recht. Allein auf diese Weise gelangen jetzt oft Renten von so geringfügiger Höhe zur Auszahlung, dass es besser wäre, sie durch Kapitalzahlung zu ersetzen. In Fällen gänzlicher Erwerbsunfähigkeit erhält nämlich der Verletzte jetzt eine Rente von  $66\frac{2}{3}\%$  seines Arbeitsverdienstes, in Fällen nur theilweiser Erwerbsunfähigkeit aber nur eine Rente in Höhe eines entsprechenden Bruchtheiles der vollen Invaliditätsrente. Hat er nun z. B. Mark 2,40 pro Tag verdient und würde also seine Ganzinvaliditätsrente Mark 1,60 betragen, so erhält er, falls die Einbusse seiner Erwerbsfähigkeit auf 10% festgestellt worden ist, nur eine Rente von 16 Pfennigen pro Arbeitstag oder 48 Mark pro Jahr, ja es sind mir sogar Fälle bekannt, in welchen eine Jahresrente von 20 Mark, also noch nicht einmal 10 Pfennige pro Arbeitstag gezahlt wird. Dass die Zahlung einer solchen minimalen Rente schon zur Verminderung des bei den neuen Berufsgenossenschaften ohnehin übermässig entwickelten Schreibwerks zweckmässiger in eine Kapital-Entschädigung umgewandelt werden würde, ist wohl einleuchtend und wäre es meiner Ansicht nach empfehlenswerth, bei einer doch demnächst nothwendig werdenden Revision des Gesetzes eine Aenderung dahin zu treffen, dass es — das Einverständniss des Verletzten vorausgesetzt — den Berufsgenossenschaften freigestellt werden solle, je nach Lage des einzelnen Falles Rentenverpflichtungen unter einem Jahresbetrage von 100 Mark durch Kapitalzahlung abzulösen.

Wenn es sich hier auch nur um die Ablösung von ihrer Jahreshöhe nach unbedeutenden Rentenverpflichtungen, also auch nur um Kapitalzahlungen in mässiger Höhe handelt, so möchte ich doch auf einen Umstand hinweisen, welcher bei derartigen Abfindungen und



unvorhergesehenen Kapitalzuwendungen eine ganz besondere Berücksichtigung verdienen dürfte.

Die Erfahrung lehrt, dass mancher Arbeiter, der sich plötzlich im Besitze einer nach seinen Begriffen sehr hohen Summe Geldes sieht, diese ganz oder doch zum grössten Theile geradezu vergeudet, sich dabei jeder Thätigkeit entwöhnt, um, nachdem das Geld verthan ist, dann mit seiner Familie der Armenpflege zur Last zu fallen. Ebenso besteht die Gefahr des Kapitalsverlustes in Folge unzweckmässiger Anlage und Verwaltung. Ich möchte daher hier die Frage aufwerfen, ob es nicht rathsam und möglich wäre, eine gesetzliche Verpflichtung zu schaffen, dass bei derartigen Kapitalzuwendungen eine Sicherheitsbestellung gegenüber der Armenbehörde zu erfolgen habe, wodurch dem völligen Verluste des Kapitals vorgebeugt und das in Industriebezirken ohnehin schon bedenklich hohe Armenbudget vor einer Belastung bewahrt werden würde, deren Gefahr nahe genug liegt.

Wie nothwendig es im Interesse der Industrie übrigens war, dem Richter die Fügigkeit zu belassen, auf Entschädigung in Kapitalform zu erkennen, geht u. A. daraus hervor, dass nach Art. 2123 des Code civil alle verurtheilenden Erkenntnisse, gleichviel auf welches Gesetz sich dieselben stützen, dem Rentenbezugsberechtigten ohne Weiteres eine generelle Hypothek an dem gegenwärtigen und zukünftigen Immobilien-Vermögen des Verurtheilten gewähren. Es liegt auf der Hand, dass diese Bestimmung für den Industriellen im höchsten Grade beschwerlich sein musste, zumal er zu seiner nicht geringen Ueberraschung von einer derartigen hypothekarischen Eintragung oft erst dann erfuhr, wenn er aus sonstigen geschäftlichen Gründen veranlasst war, eine Hypothek aufzunehmen, und erklärt es sich wohl auch hieraus, dass im Geltungsbereiche des Code civil meist auf Kapitalentschädigung, seltener aber auf Rente erkannt wurde. —

Aus dem  
Geltungsbereich  
des Code civil.

Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen, dass sich unter der Herrschaft des Code civil schwer wiegende Nachtheile für den Unternehmer herausgebildet hatten und soll hier in Anschluss an die eben erwähnte belastende Bestimmung und im Zusammenhange mit der vorausgegangenen Besprechung der Festsetzung des Schadensumfanges noch die eigenthümliche Thatsache erwähnt und durch ein, die ganze Lage im Geltungsbereiche des Code civil kennzeichnendes Beispiel illustriert werden, dass man gestützt auf Art. 1382 und 1383 des Code civil soweit ging, auch pekuniären Ersatz für den sogenannten moralischen Schaden (*dommage moral*) zu verlangen, für einen Schaden



also, der nur in der Verletzung von Gefühlen (Kränkung des Ehrgefühls, Erregung körperlicher und psychischer Schmerzen) besteht und sind mir verschiedene Erkenntnisse bekannt, welche auch eine Verurtheilung in diesem Sinne aussprechen. In einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 27. Juni 1882 wird jedoch die Ansicht, unter dem zu ersetzenden Schaden sei auch der moralische Schaden zu verstehen, als dem Willen des Gesetzgebers nicht entsprechend verworfen, obgleich anerkannt wird, dass sie in Theorie und Praxis sich vertreten findet, und führen die sehr interessanten Entscheidungsgründe folgendes aus:

„Es besteht kein Grund anzunehmen, dass das Gesetz in den bezeichneten Bestimmungen unter *dommage* etwas Anderes verstanden habe, als in den Art. 1246 *figde.* d. h. die Verletzung von Vermögensinteressen, denjenigen materiellen Schaden, der fähig ist, in Geld angeschlagen und durch Geld ersetzt zu werden. Ohne Zweifel können auch Ehrenkränkungen, Verleumdungen u. dergl. einen materiellen Schaden zur Folge haben, den der Richter berücksichtigen muss, ohne dass die Schwierigkeit der Schätzung ein Hinderniss bilden könnte, allein der Anspruch einer Geldsumme bloss mit Rücksicht darauf, dass Schmerzen verursacht, das Ehrgefühl gekränkt worden ist, würde sich nicht als die vom Gesetz gewollte Entschädigung darstellen, sondern als eine reine Privatstrafe, die beim Mangel einer bezüglichen Gesetzesbestimmung als statthaft nicht erachtet werden kann.“

Es ist interessant, die Einzelheiten des hier verhandelten Falles näher kennen zu lernen. In ein und derselben Fabrik waren der Vater als Werkführer, der 19jährige einzige Sohn als Schlosser beschäftigt; bei einer auswärtigen Montage verunglückte Letzterer tödtlich, und aus diesem Anlass klagte der Erstere auf eine Entschädigung von nicht weniger wie Mark 10000.—. Die erste Instanz wies den Kläger gänzlich ab, die zweite verurtheilte den Unternehmer zu einer Entschädigung von Mark 5000.—, obgleich feststand, dass der Kläger als Werkführer einen festen Jahresgehalt beziehe und ein — allerdings mit Hypotheken belastetes Grundeigenthum besitze. Dies Urtheil ging von der Erwägung aus, dass der Verlebte ein intelligenter, fleissiger und tüchtig ausgebildeter Arbeiter und der französischen Sprache mächtig gewesen sei, was darauf hinweise, dass seine Eltern auf seine Erziehung und Ausbildung sowohl Sorgfalt wie Kosten verwandt hätten; es führte dann weiter aus, dass der als sehr solide



geschilderte Verlebte von seinem durchschnittlichen Verdienste von 2—3 Mark täglich den grössten Theil seinem Vater überlassen habe,\*) sowie endlich, dass der Verlust des einzigen Sohnes unter allen Umständen einen moralischen Schaden involvire. Nachdem das Reichsgericht dies Erkenntniss aus den oben mitgetheilten Gründen aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die zweite Instanz zurückverwiesen hatte, verurtheilte die letztere den Unternehmer nunmehr unter Ausserachtlassung des moralischen Schadens zu einer Entschädigung von Mark 4500.—.

Ich möchte hier noch ein Beispiel anführen dafür, welche übersetzten Forderungen im Geltungsbereiche des Code civil auftraten und wie sich dort die Rechtsprechung gestaltet hat.

In einer Maschinenfabrik waren zwei Arbeiter beschäftigt, die sich oftmals in und ausser derselben heftig zankten und von welchen der Eine dem Anderen bei einem solchen Anlass ein zum Umrühren des flüssigen Metalls dienendes Eisen gegen die Brust stiess. Der Thäter wurde zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilt und der Verletzte, welcher sich rasch wieder erholt hatte, klagte gegen die Maschinenfabrik auf eine Entschädigung von Mark 12 000.—. Die Letztere wurde auch zu einer solchen — allerdings nur in Höhe von Mark 907.60 verurtheilt, weil 1. der Arbeitgeber für die Beschaffenheit und Handlungen seiner Arbeiter, auch wenn diese mit der Arbeit in keinem Zusammenhange stünden, verantwortlich sei, und 2. weil der Unfall bei ununterbrochener Aufsicht durch einen Betriebsbeamten nicht hätte geschehen können. Wie sich allerdings diese beiden Forderungen mit der Führung eines Fabrikbetriebes vereinigen lassen sollen, ist mir in der That unverständlich. —

Schon in der Reichstagsberathung wurde vielfach behauptet und hat sich auch bis in die neueste Zeit die Ansicht erhalten, der Arbeiter sei durch die ihm auferlegte Beweislast für das Verschulden einer betriebsleitenden Persönlichkeit wesentlich benachtheiligt, wie sich schon aus seiner inferioren Stellung gegenüber einer Actiengesellschaft z. B. oder einem reichen Industriellen ergebe. Auf den ersten Anblick könnte eine solche Behauptung etwas Wahrscheinliches für sich haben, zumal das damalige Fehlen einer jeden Anzeigepflicht für Unfälle im grössten Theile Deutschlands (im Königreich Sachsen bestand sie längst) die sofortige behördliche

Die Beweislast  
des Arbeiters.

\*) Eine Redewendung, die mit demselben Wortlaute in fast allen mir aus der betr. Gegend bekannt gewordenen Zeugenaussagen wiederkehrt, die aber hier bei dem auskömmlichen Verdienste des Vaters etwas eigenthümlich lautet.



Untersuchung und Feststellung der Schuldfrage in den schwereren Fällen nahezu unmöglich machte. Aber dies würde — abgeschen von der doch leicht zu erwirkenden Einführung einer solchen Anzeigepflicht — höchstens dafür sprechen, dass die im Gesetze auf zwei Jahre normirte Verjährungsfrist im Interesse der Feststellung von Thatsachen abgekürzt werden müsste, die noch möglichst frisch im Gedächtniss der Betheiligten haften. Und wenn damals der Reichstagsabgeordnete Oberbergrath ULRICH, um die Aussichtslosigkeit einer Entschädigungsklage für den Beschädigten bei der ihm auferlegten Beweislast speziell für den Bergbau darzuthun, darauf hinwies, dass trotz der bei jedem erheblichen Unfälle sofort stattfindenden bergpolizeilichen Untersuchung, es doch ausserordentlich schwer sei, einen Schuldigen nachzuweisen, so schwer, dass ihm dies in seiner Praxis nie gelungen und ihm kein Fall erinnerlich sei, wo eine solche Ermittlung möglich gewesen wäre, so möchte ich demgegenüber doch hervorheben, dass von 112 Haftpflichtprozessen aus Steinkohlenbergwerken, welche ich persönlich bearbeitet habe, 17 zur Verurtheilung des Unternehmers geführt haben (also 15 %), während 38 derselben durch Vergleich erledigt wurden (34 %), also sich doch in der Beweisaufnahme meist derart gestaltet hatten, dass eine Verurtheilung nicht ausserhalb des Bereichs der Möglichkeit lag. Die Zahl der abgewiesenen Klagen (57) war demnach annähernd gleich der Summe der erfolgreich gewesen und verglichenen (55), und da in den meisten dieser Fälle doch spezielle Bergbautechniker als Sachverständige vernommen worden waren, so dürfte doch auch für den Bergbau die Schwierigkeit, einen Schuldigen zu ermitteln, keine allzu grosse gewesen sein; von den zahlreichen Unfällen, in welchen auch ohne Klaganstrengung die gesetzliche Haftpflicht sofort festgestellt wurde, ganz zu schweigen.

Auch bezüglich der Kesselexplosionen wurde die Schwierigkeit einer genügenden Aufklärung der Unfallsursache hervorgehoben und damit begründet, dass der einzige Zeuge — der Kesselwärter — meist selbst sofort tödtlich verunglücke, also keinen Aufschluss mehr geben könne. Dabei wird aber vollständig übersehen, dass die namentlich seitens der Kesselrevisionsvereine ausserordentlich geförderte heutige Technik aus der Beschaffenheit nicht nur, sondern sogar aus der Lage der einzelnen Trümmerstücke zur ursprünglichen Betriebsstätte vollständig sichere Schlüsse auf die Explosionsursache zu ziehen gelehrt hat und selbst wenn dies nicht der Fall wäre, so sind doch glücklicher Weise Kesselexplosionen namentlich im Verhältniss zu



anderen Betriebsunfällen so seltene Vorkommnisse, dass man eine hier etwa zu Tage tretende Schwierigkeit der Beweisführung unmöglich für die Allgemeinheit geltend machen kann.

Jedenfalls aber wird derjenige, welcher sich länger und eingehender mit Haftpflichtprozessen zu beschäftigen Gelegenheit hatte, es bestätigen können, dass, wie sich nun einmal im Laufe der Zeit die Verhältnisse thatsächlich gestaltet hatten, der Arbeiter durch die ihm auferlegte Beweislast wahrlich nicht benachtheiligt worden ist und zwar um so weniger, als diese in dem freien Ermessen des Richters bei Würdigung der Beweisaufnahme ein ganz ausserordentlich schwer in die Wagschale fallendes Gegengewicht fand. \*)

Die thatsächliche  
prozessuale  
Situation des  
Arbeiters.

Die Einführung dieses freien richterlichen Ermessens in das Gesetz war insofern allerdings geradezu nothwendig, als es sich bei Beurtheilung des Thatbestandes wesentlich um Fragen technischer Natur handelte, in welchen es dem Richter an eigentlicher Sachkenntniss fehlen musste und wenn man erwägt, dass das Haftpflichtgesetz eine Verbesserung der Lage des gewerblichen Arbeiters, seine Sicherstellung gegen die wirthschaftlichen Folgen von Betriebsunfällen zum Zwecke hatte, so ist es auch nur durchaus erklärlich, wenn von diesem freien Ermessen ein weitgehender Gebrauch zu Gunsten des Arbeiters gemacht wurde. Unter dieser Voraussetzung ist es aber dann nicht mehr berechtigt, von einer ungünstigen Situation des Arbeiters bei der Prozessführung zu sprechen und möchte ich nur drei Fälle zur Beurtheilung der Frage hier näher anführen, welche von beiden Parteien nach dieser Richtung hin am günstigsten gestellt gewesen sei. Ich unterlasse es dabei, die Prozesspersonen und die erkennenden Gerichte namentlich anzuführen, da diese Namen mit dem von mir beabsichtigten Nachweise, wie wünschenswerth eine Abänderung der Haftpflicht-Gesetzgebung für beide Theile gewesen sei, nichts zu thun haben und bemerke nur ausdrücklich, dass mir die zu besprechenden Erkenntnisse beim Schreiben dieser Zeilen vorliegen.

Das freie richterliche Ermessen.

1. Zur Beantwortung der Frage, ob die vorhanden gewesene Schutzvorrichtung als eine sichere anzusehen sei, waren zwei Sachverständige vernommen worden; der Eine (der staatliche Fabrikinspektor) verneinte diese Frage, während der Andere (ein

\*) Aus naheliegenden Gründen will ich hierbei ganz unberücksichtigt lassen, ob und in wie weit vielleicht manche der beim Prozesse Beteiligten und Mitwirkenden, namentlich die als Zeugen auftretenden Kameraden und Bekannten des Beschädigten sich von einem menschlich immerhin erklärlichen Mitleidsgefühl haben mit bestimmen lassen.



Maschinenfabrikant) sie bejahte. Auf Grund der Auslassungen des Ersteren verurtheilte das Gericht den Unternehmer zu einer Entschädigung und sprach sich in den Entscheidungsgründen wörtlich dahin aus, dass dem Gutachten des Maschinenfabrikanten ein Gewicht nicht beizulegen sei, da in Prozessen aus dem Haftpflichtgesetze „Fabrikbesitzer“ bei Beurtheilung der Frage, ob Schutzvorrichtungen ausreichend seien oder nicht, als unbefangene Gutachter nicht erachtet werden könnten! — Dieser Motivirung gegenüber ist gewiss die Frage erlaubt, weshalb denn das Gericht den betr. Maschinenfabrikanten überhaupt erst als Experten vernommen und ihn nicht, wozu es ja nach § 6 des Haftpflichtgesetzes berechtigt war, ohne Weiteres abgelehnt hat; es kommt aber noch hinzu, dass der staatliche Fabrikinspektor, dessen Ausspruch der Richter also folgte, sein Gutachten lediglich auf Grund der Akten, der Maschinenfabrikant jedoch das seinige auf Grund persönlicher Kenntniss der betr. Maschine und der betr. Localitäten abgegeben hatte, und endlich ist noch interessant, dass der Letztere überdies einmal für allemal beeidigter gerichtlicher Sachverständiger für das Maschinenwesen war, also doch bezüglich seiner Sachkunde, Zuverlässigkeit und Unbefangenheit gerade bei dem erkennenden Gerichte ausser Zweifel stehen musste! —

Hier wurde also die Unbefangenheit eines Fabrikanten gegenüber derjenigen eines staatlichen Aufsichtsbeamten in Zweifel gezogen; dem gegenüber ist es gewiss bezeichnend, dass in einem anderen Haftpflichtprozeesse ein anderer staatlicher Fabrikinspektor bei seiner Vernehmung als Sachverständiger sich dahin ausgesprochen hat:

„dass er auch in zweifelhaften Fällen eher zu Gunsten der Arbeiter als der Arbeitgeber gutachtlich sich äussern werde. Seine amtliche Stellung und die erhaltene Geschäftsinstruktion, welche ihm den Schutz und das Wohlergehen der Arbeiter zur Pflicht machten, brächten solches von selbst mit sich und könne er daher nicht umhin, einzuräumen, dass bei solchen und ähnlichen Vorkommnissen sein Urtheil niemals ein unbefangenes sein würde. Es sei daher nicht rathsam, ihn, sei es von Amtswegen oder sonstwie als Experten, am allerwenigsten aber, wie in dem vorliegenden Falle, als alleinigen Experten zuzuziehen.“ —

2. Die Entschädigungsklage war mit angeblich mangelhafter Beleuchtung der in einem grossen Eisenwerke belegenen Unfallsstelle



begründet worden und hatten die in der I. Instanz als Experten vernommenen beiden Eisenhüttentechniker nach vorgenommener Probe die Beleuchtung für vollkommen ausreichend erklärt, weshalb denn auch der Kläger abgewiesen wurde. In der von ihm angerufenen II. Instanz wurde auf seinen Vorschlag hin ein Gerichtstaxator als Sachverständiger über die Beleuchtung abgehört, der sie dann für ungenügend erklärte und diesem Gutachten eines Laien gab das Gericht den Vorzug vor demjenigen zweier anerkannt tüchtiger Fachleute. Das Reichsgericht hob allerdings das verurtheilende Erkenntniss wieder auf.

3. In den Entscheidungsgründen eines den betr. Unternehmer verurtheilenden obergerichtlichen Erkenntnisses findet sich wörtlich folgende Stelle:

„Aus diesen Erwägungen wurde die Verbindlichkeit der Beklagten zur Bezahlung der von der Klägerin für sich und ihre Kinder begehrten Unterhaltsrente für begründet erachtet. Nicht von entscheidender Bedeutung, aber doch unterstützend (!) für diese Auffassung war im vorliegenden Falle die heute von dem beklagt. Anwalte ausdrücklich zugestandene, übrigens auch durch die dienstpolizeilichen Vorakten bestätigte Thatsache, dass die Beklagte gegen den in Rede stehenden Unfall bei der Leipziger Unfallbank versichert ist, dass also thatsächlich nicht die Beklagte selbst, sondern nur diese Versicherungs-Gesellschaft, welche durch den Bezug ihrer Prämien die entsprechende Ausgleichung bereits erhalten hat und noch erhält, für die Bezahlung jener Rente einzustehen hat.“ —

Gestaltete schon das freie richterliche Ermessen die prozessuale Das Armenrecht. Situation des Arbeiters zu einer günstigen, so geschah dies nicht minder durch die Zulassung des Klägers zum Eid, ein Beweismittel, welches gerade hier nur mit der äussersten Vorsicht angewandt werden durfte, und endlich erfuhr der Arbeiter eine wesentliche Förderung durch die Bewilligung des Armenrechts. Es ist selbstverständlich, dass man dem meist unbemittelten Arbeiter nach Möglichkeit die Wohlthat des Armenrechts zu Theil werden lassen musste, wollte man ihm nicht in den meisten Fällen die Beschreibung des Rechtsweges geradezu abschneiden; aber darum bleibt es doch nicht minder wahr, dass man nicht selten in der Gewährung dieser Beihilfe zu weit ging. Die hier zunächst gehörte Gemeindebehörde war begreiflicher Weise stets bereit, die Bedürftigkeit und Würdigkeit des Gesuchstellers zu bescheinigen, da sie ja ein



Interesse dabei hatte, durch eine für sie und diesen selbst kostenlose Entschädigungsklage wenigstens den Versuch zu machen, die Unterhaltung des Verletzten von ihrem Armenbudget fern zu halten.

Aber auch die Gerichte dürften meiner Ansicht nach der vollständigen Aussichtslosigkeit des betr. Prozesses und wohl auch der Unwürdigkeit manches Petenten gegenüber mitunter zu weit gegangen sein, wie u. A. folgender Fall beweist:

Ein noch minderjähriger Arbeiter hatte in einer Maschinenfabrik durch einen abspringenden Eisensplitter eine Augenverletzung erlitten; als trotz sorgfältiger Behandlung der an sich unbedeutenden Verletzung die Entzündung sich verschlimmerte, liess der Arbeitgeber resp. die Versicherungsgesellschaft den Verletzten auf ihre Kosten in einer Universitätsklinik unterbringen und dort gestand dieser, dass er auf Veranlassung seiner Mutter das kranke Auge mit einer Salbe bestrichen habe, um die Folgen des Unfalles zu verschlimmern und dann eine möglichst grosse Entschädigung zu erhalten. Er wurde aus der Klinik zwar mit einer Entstellung des Auges (Verlängerung der Pupille) aber vollständig arbeitsfähig entlassen und erhielt ausser Deckung der Kurkosten den vollen, während seiner Krankheit entgangenen Arbeitslohn vergütet. Trotzdem erhob der Vater des Verletzten unter der Behauptung eines aus dem Unfalle resultirenden bleibenden Nachtheils Entschädigungsklage und erhielt trotz der bereits vor Anstrengung der letzteren constatirten Simulation und trotzdem die eben mitgetheilten That-sachen durch die sog. Armenrechtsinstruction zur amtlichen Kenntniss des Gerichts gekommen waren, von Letzterem das Armenrecht bewilligt. Bei der Beweisaufnahme im Prozesse wurde die Richtigkeit des bereits mitgetheilten Sachverhalts bestätigt, der Arzt bekundete nicht nur, dass die eingetretene Nacherkrankung des Auges in keinem ursächlichen Zusammenhange mit der erlittenen Verletzung stehe, sondern es wurde auch, was für das Verhalten gewisser Arbeiter namentlich im Geltungsbereiche des Code civil, wo sich der Fall ereignete, sehr kennzeichnend ist, constatirt, dass der Verletzte die ihm von seinem Arbeitgeber gelieferte Schutzbrille wenige Tage vor dem Unfalle für 30 Pfennige verkauft hatte, weil er, wie der betr. Zeuge sich ausdrückte, „gerade blau machte und Geld dazu brauchte“! —

Ferner war es meiner Ansicht nach nicht richtig, einem Arbeiter nach Jahren nochmals das Armenrecht zu bewilligen, wenn er mit der nämlichen Entschädigungsklage bereits längst rechtskräftig



abgewiesen war und er die neue Klage wieder ganz in derselben Weise zu begründen suchte, wie die ursprüngliche. Mir ist u. A. ein Fall bekannt, in welchem, trotzdem res judicata vorlag und trotz inzwischen längst eingetretener Verjährung einem Arbeiter zum zweiten Male das Armenrecht von demselben Landgericht bewilligt wurde, welches schon die erste Klage abgewiesen hatte, obgleich sich die zweite durchaus nicht etwa auf neue Belastungsmomente stützte, sondern lediglich darauf fusste, dass inzwischen die Inhaber der betr. Firma gewechselt hatten. Allerdings wurde die neue Klage ebenfalls und zwar ohne jede Beweisaufnahme abgewiesen, allein der Beklagten waren doch immerhin nicht unbeträchtliche Anwaltskosten erwachsen, Kosten, die wahrscheinlich nicht entstanden sein würden, hätte man dem Kläger zu dieser mindestens höchst überflüssigen Klage nicht das Armenrecht bewilligt.\*) —

Es ist schon einmal (S. 26) darauf hingewiesen worden, dass sich eine Abkürzung der auf zwei Jahre bemessenen Verjährungsfrist für Schadenersatz-Ansprüche schon im Interesse einer möglichen Klarstellung des Thatbestandes empfohlen haben würde; jedenfalls aber musste es für den Unternehmer eine höchst unangenehme Ueberraschung sein, zu hören, dass er die Verjährung dann unterbrochen habe, wenn er trotz einer in Folge des Unfalles eingetretenen Beschränkung der Erwerbsfähigkeit dem Verletzten den früheren Lohn weiter gezahlt, oder diesen, ohne ihn zu beschäftigen, mit Geld unterstützt hatte, ohne sich bei diesen Lohnzahlungen oder Unterstützungen gegen jede Verbindlichkeit hierzu ausdrücklich zu verwahren und deren Freiwilligkeit zu betonen. Diese zwar juristisch nicht anfechtbare Begründung der Unterbrechung der Verjährung konnte keinesfalls zur Herstellung und Unterhaltung eines guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und -nehmern beitragen, wenigstens wird derjenige Unternehmer, der aus Mitleid mit dem vielleicht ohne jedes Verschulden zu Schaden gekommenen,

Die Verjährung  
des Schaden-  
ersatzanspruchs.

\*) Interessant und für meine oben ausgesprochene Ansicht sprechend ist die Thatsache, dass ein Arbeiter unlängst das Armenrecht erhielt zu einer Entschädigungsklage aus dem Haftpflichtgesetz, trotzdem sich sein Unfall zu einer Zeit ereignet hatte, als dies Gesetz für den betr. Betrieb längst ausser Kraft getreten war, sodass sich also der Entschädigungsanspruch lediglich nach dem Krankenkassen- und Unfallversicherungsgesetz richtete. Die Klage wurde dann natürlich abgewiesen, aber die Beklagte hatte doch wieder ihre Anwaltskosten zu tragen, was hätte vermieden werden können, wenn man das Gesuch um Bewilligung des Armenrechts unter Hinweis auf die inzwischen gänzlich veränderte Gesetzgebung abschlägig beschieden hätte.



aber bereits seit langer Zeit in seinen Diensten stehenden Arbeiter diesen im Fortbezug des früheren Lohnes erhalten hatte, eine solche edle Wohlthätigkeit nicht zum zweiten Male geübt haben, nachdem er durch die in einem Entschädigungsprozesse erhaltene Rechtsbelehrung über die Consequenzen derselben aufgeklärt worden war. —

Der § 120 der  
Gewerbeordnung.

Im hohen Grade verwirrend und zugleich erbitternd mussten die mitunter sehr von einander abweichenden Erkenntnisse namentlich aus Klagen auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung wirken. Mir liegen z. B. zwei Entscheidungen vor, deren eine — eine landgerichtliche — sich dahin ausspricht, es könne vom Arbeitgeber nicht verlangt werden, und sei auch undurchführbar, dass er in jedem Augenblicke und vor Verrichtung jeder einzelnen Arbeit eine genaue Prüfung des Arbeitsgeräthes vornehme, man könne vielmehr billigerweise beanspruchen, dass die Arbeiter auf die Beschaffenheit des ihnen überwiesenen Geräthes selbst einige Aufmerksamkeit verwendeten; in den Entscheidungsgründen des anderen Erkenntnisses — vom R.-O.-H.-Gericht ergangen und einen anderen Fall betreffend — wird der sachverständige Arbeiter für verpflichtet erklärt, etwaige Mängel an der von ihm bedienten Maschine, die er nicht sofort selbst beseitigen könne, seinem Vorgesetzten anzuzeigen und wird dann weiter aufgestellt, es könne nicht als ein Verschulden des Letzteren angesehen werden, wenn er sich auf den Kläger verlassen und im Vertrauen auf dessen Sachkenntniss von einer Untersuchung der betr. Maschine Abstand genommen habe. —

Diese beiden Erkenntnisse stehen in vollkommener Uebereinstimmung unter einander sowohl, wie mit dem im praktischen Betriebe auch allein nur Möglichen und Durchführbaren; in um so grösserem Gegensatze aber stehen sie zu den Entscheidungsgründen eines anderen reichsgerichtlichen Erkenntnisses, in welchen es heisst:

„Wenn der Arbeiter ein in der Fabrik vorhandenes Geräth verwendet, so kann ihm billigerweise nicht entgegengehalten werden, dass er selbst dessen Unzulänglichkeit hätte erkennen und von dem Principal ein anderes und besseres Werkzeug verlangen sollen; vielmehr darf sich der Arbeiter auf die grössere Sachkenntniss und Unsicht des Principals verlassen.“

In letzterem Falle handelte es sich um die Verwendung einer Leiter, welche sich für den beabsichtigten Zweck als nicht tauglich erwiesen hatte; eine besondere Sachkenntniss gehört aber doch wohl kaum dazu, beurtheilen zu können, ob eine Leiter zu einem bestimmten Zwecke verwendbar sei oder nicht, ja dies versteht der



Arbeiter gewiss in vielen Fällen besser zu beurtheilen, als der „Principal“, von welchem man es gewiss nicht verlangen kann, dass er in jedem Augenblicke über den Zustand und die Tauglichkeit jeder vorhandenen Leiter oder sonstigen Geräthes unterrichtet sein solle. Wenigstens wäre unter diesen Bedingungen ein Fabrikbetrieb einfach unmöglich und solchen Entscheidungen gegenüber erklärten es die Industriellen gewiss nicht mit Unrecht für unbillig, dass man den Arbeiter wie ein unmündiges Kind ansche und vom Arbeitgeber gewissermassen verlange, er solle bei jeder einzelnen Handlung des Ersteren entweder selbst hinter ihm stehen, oder ihm einen besonderen Aufseher bestellen.

Hierher gehört auch die viel umstrittene Frage, ob der Arbeitgeber durch den § 120 der Gewerbe-Ordnung verpflichtet sei, dem Arbeiter unentgeltlich Schutzbrillen zu liefern. Es wird — bei aller Anerkennung des Werthes der letzteren für vereinzelte Fälle — nicht allzuvielen praktischen Techniker geben, welche sich von der Anwendung dieses Schutzmittels einen besonderen Nutzen versprechen, zumal einem solchen oft recht grosse Nachteile entgegenstehen, die mitunter geradezu eine weit grössere Gefahr herbeizuführen im Stande sind, als diejenige ist, welcher durch die Schutzbrille vorgebeugt werden soll (z. B. beim Transporte und Ausgiessen geschmolzenen Metalls). Dazu tritt die grosse Schwierigkeit, für die so mannigfach verschiedenen Verrichtungen, welche unter Umständen das Auge des Arbeiters gefährden können, geeignete Schutzbrillen zu beschaffen, und nicht minder der thatsächliche, in den mit dem Tragen derselben verknüpften Beschwerden und der hieraus resultirenden Arbeitsbehinderung auch wohl begründete Widerwillen der Arbeiter gegen dieselben. — Anfänglich sprachen sich auch wohl sämtliche Gerichte gegen eine Verpflichtung des Unternehmers, Schutzbrillen unentgeltlich zu gewähren, aus und noch aus den Jahren 1880 und 1881 sind mir zwei reichsgerichtliche Erkenntnisse bekannt, welche den Arbeiter, der die betr. Gefahr kenne, zur Selbstbeschaffung derselben für verpflichtet erklären. (Vergl. Entscheidungen Bd. I. S. 275.)

Aber schon in einem reichsgerichtlichen Erkenntnis vom 23. December 1879 war die gegentheilige Ansicht ausgesprochen worden und zwar in einem Falle, in welchem die Gefahr einer Augenverletzung eine ebenso offensichtliche und dem Verletzten aus langjähriger Praxis bekannte war, wie in den beiden vorerwähnten, erst später zur Entscheidung gelangten Fällen. — Angesichts der



hierin immer strenger werdenden Rechtsprechung beschafften nunmehr wohl die meisten Unternehmer Schutzbrillen, gewiss vielfach ohne von deren Nutzen irgendwie überzeugt zu sein; bald aber sollten sie durch eine neue Art von Prozessen darüber belehrt werden, dass sie ihrer Verpflichtung mit dieser Beschaffung noch nicht genügt hätten, dass sie vielmehr in jedem einzelnen Falle auch dafür beweispflichtig seien, dass sie ihre Arbeiter im Allgemeinen und speziell auch den betr. Verletzten über das Vorhandensein und den Zweck der Schutzbrillen ausreichend belehrt hätten. Und dass auch die Erfüllung dieser Verpflichtung unter Umständen den Unternehmer noch nicht von der Schadloshaltung des Verletzten zu befreien im Stande war, darüber haben mir drastische Beispiele vorgelegen, von welchen ich eines hier mittheilen will. — In einer Maschinenfabrik, welche ihren Arbeitern auf Wunsch unentgeltlich Schutzbrillen lieferte, hatte ein Arbeiter in Folge unterlassener Benutzung einer solchen ein Auge verloren und war aus letzterem Grunde mit seiner Entschädigungsklage durch alle Instanzen abgewiesen worden. Kurz nach der letzten abweisenden Entscheidung verletzte sich der Sohn dieses Arbeiters auf der nämlichen Fabrik in derselben Weise, obgleich man billig hätte annehmen können, das Unglück des Vaters sei eine eindringliche Mahnung für den Sohn gewesen, das dargebotene Schutzmittel zu benutzen. Jetzt klagte der Sohn gegen die Fabrik und er erstritt denn auch ein obsiegendes Erkenntniss, weil er, der vorher beim Locomotivbau beschäftigt gewesen sei, die Verletzung beim Cisternenbau erlitten habe. Eine derartige Begründung muss für den mit dem technischen Betriebe nur einigermaßen Vertrauten unverständlich sein, da die Gefahr des Abspringens von Eisensplintern beim Bau der im Wesentlichen aus demselben Material (Eisenblech und Schmiedeeisen) herzustellenden Locomotiven und Cisternen naturgemäss die gleiche ist. Nach meiner Erfahrung haben überhaupt die Entscheidungen in der Schutzbrillenfrage gerade wegen ihres Gegensatzes zur praktischen Betriebsmöglichkeit mit die meiste Unzufriedenheit in industriellen Kreisen hervorgerufen. —

Die moralischen  
Folgen der  
Gesetzgebung.

Ich habe im Vorstehenden darzuthun versucht, dass die frühere Haftpflichtgesetzgebung in ihrer Auslegung und Anwendung weder den Arbeitgeber noch den Arbeitnehmer zu befriedigen geeignet war; beide Parteien hatten vielmehr Anlass zu berechtigten Klagen über dieselbe und wurden so in einen immer schärfer werdenden Gegensatz zu einander gebracht. War dies Ergebniss schon ein



höchst bedauerliches, so waren noch weit beklagenswerther die moralischen Folgen, welche die Gesetzgebung in den Arbeiterkreisen gezeitigt hat und welche die traurigste Seite in der Geschichte derselben repräsentiren dürften. Mochten die bestehenden Gesetze immerhin mangelhaft sein, so musste doch mit ihnen gerechnet, es konnte nur nach ihnen entschieden werden und nicht zu rechtfertigen war es, wenn unter Berufung auf dieselben Ansprüche erhoben wurden, die auf durchaus unbegründeten Anschuldigungen und weit übertriebenen, wenn nicht gar völlig erfundenen Angaben über den Umfang des erlittenen Schadens beruhten. Man stellte mit einer oft geradezu erstaunlichen Leichtfertigkeit Behauptungen über das angebliche Verschulden der Betriebsleitung auf, die sich schon beim ersten Beweisversuche als vollkommen unhaltbar erwiesen und welche alsdann sofort durch ein ganz neues Vorbringen ersetzt wurden, ohne dass man auch nur im Mindesten Anstoss daran nahm, dass dadurch die vielfach mit dem höchsten Pathos sittlicher Entrüstung gegebene ursprüngliche Darstellung des Herganges bei dem Unfalle meist geradezu auf den Kopf gestellt wurde. Simulationen der raffiniertesten Art gehörten keineswegs zu den Seltenheiten und derselbe Arbeiter, der eben noch behauptet und es verstanden hatte, die Aerzte daran glauben zu lassen, dass er vollständig erwerbsunfähig sei, nahm seine Arbeit zwar vorsichtigerweise an einem anderen Orte, aber in demselben Berufe wieder auf, nachdem er seine Entschädigung eingestrichen hatte. Die Erlangung einer solchen wurde mitunter geradezu Sache einer geschäftsmässigen Ausbeutung und wie wenig wählerisch man in den Mitteln hierzu war, welchen nachtheiligen, im Interesse des gesamten Arbeiterstandes zu bedauernden Einfluss die vielberufenen Winkelkonsulenten (mitunter indess auch andere Personen!) in den Städten mit zahlreicher Industriebevölkerung hierbei ausübten, dafür liegen leider Beispiele in Fülle vor. Auf Grund meiner langjährigen Erfahrung muss ich mich dahin aussprechen, dass die frühere Gesetzgebung geradezu entsittlichend auf gewisse Arbeiterkreise gewirkt hat, dass es daher hohe Zeit war, hier eine gründliche Aenderung eintreten zu lassen. — Diese in jeder Hinsicht tief zu beklagenden Folgen traten, wie ich bereits mehrfach hervorhob, am schärfsten im Geltungsbereiche des Code civil in Erscheinung. Eine ausreichende Erklärung hierfür zu geben, bin ich allerdings ausser Stande; ich muss mich begnügen, die Thatsache selbst festzustellen und wenigstens einen erklärenden Umstand hervorzuheben, der darin



bestand, dass den Ausschreitungen auf diesem Gebiete keineswegs immer von derjenigen Seite, welche zunächst dazu berufen erschien, sofort mit der nöthigen Energie entgegengetreten wurde, ja dass sie mitunter sogar Unterstützung fanden aus Kreisen, von welchen man ein derartiges Verhalten nicht hätte erwarten sollen. Gestand doch z. B. ein Arbeiter, welcher in Folge eines Unfalles an epileptischen Krämpfen zu leiden vorgab, deren Vorhandensein von zwei Aerzten bestritten, von einem dritten Arzte aber eidlich erhärtet wurde, nach längerer Beobachtung in einer Universitätsklinik ein, dass er jene Krampfanfälle simulirt und die An- und Unterweisung hierzu von jenem dritten Arzte erhalten habe. Welche Motive den Letzteren — er entzog sich der dieserhalb und wegen einer Verleitung zum Meineid gegen ihn angestregten Untersuchung durch die Flucht — zu einer solchen Handlungsweise bestimmt haben könnten, soll hier unerörtert bleiben, soviel aber ist gewiss, dass die Versuche seitens solcher Personen, die auch nur in die entfernteste Berührung mit einer Unfallsangelegenheit gekommen waren, einen Vortheil aus derselben zu ziehen, nichts Seltenes gewesen sind, und es war mitunter erstaunlich, von welcher Seite und in welcher Höhe hier Forderungen erhoben wurden. Ein Beispiel für viele möge hier mitgetheilt werden.

Ein unverheiratheter Arbeiter verstarb 30 Tage nach erlittenem Unfälle an dessen Folgen und nun stellte der Schneider D., bei welchem der Verunglückte, ohne in irgend welchen verwandtschaftlichen Beziehungen zu ihm gestanden zu haben, als gewöhnlicher Kostgänger gewohnt und auch bis zu seinem Tode gelegen hatte, für diese letzten 30 Tage eine Rechnung auf in Höhe von M. 726.—, welche sich wie folgt zusammensetzte:

Verpflegung und Bedienung für 30 Tage und Nächte	
durch 2 Personen . . . . .	M. 360.—
Kost für 30 Tage . . . . .	„ 60.—
2 Strohsäcke . . . . .	„ 9.—
Zu Grunde gegangene Bettüberzüge . . . . .	„ 12.—
Noch besonders nöthig gewesene Unterlagen . . . . .	„ 24.—
Das übrige unbrauchbar gewordene Bettzeug . . . . .	„ 80.—
Für Wäsche und Seife . . . . .	„ 60.—
2 Halstücher . . . . .	„ 4.—
Beleuchtung . . . . .	„ 6.—
5 Gänge zum Apotheker . . . . .	„ 5.—
<hr/>	
Transport:	M. 620.—



	Transport:	M. 620.—
Aufsetzen eines Ofens und Herrichtung des Ofenrohres	„	3.—
Ein Leintuch in's Grab . . . . .	„	3.—
Reinigen und Tünchen des Zimmers . . . . .	„	10.—
Entschädigung dafür, dass bis zum Unfallstage vier Arbeiter das betr. Zimmer bewohnt hatten, von da ab der Verstorbene es aber allein benöthigte .	„	40.—
Besondere Arbeit nach dem Tode und weil lange Zeit Niemand zu dem Schneider D. in's Geschäft kam, auch dessen Ehefrau in ihrem Geschäfte als Mägdeverdingerin Einbusse erlitt . . . . .	„	50.—
	Sa. M.	726.—

Auf diese Rechnung, deren nähere Charakterisirung wohl überflüssig ist, mussten thatsächlich Mark 500.— gezahlt werden, ausserdem noch Mark 490.25 für Kur- und Begräbnisskosten, sodass also die vierwöchentliche Pflege, ärztliche Behandlung und Beerdigung eines unverheiratheten Arbeiters nicht weniger wie Mark 990.25 kostete.

Gerade bei Feststellung des Schadenersatzes wurde im Geltungsbereiche des Code civil ein Verfahren beobachtet, welches meiner Ansicht nach nicht zu billigen sein dürfte und so weit mir bekannt, auch im übrigen Deutschland nicht befolgt wurde. Man hörte nämlich über den Gesundheitszustand des Verletzten vor und nach dem Unfalle zahlreiche Zeugen aus dem Laienstande ab, Mitbewohner desselben Hauses, gute Nachbarinnen u. s. w. Freilich kamen dann bei einer solchen Beweisaufnahme oft die auffallendsten Widersprüche vor, wie denn z. B. in einem Falle sämmtliche Aerzte sich mit der grössten Bestimmtheit dahin aussprachen, dass der Verletzte bereits vor dem Unfalle Krampfadern am Beine gehabt habe, während die Zeugen aus dem Laienstande das Gegentheil beeideten, eine Zeugin mit dem Hinzufügen, dass sie dem Kläger wiederholt Strümpfe gestrickt und anprobirt, niemals aber etwas von Krampfadern bemerkt habe.

Ich will zu Gunsten dieser Zeugin gerne annehmen, dass sie überhaupt nicht gewusst habe, was eigentlich Krampfadern seien, aber ich halte es für höchst bedenklich, über ärztlich-wissenschaftliche Fragen ein eidliches Zeugniss solcher Leute zu erheben, welchen es an jeder Sachkenntniss und Beobachtungsfähigkeit fehlte. Die Gefahr lag hier nur zu nahe, dass, wenn nicht gar wissentliche, so doch mindestens fahrlässige Meineide geschworen wurden und



leider muss ich mich dahin aussprechen, dass sich mir in langjähriger Beobachtung die Ueberzeugung aufgedrängt hat, 'es sei überhaupt in Haftpflichtprozessen mancher fahrlässige Meineid geleistet worden\*).

Wie wäre es z. B. möglich, mit positiver Bestimmtheit zu behaupten, dass vor einer langen Reihe von Jahren diesem oder jenem Arbeiter diese oder jene Instruktion ertheilt resp. nicht ertheilt worden sei, und nicht minder unmöglich ist es gewiss, noch Jahre lang nach dem Unfalle Entfernungen und Dimensionen fast bis auf einen Centimeter genau anzugeben, wenn man diese nicht seiner Zeit sofort festgestellt und notirt hat. Selbst die unter Eid gegebenen Darstellungen des Unfalles wichen oft erheblich von einander ab; um wieviel mehr Vorsicht war also bei der Beweisaufnahme bezüglich solcher Details nothwendig!\*\*)

Eine andere nicht minder beklagenswerthe Thatsache, die ebenfalls wiederum zumeist im Geltungsbereiche des Code civil in Erscheinung trat, war die, dass aus dem Erlangen einer Unfallsentschädigung geradezu ein Geschäft gemacht wurde. Ich will ganz von den Uebertreibungen bezüglich der Unfallsfolgen absehen, aber ich erinnere an den oben (S. 23/24) mitgetheilten Fall, in welchem der Ersatz eines moralischen Schadens verlangt wurde, obgleich hier das Eigenthümliche des Anspruchs nicht so eklatant

---

\*) So ging mir u. A. nach Beendigung dieser Arbeit die Nachricht zu, dass in einer Haftpflichtsache, nachdem das den beklagten Unternehmer verurtheilende Erkenntniss rechtskräftig geworden war, seitens der Staatsanwaltschaft gegen den Hauptbelastungszeugen Anklage wegen Meineid erhoben worden sei.

\*\*) Als Beleg für die differirenden Bekundungen über den Unfallshegang diene folgendes Beispiel: Bei einem Brückenbau sollte der Caisson mit Hülfe von Schrauben gesenkt werden und verunglückte hierbei ein Arbeiter durch Sturz. Ueber Hergang und Ursache des Unfalles wurden wörtlich folgende eidliche Aussagen gemacht:

Zeuge A: Bei dem Zurückziehen des etwas schwer gehenden Schraubenschlüssels half der Zeuge B. dem Kläger; hierbei zog B. so stark, dass die Schraubenschlüssel mit einem Ruck zurückfuhren, der Kläger das Uebergewicht bekam und rückwärts gegen das Geländer stürzte. Der Zeuge B. trug die Schuld an dem Unfalle.

Zeuge B: Da ich bemerkte, dass der Kläger die Schraubenschlüssel nicht zu brachte, wollte ich ihm helfen; ehe ich aber an die Stelle kam, wo er stand, sah ich ihn bereits hinstürzen.

Zeuge C: Ich half dem Kläger (also nicht B!) beim Herablassen des Senkkastens; die Schraubenschlüssel gingen sehr schwer und war grosse Kraftanstrengung nöthig. Auf einmal riss das Seil, an dem wir zogen und der Kläger stürzte gegen das Geländer. Der Unfall ist durch das Zerreißen des alten, mehrfach zusammengeknüpften Seiles entstanden. —

Welche dieser drei eidlichen Aussagen ist nun die richtige und wie viele derselben sind falsch?! —



hervortritt, wie in einem anderen, in welchem der Vater den Ersatz des moralischen Schadens einklagte, der ihm dadurch erwachsen sei, dass sein dreijähriges Kind durch Ueberfahren getödtet worden war. Welch' widrigen Eindruck aber muss es machen, wenn der Ehemann, der bereits seit Jahren von seiner Frau getrennt lebte, sich wieder mit dieser vereinigte, weil inzwischen der Sohn derselben aus erster Ehe tödtlich verunglückt war und die von ihrem zweiten Manne verlassene Mutter aus der dieserhalb angestregten Entschädigungsklage eine hübsche Entschädigung zu gewinnen hoffen durfte; oder wenn, wie ich dies ebenfalls erlebte, die bereits in der Scheidungsklage liegende Frau wieder zu dem inzwischen unfallverletzten Ehemann zurückkehrt, um an der zu erstreitenden Unfallsentschädigung zu participiren.

Solchen Vorkommnissen gegenüber möchte es fast zweifelhaft erscheinen, ob diejenigen aus der früheren Haftpflichtgesetzgebung entspringenden Nachtheile die grösseren waren, welche darin lagen, dass die Arbeiter nicht genügend gegen die wirthschaftlichen Folgen von Betriebsunfällen gesichert und doch andererseits die Unternehmer oft über Gebühr belastet wurden, oder ob die in den entschädigenden Folgen zu Tage tretenden am beklagenswerthesten gewesen seien; soviel aber ist gewiss, dass auf diesem Gebiete unbedingt Wandel geschafft werden musste, sollten sich diese Zustände nicht noch weit trauriger gestalten, noch weit beunruhigender zuspitzen. —

---





## ZWEITER ABSCHNITT.

### Die Reformbewegung und die verschiedenen Gesetzesvorlagen der Reichsregierung.

Die zahlreichen, sich immer empfindlicher fühlbar machenden Mängel der früheren Haftpflichtgesetzgebung lassen es begreiflich erscheinen, dass im Laufe der Zeit eine ganze Reihe der verschiedensten Reformvorschläge auftauchten, verschieden namentlich auch ihrem Ursprunge nach, insofern nämlich die Frage der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter theils lediglich vom wissenschaftlichen, theils von dem durch praktische Erfahrung bedingten Standpunkte der hier zunächst und eminent beteiligten Industriellen aus behandelt wurde. Die aus diesen beiden Kreisen hervorgegangene Litteratur, ist eine ausserordentlich umfangreiche, viel zu umfangreich jedenfalls, um im Rahmen einer Arbeit, wie die vorliegende, auch nur annähernd erschöpfend besprochen werden zu können, und nicht minder würde es zu weit führen, die verschiedenen Gesetzesvorlagen der Reichsregierung auf diesem Gebiete ihren Einzelheiten nach hier eingehend beurtheilen zu wollen. Ich werde mich daher darauf beschränken, die hauptsächlichen Grundgedanken einzelner dieser Reformvorschläge einer besonderen Prüfung ihrer Bedeutung und wirtschaftlichen Durchführbarkeit nach zu unterziehen.

Grundgedanken  
der Abänderungs-  
vorschläge.

Sämmtliche Abänderungsvorschläge gingen zwar von dem Grundgedanken aus, dass der § 2 des Haftpflichtgesetzes nicht geeignet



sei, die Arbeiter hinreichend gegen die wirthschaftlichen Folgen von Betriebsunfällen zu sichern; sie unterscheiden sich aber unter einander im Wesentlichen insofern nach zwei Richtungen hin, als die Einen durch Ausbau und Ausdehnung des genannten Gesetzes, die Anderen auf dem Wege der Unfallversicherung eine Besserung, der überall als unhaltbar erkannten Zustände herbeizuführen gedachten.

Bevor ich nun die in ersterer Richtung sich bewegenden Vorschläge näher beleuchte, möchte ich zunächst ein ganz andere Bahnen einschlagendes Projekt kurz besprechen, um an demselben zu zeigen, welch' wunderbare Ideen der durch die Haftpflichtgesetzgebung geschaffene Nothstand gezeitigt hat, und wie nothwendig hier eine Radikalkur war, die eisern durchgriff, und auch den im Grunde überdies ungerechtfertigten Vorwurf nicht scheute, dass durch sie ein socialistisches Element in die Gesetzgebung eingeführt werden solle. Ich meine die Arbeit von BLANKERTZ, „Begründung der Unfall- und Kranken-Versicherung“ Berlin 1882. — Nach derselben liegt die grösste Schwierigkeit auf diesem Gebiete in der richtigen Stellung der Aufgabe, und soll die Lösung der letzteren allein in der Unfallverhütung gefunden werden können, als deren unerlässliche Vorbedingung BLANKERTZ die gegenseitige Kontrolle des persönlichen Verhaltens sämtlicher Arbeiter unter einander bezeichnet, die „Präventivjustiz“ wie er es nennt (S. 18). Richtig ist nun zwar, dass eine rationelle Unfallversicherung nicht nur die Aufgabe hat, den Unfallverletzten zu entschädigen, sondern auch bestrebt sein muss, die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter an der Betriebsstätte möglichst zu beseitigen; aber dies Letztere als die Hauptsache hinzustellen, ist doch eine um so grössere Einseitigkeit, als sich eine grosse Anzahl von Unfällen überhaupt nicht durch Schutzvorrichtungen u. s. w. verhüten lässt, ohne dass sie jedoch desshalb zur Kategorie der durch eigenes Verschulden des Verletzten, oder höhere Gewalt herbeigeführten gerechnet werden müssten. Dies giebt der Verfasser auch indirekt zu, indem er Schutzvorrichtungen für ausgeschlossen erklärt, welche den Gebrauch einer Maschine behindern würden. Er führt dann weiter aus, es könne nicht Aufgabe sein, die in Folge eigener Unvorsichtigkeit verletzten Arbeiter auch noch zu belohnen und verweist die in Folge höherer Gewalt Geschädigten, namentlich aus solchen Gewerben, bei welchen man die Gefahr nicht abwenden könne, die aber doch im allgemeinen Interesse betrieben werden



müssten (das werden sie aber schliesslich doch fast alle!), auf die Unterstützung durch das Gemeinwesen, die öffentliche Armenpflege. Die Verpflichtung, für die durch eigenes Verschulden Verunglückten zu sorgen, will BLANKERTZ, wie noch gezeigt werden soll, einfach auf die Gesamtheit der Arbeiter des betr. Etablissements übertragen. — Die Ueberweisung der durch höhere Gewalt Verunglückten an die Armenpflege widerspricht aber meiner Ansicht nach durchaus den modernen Rechtsanschauungen, zumal die Armenverbände doch nur höchst unzureichende Unterstützungen zu gewähren in der Lage sein würden, Unterstützungen, deren entsittlichende Wirkung SARTORIUS v. WALTERSHAUSEN (Stellung des Staates zur Alters- u. Invaliden-Versorgung S. 3) treffend kennzeichnet:

„Ein Arbeiter, welcher durch öffentliche Mittel sein Dasein ge-  
fristet hat, wird nur zu leicht das Gefühl der eigenen Verant-  
wortlichkeit verlieren, sich nicht als vollberechtigtes Mitglied  
des Staats- und Gemeinwesens zu betrachten vermögen; er  
wird ein schlechtes Beispiel seinen Genossen geben und denen  
die Thatkraft rauben, welche bis dahin stolz in dem Gedanken  
waren, dass sie ihre Lebensstellung durch ihre eigene Tüch-  
tigkeit erlangt haben“. —

BLANKERTZ schlägt nun vor, es sollten die Arbeiter jedes Etablissements, welches mehr als 60 Personen beschäftigt, zu je einer Sicherungsgemeinschaft zusammentreten, welcher die Initiative zu den vom Unternehmer auf seine Kosten zu beschaffenden Schutzmassregeln zustünde, Gemeinschaften, innerhalb welcher jeder einzelne Arbeiter Grund und Befugniss haben solle, darauf zu achten, dass die Anderen nicht unvorsichtig und saumselig verfahren. Diese Sicherungsgemeinschaft hätte dann die weitere Verpflichtung, den unfallverletzten Mitarbeiter (abgesehen von den oben erwähnten Ausnahmen) zu unterstützen, resp. ihm eine Rente zu sichern. „Das Geld, welches zur Unterstützung Verletzter gezahlt wird, soll als Busse dienen, die man, da jeder Versicherte zugleich Versicherer ist, sich selbst auflegt, wie eine Wehr gegen Mangel an Pflichterfüllung“ (S. 33). Die Arbeiter eines Unternehmens, welches nicht die nothwendige Garantie einer Sicherungsgemeinschaft bietet (wer soll dem hierüber entscheiden?) sollen ebenso wie die Arbeiter zu kleiner Unternehmungen zu nachbarlichen Ortsgemeinschaften zusammentreten.

Unklar bleibt hierbei zunächst, wer darüber zu entscheiden habe, ob die öffentliche Armenpflege oder die Sicherungsgemeinschaft



in einem bestimmten Falle einzutreten habe; ebenso bleibt unklar, ob der Arbeitgeber einen Beitrag zu der Letzteren zahlen solle. BLANKERTZ scheint dies aber zu verneinen; wenigstens sagt er, der Arbeitgeber könne sich einer derart berechtigten und verpflichteten Gemeinschaft gegenüber nicht mehr der Verpflichtung entziehen, auf seine Kosten alle zur Sicherheit der Arbeiter notwendigen Einrichtungen herzustellen (S. 20) und führt dann (S. 23) fort, der Geschäftsinhaber habe es in der Hand, die Ausgaben, welche er im Interesse der Mitarbeiter seines Unternehmens mache, durch Lohnreduction auszugleichen. — Eine derartige Abwälzung der Entschädigungspflicht auf die Arbeiter allein ist jedoch durchaus unzulässig und wenn BLANKERTZ meint, die Letzteren hätten es ja in der Hand, durch selbstgeübte Kontrolle sich und ihre Kameraden vor Unvorsichtigkeiten zu bewahren, so muss dem entgegengehalten werden, einmal, dass in einer derartigen Unvorsichtigkeit nicht die alleinige Quelle der Unfälle zu suchen ist, dass aber andererseits eine diese verhütende Kontrolle seitens der Arbeiter selbst einfach unmöglich sein würde, weil sie sich mit der von der eigentlichen Thätigkeit derselben unbedingt erfordernden Aufmerksamkeit und Sorgfalt nicht vereinigen lässt. Und um den Arbeitgeber zur Herstellung von Schutzvorrichtungen zu verpflichten, dazu bedarf es nicht erst derartiger Sicherungsgemeinschaften, diese Verpflichtung legt ihm einfach das Gesetz auf (§ 120 der Gewerbeordnung), ohne dass er berechtigt wäre, hierfür eine Gegenleistung zu fordern. — Dem Einwande, die doch lediglich auf die Beiträge ihrer Mitglieder angewiesene Unterstützungskasse könne insolvent werden, das Unternehmen, für welches sie errichtet war, könne sich auflösen, begegnet BLANKERTZ wörtlich damit, dass überhaupt da, wo nichts sei, selbst der Kaiser sein Recht verloren habe (S. 32) und ich glaube einer solchen, allerdings recht einfachen Argumentation gegenüber eines weiteren Eingehens auf die Vorschläge von BLANKERTZ enthoben zu sein, die ich überhaupt nur ihrer Originalität wegen erwähnt und besprochen habe.

Wende ich mich nun zu denjenigen Vorschlägen, die von dem Gedanken eines Ausbaues des Haftpflichtgesetzes ausgingen, so sind im Wesentlichen zwei von einander abweichenden Richtungen zu unterscheiden. Beiden gemeinsam war das Verlangen nach Ausdehnung des Gesetzes auf alle Gewerbe, das Princip der Nichthaftbarkeit des Unternehmers im Falle eigenen Verschuldens des Verletzten und höherer Gewalt, sowie endlich noch die Uebertragung

Der „Ausbau“  
des Haftpflicht-  
gesetzes.



der Beweispflicht auf den Arbeitgeber. Sie unterscheiden sich aber insofern unter einander, als nach den Einen der Unternehmer auch für die durch Zufall herbeigeführten Unfälle haftbar sein solle, nach den Andern dagegen nicht, und sie gehen weiter auch bezüglich der Frage auseinander, ob der von der Höhe der Entschädigung handelnde § 3 des Haftpflichtgesetzes beizubehalten, oder ob diese Höhe einzuschränken und gesetzlich zu fixiren sei. —

Wenn das Haftpflichtgesetz einen Akt der Fürsorge für den durch einen Unfall geschädigten Arbeiter resp. seine Hinterbliebenen darstellen sollte und man jetzt eine bessere Gestaltung dieser Fürsorge als unbedingt nothwendig erkannt hatte, so musste in erster Linie davon ausgegangen werden, dass sich dieselbe nicht nur auf einen weiteren Kreis zu erstrecken habe, als seither, sondern dass sie einfach auf alle Gewerbe ausgedehnt werde. Der dahingehenden Forderung, welche überdies im Verlaufe der vorliegenden Arbeit noch des Weiteren zu besprechen sein wird, kann ich also nur zustimmen. Abgesehen von der Entschädigungsfeststellung bewegen sich die übrigen Forderungen einerseits wiederum auf dem Gebiete des allgemeinen Obligationenrechts, insofern sie noch immer die Verbindlichkeit zum Schadenersatz von einem Verschulden bestimmter Personen abhängig machen, führen aber andererseits zu bedenklichen Abweichungen von den Consequenzen desselben und den allgemeinen Rechtsgrundsätzen über Beweispflicht und rechtliche Präsuntion.\*)

Schuldfrage, Zufall und höhere Gewalt.

Bereits im ersten Abschnitt habe ich jedoch nachgewiesen, zu welchen beklagenswerthen Folgen das Aufwerfen der Schuldfrage auf diesem Gebiete geführt hat und wenn ich auch zugebe, dass nach Einführung von Reformen, wie die eben skizzirten immerhin ein Wandel zum Besseren eingetreten sein würde, insofern wenigstens einer grösseren Anzahl von Arbeitern eine Entschädigung gesichert worden wäre, so konnten doch jene unerquicklichen, beide Theile verbitternden Streitigkeiten und ihre entsittlichenden Consequenzen nur durch vollständige Eliminirung der Schuldfrage beseitigt werden, zumal die Grenzen eines „Verschuldens“ unter Umständen recht eng gezogen werden konnten. Sagt doch IHERING (Das Schuldmoment im römischen Privatrecht S. 40/41.): „Nicht das äussere Thun verpflichtet, sondern die Handlung d. h. die Kausalität der That im menschlichen Willen und auch nicht die Handlung schlechthin,

\*) Vergl. Motive zum Gesetzentwurf von 1881 S. 23.



sondern nur, wenn sie sich dem Willen zum Vorwurf anrechnen lässt. Ohne diese Voraussetzung fällt der Schaden, den der Mensch angerichtet hat, unter denselben Gesichtspunkt wie der, den der Hagel angerichtet hat; es ist ein Naturereigniss, dessen nachtheilige Folgen Derjenige zu tragen hat, den sie treffen, in der Sprache des Rechts ein *casus*.“ —

So lange nicht alle Unfälle, auch die durch Zufall und höhere Gewalt herbeigeführten, als entschädigungsberechtigt anerkannt wurden, konnte von einer der Billigkeit und den Interessen der Gesamtheit entsprechenden Regelung jener gesetzlichen Fürsorge nicht die Rede sein; weder dem Arbeiter noch dem Unternehmer wäre mit einer lediglich auf Verschärfung des Haftpflichtgesetzes hinauslaufenden Reform gedient gewesen. —

Man hat freilich den Einwand erhoben, den Arbeiter auch im Falle eigenen Verschuldens zu entschädigen, sei gleichbedeutend mit einer Prämiiung des Leichtsinns und werde die Arbeiter in der ohnehin grossen Achtlosigkeit bestärken, mit welcher sie sich über die im Interesse des eigenen Lebens gebotene Vorsicht hinaussetzten; sobald man aber die gesetzlich zu fixirende Entschädigung gegen früher entsprechend herabsetzt — die Nothwendigkeit dieser Massregel wird noch tiefer unten zu besprechen sein — verlieren derartige Bedenken ihren Boden. Entschädigungen, die sich unterhalb des seither bezogenen Lohnes bewegen, dürften kaum einen Anreiz dazu bieten; sich durch eigene Schuld einer derartigen Einbusse in den Unterhaltungsmitteln auszusetzen. — Anders allerdings verhält es sich mit den vorsätzlich seitens des Verletzten herbeigeführten Unfällen; hier würde sich eine Entschädigung unter keinen Umständen rechtfertigen lassen und das Unfallversicherungsgesetz von 1884 schliesst daher eine solche auch mit Recht aus (§ 5 Abs. 7). — Bezüglich der durch Zufall herbeigeführten Unfälle macht BARON (Schriften des Vereins für Socialpolitik 1879) den Vorschlag, der Arbeitgeber solle bei zufälligen Unfällen oder bei nicht nachweisbarer Schuld zur Hälfte haftbar sein, während er im Falle eigenen Verschuldens oder bei Schuld seines Beauftragten voll, bei grober Schuld (Leichtsinn) des Arbeiters aber gar nicht zu haften haben würde. — Zu dieser eigenthümlichen Theilung der Haftung bei Zufall kommt BARON aus der Erwägung, dass es unserem Rechtsgefühle widerspreche, den Arbeiter allein den ohne seine Schuld eingetretenen Unfall tragen zu lassen. Entstehe nun ein zufälliger Schaden bei einer Gelegenheit, welche Jemand



veranlasst habe, so müsse dieser Jemand denselben tragen, auch wenn ihn gar keine Schuld treffe. Dies auf den Arbeitsvertrag angewandt, ergebe das Resultat, dass der Schaden zwischen Unternehmer und Arbeiter zu vertheilen sei; denn der Arbeitsvertrag gehöre zu den sogen. zweiseitigen Geschäften, er bezwecke den Vortheil beider Theile, beide Theile hätten Anlass zum Schaden gegeben, der Unternehmer, indem er die Arbeit verrichten liess, der Arbeiter, indem er sie übernahm. Folglich müssten Beide den Schaden je zur Hälfte tragen. — Die Theilung der Haftung bei nicht nachweisbarer Schuld rechtfertigt BARON dann damit, dass es sich zieme, zweifelhafte Ansprüche durch Vergleich zu erledigen.

BARON stellt also gewissermassen den Zufall, welcher einen Unfall zur Folge hatte, als eine bei Schliessung des Arbeitsvertrages begangene Schuld dar, an welcher Unternehmer und Arbeiter in gleicher Weise participiren, während meiner Ansicht nach überhaupt Niemand einen Zufall „verschulden“ kann, da sonst der Zufall eben aufhört, Zufall zu sein und Zufallsunfälle nenne ich gerade solche Unfälle, in welchen Niemand den Anlass zum Schaden gegeben hat. Man erkennt an diesem Vorschlag BARON's deutlich, wohin es führt, wenn man die gesetzliche Fürsorge für den unfallverletzten Arbeiter durchaus im Zusammenhange mit der Schuldfrage halten will. — Selbst von einer Beschränkung der Haftung auf die Hälfte aber fürchtet BARON eine vielleicht unerträgliche Belastung des Arbeitgebers, zu deren Abwendung die Gesetzgebung auf geeignete Mittel sinnen müsse; ein solches biete sich aber in der Unfallversicherung dar. Wenn man sich aber genöthigt sieht, wenigstens für gewisse Fälle zu dem Hilfsmittel der Unfallversicherung zu greifen, so weiss ich nicht, weshalb man die Letztere nicht gleich überall und durchgreifend anwenden sollte, zumal gewichtige Gründe für ihre Einführung sprechen.

Aehnlich wie BARON empfiehlt SILBERSCHLAG (der Arbeiterfreund, XIX. Jahrgang S. 267) einerseits die Vorschriften, welche bereits das Landrecht in Betreff der Entschädigungspflicht des Arbeitgebers aufstellt, auf alle Fälle der von einem Arbeitgeber (Gutsherr, Fabrikbesitzer, Handwerksmeister) übertragenen Arbeit auszudehnen, andererseits aber für gewisse Fälle des Gewerbebetriebes (Bergwerksbetrieb und manche Art der Fabrikindustrie) eine Zwangsversicherung des Arbeiters gegen Unfälle einzuführen; auch gegen diejenigen, die der Arbeiter selbst verschuldet habe. — HIRSCHBERG (der Arbeiterversicherungszwang S. 59) kommt zu folgendem Resultate:



1. Bei Schuld des Unternehmers, resp. seines Bevollmächtigten u. s. w. ist Haftpflicht wünschenswerth in der Ausdehnung des beim Eisenbahnwesen geltenden Rechtes und mit Beziehung auf sämtliche Berufsarten.

2. In allen Fällen, in welchen eine Haftpflicht nicht eintritt, hat Versicherungszwang einzutreten.

3. Gegen Haftpflicht darf man sich nicht versichern und die Unfallversicherung dehnt sich nur auf die zufälligen Verunglückungen aus.

Alle diese Vorschläge halten an der Schuldfrage fest, beseitigen also die in deren Gefolge nothwendig auftretenden Streitigkeiten nicht, während sich die grosse Aufgabe, den Arbeiter möglichst gegen die wirthschaftlichen Folgen von Betriebsunfällen zu sichern, ohne doch dabei die nicht minder wichtigen Unternehmerinteressen zu verletzen, die Aufgabe also, den socialen Frieden zu fördern, überhaupt nicht vom Boden des Obligationenrechtes aus lösen lässt. Es handelt sich hier vielmehr um eine wesentlich volkswirthschaftliche Aufgabe. An und für sich müsste schliesslich der Arbeiter die Folgen eines im Berufe erlittenen Unfalles so gut wie jeder Andere selbst tragen, sein Lohn reicht aber zur Ansammlung von Ersparnissen, die ihm dies ermöglichen würden, nicht hin, es ist daher Pflicht des von der bestehenden Volkswirtschaft untrennbaren Staates, zu verhindern, dass der unfallverletzte Arbeiter der Armenpflege anheimfalle.\*)

Oeffentlich-  
rechtliche Unfall-  
versicherung.

Der Staat bringt nun diese Hülfe durch Schaffung öffentlich-rechtlicher Institutionen, einer öffentlich rechtlich geregelten Unfallversicherung; also nicht mehr Haftpflicht, sondern Unfallversicherung. — In diesem Sinne wenigstens stimme ich MUCKE (Staatliche Unfallversicherung S. 13) vollkommen bei, wenn er sagt, es gebe zwar kein Recht auf Arbeit, wohl aber ein Recht aus der Arbeit. Denn wie auf der einen Seite der Arbeiter nicht lediglich im Interesse der Selbsterhaltung im Betriebe thätig ist, sondern auch im Interesse der Gesamtheit, welcher die Früchte seines Fleisses mit zu Gute kommen, so hat auch auf der anderen Seite die Gesamtheit, der Staat, die Verpflichtung, den im Betriebe verletzten Arbeiter durch Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Versicherung vor der Verarmung zu schützen.

Noch möchte ich kurz die Ansicht ARENDT's („Allgemeine

\*) Vergleiche FLESCII, Haftpflicht, Unfallversicherung und Normalarbeitstag.



Staatsversicherung und Versicherungssteuer“) besprechen, welcher neben einer allgemeinen Staatsversicherung Aller für den Fall jeder Erwerbslosigkeit noch eine Haftpflicht des Unternehmers bestehen lassen will, die dahin ginge, dass jeder Arbeitgeber der Staatsversicherungsanstalt für ihre Leistungen an in seinem Dienste verletzte Arbeiter regresspflichtig sei, sobald er nicht nachweise, dass der Unfall durch höhere Gewalt oder grobes Verschulden des Verunglückten herbeigeführt worden sei. Dabei soll der Arbeitgeber der die Entschädigung lediglich in Rentenform leistenden Staatsversicherungs-Anstalt stets den Kapitalwerth der Rente ersetzen und, weil ihm dies oft unerschwinglich sein würde, solle mit der Staatsanstalt eine gegenseitige Versicherung der Unternehmer zur Abwälzung der Haftpflicht eingerichtet werden (A. a. O. S. 52 u. 55). Hält man aber einmal das Princip der „Haftpflicht“ fest, so muss sich dasselbe auch in der Höhe der aus derselben zu leistenden Entschädigung geltend machen; es muss in diesem Falle volle Entschädigung gewährt werden, während nach ARENDT die Staatsversicherung mit ihren Leistungen zwar oberhalb der jetzigen Armenunterstützung stehen, aber auch stets beträchtlich hinter dem niedrigsten Arbeitslohn zurückbleiben soll, und ich verstehe es daher nicht recht, wie ARENDT sagen kann, durch seinen Vorschlag würde zwar zunächst eine Entlastung in der den Arbeitgebern jetzt auferlegten Haftpflicht eintreten, dieselben würden aber durch das Haftpflichtgesetz nicht genügend herangezogen. Denn wenn er auch durch seinen Vorschlag den Kreis der Unfälle, in welchen der Unternehmer haftpflichtig sein soll, erweitert, so hebt er doch die hierinliegende und von ihm für wünschenswerth erklärte stärkere Heranziehung der Arbeitgeber durch die Beschränkung der Entschädigung auf das Existenzminimum (S. 31) auf der anderen Seite reichlich wieder auf. — Mit allzugrosser Zähigkeit hielt übrigens ARENDT gerade nicht an seiner Ansicht fest, denn noch in demselben Jahre (1881) in welchem er die oben citirte Schrift veröffentlichte, erklärte er in einer weiteren Arbeit: „Die Reichsunfallversicherung“, dass es sich nur um einen Vorschlag gehandelt habe, welchem er mehr akademische als praktische Bedeutung beilege.

Wenn man schliesslich noch geglaubt hat, dadurch eine wesentliche Besserung in der Lage des Arbeiters herbeiführen zu können, dass man die Beweispflicht conform der Bestimmung des § 1 des Haftpflichtgesetzes dem Unternehmer auferlege, so verweise ich zunächst auf das hierüber im ersten Abschnitt Gesagte. Ich kann aber



auch in einer derartigen Reform einen so bedeutenden Fortschritt um desswillen nicht erkennen, weil durch die einfache Aenderung der Beweislast der Grund des Uebels überhaupt nicht getroffen wird und darum nicht weniger Prozesse — hier allein aber liegt dieser Grund — angestrengt worden sein würden, weil jetzt der Unternehmer statt des Arbeiters beweispflichtig gewesen wäre. Ich wiederhole vielmehr, dass die mit der früheren Haftpflichtgesetzgebung gemachten Erfahrungen die Nothwendigkeit klarlegten, es müsse die Fürsorge für den verletzten Arbeiter auf einem ganz anderen Wege erreicht werden, als dem seither innegehaltenen und ich stehe daher insofern ganz auf dem Boden der Motive des Gesetzentwurfes von 1881, als dieselben sagen:

„Die Versicherung soll alle beim Betriebe vorkommenden Unfälle umfassen, ohne Unterschied, ob sie in einem Verschulden des Unternehmers oder seiner Beauftragten, oder in dem eigenen Verhalten des Verunglückten oder in zufälligen, Niemandem zur Last zu legenden Umständen ihren Grund haben. Nur wenn von diesen Unterschieden ganz abgesehen wird, kann dem Arbeiter durch die Versicherung die Sicherheit gegeben werden, dass er durch einen Unfall mit seiner Erwerbsfähigkeit nicht auch seinen Unterhalt verliert und dass er bei seinem durch einen Unfall herbeigeführten Tode seine Angehörigen nicht hilflos zurück lässt. (S. 25.)“

Nicht der Arbeiter allein wird durch eine derartige Gesetzgebung günstiger gestellt, auch der Arbeitgeber selbst hat alle Ursache, sie mit Freuden zu begrüßen, da er, wie ich im ersten Abschnitte nachgewiesen habe, durch die aus der Haftpflichtgesetzgebung entspringende Entwicklung der Dinge auf das Empfindlichste geschädigt wurde, ohne dass es zu einem besseren Verhältnisse zwischen ihm und seinen Untergebenen hätte kommen können. Auf dem Wege der Unfallversicherung aber konnte ein solches besseres Verhältniss angebahnt, konnte der Frieden zwischen den beiden so nothwendig auf einander angewiesenen Faktoren hergestellt werden, ohne dass dem Unternehmer — wenigstens bei einsichtiger Regelung der Versicherung — wesentlich höhere finanzielle Opfer erwachsen müssten, als sie ihm die Haftpflichtgesetzgebung auferlegte, Opfer, die er überdies nur mit Widerwillen bringen konnte, während die Lasten der Unfallversicherung mit der Zeit gewiss wenigstens theilweise durch grössere Arbeitslust und grössere Leistungsfähigkeit des menschlicher situirten Arbeiters aufgewogen werden. (HELD, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 19 S. 147).



Nur bei einsichtiger Regelung der Unfallversicherung, sagte ich, würden die Unternehmer die Lasten derselben zu tragen im Stande sein, und komme damit zunächst zur Frage der Entschädigungshöhe, die, wie oben bemerkt, ebenfalls eine umstrittene war.

Beschränkung u.  
Fixirung der  
Entschädigung.

Es wird wohl allseitig anerkannt, dass die Beiträge zur Unfallversicherung einen Theil der vom Unternehmer zu tragenden Produktionskosten darstellen, sie dürfen daher auch nicht so hoch sein, dass sie den Preis der Waare derart vertheuern würden, dass ein lohnender Absatz derselben unmöglich gemacht wäre. Eine derartige Vertheuerung würde jedoch bestimmt eintreten, wenn man bei Ausdehnung der Entschädigungspflicht auf alle Unfälle gleichzeitig die Entschädigung in der Höhe belassen wollte, wie sie der § 3 des Haftpflichtgesetzes festsetzte. Eine so belastete Industrie würde nicht mehr existenzfähig sein, der Arbeiter hierdurch also selbst schwer geschädigt werden, während andererseits der Ersatz des vollen Schadens in jedem Unfälle (auch bei Zufall und eigenem Verschulden) doch auch das Maass der Gerechtigkeit und Billigkeit weit überschreiten würde. Der Billigkeit und dem Bedürfnisse wird aber genügt, wenn dem Arbeiter der ausreichende Unterhalt nach dem Maasse seiner bisherigen wirthschaftlichen Lage gesichert wird. (Motive von 1881, S. 26). Von einer Benachtheiligung des Arbeiters durch eine derartige Fixirung der Entschädigung kann nicht die Rede sein, er wird im Gegentheil wirthschaftlich besser gestellt gegen den früheren Zustand, bei welchem er nur in einer Minderzahl von Fällen eine — allerdings höhere — Entschädigung erhalten konnte, während ihm jetzt eine solche unter allen Umständen (absichtliche Verletzung ausgeschlossen) gesichert ist. \*)

Man hat nun u. A. vorgeschlagen, \*\*) den dreifachen Jahreslohn als Maximalgrenze der Entschädigung festzuhalten, ein nach meiner Ansicht entschieden zu niedrig gegriffener Betrag. Der Verfasser veranschlagt selbst den Durchschnittslohn der Arbeiter auf Mark 600.— fürs Jahr; bei voller Invalidität könnte der Verletzte also durchschnittlich nur Mark 1800.— Entschädigung erhalten, ein Kapital, dessen Erträgniss kaum der nothdürftigsten Armenunterstützung gleichkommen würde. Die Fixirung und Beschränkung der Entschädigungshöhe musste meiner Ansicht nach vielmehr in der Weise

\*) Statt Einzelnen eine grosse, hazardartige Entschädigung, ist es besser, allen Beschädigten eine mässige zuzubilligen. (SCHMOLLER, Jahrbuch f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 1881. S. 311.)

\*\*) Ein Beitrag zur praktischen Lösung der Arbeiterversicherungsfrage, Berlin 1880. Steins literar. Bureau.



erfolgen, dass man einerseits durch Einführung einer entsprechenden Karenzzeit die leichteren Unfälle den Krankenkassen überwies, deren Leistung sich mindestens auf die Hälfte des Arbeitslohnes stellt und andererseits die Höhe der Rente bei völliger Erwerbsunfähigkeit auf  $66\frac{2}{3}\%$  des letzteren beschränkte, nach welcher Norm sich dann sowohl die Rente für Invaliden geringeren Grades, als auch diejenige für die Hinterbliebenen entsprechend abzustufen hätte. Von dieser Anschauung gingen auch die verschiedenen Gesetzentwürfe der Reichsregierung aus, nur dass in denselben die Entschädigung der Hinterbliebenen zu niedrig gegriffen war, welche erst durch das Gesetz von 1884 in durchaus richtiger Weise dahin geregelt wurde, dass die Wittwe 20%, jedes vaterlose Kind 15% und sobald es auch mutterlos sei oder werde, 20% des Arbeitslohnes des Ernährers als Rente erhalten solle, die Gesamtmutter jedoch 60% dieses Lohnes nicht übersteigen dürfe. Auf die Begründung und Wirkung einer Karenzzeit werde ich noch tiefer unten zurückzukommen haben.

In einem Falle jedoch muss der Arbeiter vollen Ersatz des ihm durch einen Betriebsunfall zugefügten Schadens erhalten, dann nämlich, wenn der Arbeitgeber oder dessen Beauftragter den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat und deshalb strafrechtlich verurtheilt worden ist, mit der selbstverständlichen Massgabe jedoch, dass der Unternehmer für ein derartiges Verschulden seines Beauftragten nicht mehr civilrechtlich verantwortlich gemacht werden kann, der Letztere vielmehr selbst ersatzpflichtig sein müsste. Es stellt dieser Anspruch auf volle Entschädigung die gerechtfertigte Ergänzung derjenigen Bestimmung dar, nach welcher der Arbeiter gar keinen Anspruch auf Entschädigung hat, sobald er seinerseits den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat und es wäre ungerecht, den Arbeiter zu hindern, vollen Schadenersatz da zu verlangen, wo es sich um eine strafbare Handlung des Ersatzpflichtigen handelt. — Statuirt man aber diese eine Ausnahme in der Bemessung der Entschädigung, so ist es nur eine logische Consequenz derselben, wenn der § 96 des Gesetzes von 1884 bestimmt, dass der in dieser Weise ersatzpflichtige Unternehmer, resp. dessen Beauftragter der Krankenkasse und Berufsgenossenschaft alle aus Anlass des betr. Unfalles gehabtten Kosten zu vergüten habe, da die Abwälzung der wirthschaftlichen Folgen eines solchen Unfalles auf die Gesamtheit der versicherten Unternehmer geradezu eine Ungerechtigkeit gegen die Letzteren sein würde. Nicht billigen aber kann ich die in dem genannten Paragraphen

Persönliche  
Haftbarkeit des  
Unternehmers  
und seiner  
Beauftragten.



vorgesehene Ausdehnung dieses Grundsatzes auch auf den Fall, dass die Verurtheilung erfolgt sei, weil der Unfall durch „Fahrlässigkeit, mit Ausserachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit herbeigeführt worden, zu welcher der Betreffende vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes verpflichtet gewesen sei.“ Diese Ausdrücke sind ausserordentlich dehnbar und lassen dem mit den Erfordernissen des technischen Betriebes und mit dem hier praktisch allein Möglichen nicht vertrauten Richter einen viel zu grossen Spielraum, als dass nicht die Möglichkeit einer Verurtheilung nahe gelegt werde, welche vom fabriktechnischen Standpunkte aus als eine allzu harte und darum ungerechtfertigte empfunden werden müsste. Habe ich doch im ersten Abschnitt bereits darauf hingewiesen, wie sehr verschieden von einander die Ansichten über den Werth, ja sogar über die Existenz überhaupt gewisser Schutzvorrichtungen waren! — Ich erkenne die durchaus wohlmeinende Absicht dieser Gesetzesbestimmung nicht, den Unternehmer und seine Beamten zu einer sorgfältigen Betriebsüberwachung und Unfallverhütung energisch anzuhalten, aber diese Absicht liesse sich vollkommen dadurch erreichen, dass man es der Entscheidung des betr. Berufsgenossenschafts-Vorstandes überliesse, ob der wegen solcher Fahrlässigkeit Verurtheilte regresspflichtig sein solle oder nicht. Die Beurtheilung des Falles vom Standpunkte des Strafgesetzbuches ist Sache des Richters; die Beurtheilung der Frage aber, ob auch noch eine civilrechtliche Haftung im eben besprochenen Sinne Platz zu greifen habe, würde besser in die Hände technisch gebildeter Berufsgenossen des Verurtheilten gelegt, welche die lediglich fabriktechnischen Einzelheiten des Falles richtiger zu würdigen verstehen. Bei der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank bestand eine derartige Einrichtung; der § 88 ihrer Statuten besagte nämlich:

„Der Verlust der Entschädigungsansprüche kann seitens des Aufsichtsrathes gegen dasjenige Mitglied ausgesprochen werden, welches die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsmassregeln zum Schutze des Lebens und der Gesundheit des Arbeitspersonals überhaupt nicht getroffen, oder derart vernachlässigt hat, dass eine strafrechtliche Verurtheilung dieserhalb erfolgt.“

und ich kann aus der Erfahrung bestätigen, dass sich diese Bestimmung sehr bewährt hat. —

Im Gegensatz zu den im Vorstehenden besprochenen Reformvorschlägen gingen die drei von der Reichsregierung seit 1881 vorgelegten Gesetzentwürfe von dem Grundsatz aus, dass der hier



in Rede stehende Theil der socialen Frage nur auf dem Wege der Unfallversicherung gelöst werden könne, eine Anschauung, deren Berechtigung ich bereits oben nachgewiesen zu haben glaube. So vielseitige Zustimmung nun aber auch dies Princip fand, so wenig Beifall konnten die in den Gesetzentwürfen von 1881 und 1882 in Aussicht genommenen Träger der Versicherung finden.

Nach dem Entwurfe von 1881 sollte die Entschädigung unfallverletzter Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen durch eine staatliche Zwangsversicherungsanstalt erfolgen. Mit Recht wiesen aber die Gegner auf die voraussichtlich sehr hohen Verwaltungskosten einer solchen Riesen-Anstalt hin, die ein Wirthschaften auf allgemeine Unkosten befürchten lasse, während doch der Industrie jede Einwirkung auf die Gestaltung und Verwaltung der Anstalt versagt werde, sodass sie nicht in der Lage sei, sich vor einer auf die Dauer unerträglich werdenden Belastung zu schützen.\*)

Die Reichsversicherungsanstalt nach dem Entwurfe von 1881.

Mit nicht minderem Recht betonte man die bürokratische Schwerfälligkeit und Vielregiererei einer derartigen Organisation, ihre zahllosen Unterorgane mit der Berechtigung, behördlicherseits Besichtigungen, Beweisaufnahmen u. s. w. zu veranlassen und der weiteren Berechtigung, selbst Einsicht in die Bücher der Unternehmer zu nehmen.\*\*)

Zudem würden, namentlich nachdem der Reichstag die im Entwurfe auf 4 Wochen vorgesehene Karenzzeit auf 14 Tage herabgesetzt hatte, seitens der Reichsversicherungsanstalt geradezu unzählige unbedeutende Unfälle zu bearbeiten gewesen sein, wodurch wiederum nicht nur ein unverhältnissmässiger Aufwand an Verwaltungskosten, sondern auch eine schliesslich gar nicht mehr zu bewältigende Fülle von Akten hervorgerufen worden wäre. Wer nur mit einiger Aufmerksamkeit die Statistik der Unfälle verfolgt hat, dem muss es einleuchten, dass die Anmeldung und Bearbeitung auch der unbedeutendsten Unfälle, die sich unter etwa vier Millionen Arbeitern ereignen, bei einer einzigen Centralstelle schliesslich zu einer die Letztere geradezu erdrückenden Anhäufung von Geschäftsnummern führen musste und wenn die Reichsregierung später diesen Einwand als zutreffend anerkannte, so ist es nicht nur unberechtigt, sondern auch unbillig, wenn FLESC (Haftpflchtgesetz, Unfallversicherung und Normalarbeitstag S. 41) sagt, der Reichskanzler

\*) Vergl. u. A. SCHÖLLER, Gesetzliche Regelung der Fürsorge für von Unfällen betroffene Arbeiter S. 33.

\*\*) BLUM, die erste Frucht des Staatssocialismus S. 52.



hätte ihn wohl den beteiligten Büreauvorstehern überlassen dürfen.\*)"

Von vielen Seiten wurde die Errichtung einer Reichsversicherungs-Anstalt mit dem Hinweis auf die bestehenden Privatversicherungsgesellschaften, namentlich die auf Gegenseitigkeit beruhenden, bekämpft, welche dem Bedürfniss der Versicherung vollkommen zu entsprechen in der Lage seien; ich werde hierauf weiter unten zurück zu kommen um so mehr Veranlassung haben, als diese Ansicht keineswegs allgemein getheilt und namentlich seitens der Reichsregierung das Weiterbestehen der Privatgesellschaften zu dem hier in Rede stehenden Zwecke entschieden perhorrescirt wurde.

Versicherungs-  
zwang.

Während ich mich den gegen eine alleinige Reichsversicherungs-Anstalt erhobenen Bedenken durchaus anschliesse, muss ich andererseits dem in den verschiedenen Gesetzentwürfen aufgestellten Versicherungszwange beipflichten, welcher von anderer Seite theils völlig verworfen, theils nur für die gefährlichsten Berufsarten für zulässig erklärt wurde.\*\*)

Die wenigstens theilweise Zulässigkeit des Versicherungszwanges wurde damit motivirt, dass allerdings da, wo der Staat geschädigt werde, die freie Selbstbestimmung des Einzelnen durchbrochen werden dürfe, dass aber auch weiter das Experiment einer Zwangsversicherung bei seiner Anwendung auf nur einzelne Betriebe weniger kostspielig, weniger gefährlich sei und mache sich dann in der That später die Nothwendigkeit einer Ausdehnung geltend, dann werde diese sich auf Grund der bereits gesammelten Erfahrung leichter und sicherer ausführen lassen. — Auf Grund dieser theilweisen Zulassung des Versicherungszwanges würden jedoch zwei Klassen von Arbeitgebern geschaffen worden sein, ein nicht minder grosser Fehler, wie der, welchen das Haftpflichtgesetz machte, indem es zwei Klassen von Arbeitern schuf. Die in dieser Theilung liegende Unbilligkeit wäre dadurch noch grösser geworden, dass die Zwangsversicherung nur bei einer mit öffentlichen Mitteln ausgestatteten Reichsanstalt sollte genommen werden können, während eine solche doch nur dann diskutabel sein könnte, wenn

\*) Es soll in dieser Beziehung darauf hingewiesen werden, dass nach dem Rechenschaftsberichte des Reichsversicherungs-Amtes im Jahre 1886 auf 3,725313 Arbeiter allein 100159 Unfälle angemeldet wurden, wobei noch ausdrücklich bemerkt wird, dass die Zahl der angemeldeten Unfälle jedenfalls hinter der Zahl der wirklich vorgekommenen noch weit zurückbleibe.

\*\*) SCHÖLLER, a. a. O. S. 46, HIRSCHBERG desgl. S. 57.



sich ihre Wohlthaten auf alle gewerblichen Kreise ohne Ausnahme erstrecken würden. Auch rechtfertigt die mehr oder minder grosse Betriebsgefahr die Anwendung des Versicherungszwanges, resp. die Befreiung von demselben nicht, weil es schon insofern unzulässig ist, die Regelung der Haftpflicht, wie der Unfallversicherung von der Grösse der Unfallsgefahr abhängig zu machen, als es für den Umfang der Noth, in welche der verletzte Arbeiter geräth, gleichgiltig ist, ob sich der Unfall in einem mehr oder weniger gefährlichen Betriebe ereignet hat.\*)

Der Versicherungszwang ist aber allein schon um desswillen geboten, weil nur durch einen solchen dem Arbeiter die ihm rechtmässig zustehende Entschädigung unter allen Umständen gesichert werden kann und namentlich kleineren, finanziell schwachen oder gar insolventen Arbeitgebern gegenüber gewährt der Zwangsanschluss an eine Korporation oder Gesellschaft allein die Sicherheit einer Entschädigung. Diese Sicherheit wird keineswegs schon dadurch erreicht, dass man der Entschädigungsforderung ein gesetzliches Vorrecht vor allen anderen Forderungen einräumt und das Verlangen nach einer solchen Sicherheit wird auch nicht durch die Erwägung beseitigt, dass die durch Zahlungseinstellung zum Erliegen gekommenen Etablissements meist zu sehr billigen Preisen in die Hände anderer Besitzer übergangen, welchen man dann die Verpflichtung auferlegen könne, die dem Vorbesitzer seinen verletzten Arbeitern gegenüber obliegenden Verbindlichkeiten mit zu übernehmen (SCHÖLLER, a. a. O. S. 34), eine Verpflichtung, die zudem jedem Rechtsgeföhle widersprechen würde.

Durch den Versicherungszwang wird überdies gerade dem arbeiterfreundlichen und pflichtbewussten Arbeitgeber die Erfüllung seiner natürlichen und socialen Pflicht erleichtert, denn, wie SCHÄFFLE mit Recht hervorhebt, nur dann, wenn die schlechten und harten Brüder, die rücksichtslosen Ausbeuter der Arbeit gleiche Lasten zu tragen haben, wie Jene, ist die normale Konkurrenz wieder hergestellt, ist die Gewinnprämie für die Vernachlässigung der Versicherungspflicht beseitigt. Die Entwicklung aber endlich, welche die heutige Grossindustrie genommen hat, lässt es als eine unabweisbare Pflicht des Staates erscheinen, „alle billigen und zugleich wichtigen Interessen, die unzweifelhaft nicht im Stande sind, sich

---

\*) BARON, a. a. O. weist ebenfalls darauf hin, dass kein Grund vorliege, einen in einem ungefährlicheren Betriebe vorgekommenen Unfall juristisch anders zu behandeln, wie den in einem gefährlicheren Betriebe vorgekommenen.



selbst zu schützen, nunmehr seinerseits zu schützen“\*) und aus diesem Gesichtspunkte rechtfertigt sich bestimmt die gesetzliche Einführung eines Versicherungszwanges. An der gleichen Stelle weist ROSCHER, wie hier beiläufig bemerkt werden soll, übrigens darauf hin, dass lange vor der heutigen socialen Bewegung dieses Bedürfniss eines staatlichen Schutzes und Eingreifens von hervorragenden Gelehrten und Statistikern ausgesprochen worden sei. So hat J. G. HOFFMANN (Nachlass 197, Sammlung kleiner Schriften 50, Ueber die Befugniss zum Gewerbebetrieb 1841, 392, 410 fglde.) verlangt, der Staat solle die Arbeiter gegen die selbstsüchtige Verblendung der Unternehmer schützen und ebensowohl die geistige Ueberlegenheit dieser, wie die physische jener zügel. Ein Irrthum zu Gunsten der Arbeiter sei ungefährlicher, als zu Gunsten der Herren, weil die allgemeine Hebung der Arbeiter den Letzteren viel sicherer mit zu Gute komme, als die allgemeine Hebung der Herren Jenen. Es sei die sittliche Pflicht der Unternehmer, aus ihrem Reinertrage den Zustand der Arbeiter zu verbessern und der Staat müsse ihnen dies einschärfen. Die Mehrzahl der heutigen Almosen sei nur eine mittelbare Ergänzung des schuldigen Arbeitslohnes, die überflüssig wäre, wenn der Arbeiter Bildung genug hätte, um selbst für alles ihm Nothwendige zu sorgen\*\*).

Geltungsbereich  
des Gesetzes.

Nicht zu billigen dagegen war es, dass die Entwürfe der Reichsregierung die Wohlthat des neuen Gesetzes wiederum nur einem beschränkten Kreise der Arbeiter zuwenden wollten und gerade, wenn man die grössere Gefährlichkeit des Betriebes als das entscheidende Moment für die Anwendbarkeit des Gesetzes ansehen wollte, war es doppelt unrichtig, die Land- und Forstwirtschaft, die Schifffahrt und das Speditionsgewerbe nicht mit in den Geltungsbereich des Gesetzes einzubeziehen, Betriebe, über deren eminente Gefährlichkeit nach der vortrefflichen Arbeit ENGELS: „Die tödtlichen und nichttödtlichen Verunglückungen im preussischen Staate“ kein Zweifel mehr sein konnte\*\*\*).

\*) ROSCHER, System u. s. w. Bd. 3 § 149.

\*\*) Wenn es sich auch hier nur um einen gegen den Arbeitgeber ausgesprochenen Zwang zur Versicherung seiner Arbeiter handelt, so ist es doch interessant, darauf hinzuweisen, dass BRENTANO zwar in seiner 1879 erschienenen Schrift: „Die Arbeiterversicherung gemäss der heutigen Wirtschaftsordnung“ noch den Versicherungszwang gegenüber dem Arbeitnehmer für mit der heutigen Erwerbsordnung unverträglich erklärt, aber bereits 1881 in seinem: „Der Arbeiterversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen“ den Zwang in Bezug auf die Unfallversicherung als mit der heutigen Erwerbsordnung vereinbar hinstellt.

\*\*\*). Vergl. auch MUCKE, die tödtlichen Verunglückungen im Königreich Preussen seit Einführung der Unfallstatistik.



Nicht minder unrichtig war es, Arbeiter, welche nur vorübergehend eine nicht zur Betriebsanlage gehörige Kraftmaschine benutzen, von dem Gesetze auszuschliessen, da gerade hier, wo also mit dem maschinellen Betriebe nicht durch ständige Uebung vertraute Personen die Maschine zu bedienen haben, oder doch mit ihr in bedenklich nahen Zusammenhang kommen, die Unfallsgefahr eine sehr grosse ist. Ich werde übrigens im nächsten Abschnitt noch zu zeigen haben; dass das Risiko, an Maschinen zu verunglücken, weder das einzige, noch auch nur im Allgemeinen das grössere ist, während es andererseits nicht bestritten werden kann, dass durch die Vervollkommnung des Maschinenwesens und der Betriebsweise gerade dieses Risiko wesentlich gegen früher herabgemindert worden ist. So weist z. B. SCHÜLLER (a. a. O. S. 5) mit Recht darauf hin, dass nach dem heutigen Verfahren 1000 Ctr. Rohzucker mit weit weniger Unfallsgefahr hergestellt werden könnten, als nach der alten Produktionsweise mit Göpelwerk, Pressen, Kochungen in offener Pfanne u. s. w. —

Nicht minder hätte das Kleingewerbe einbezogen werden müssen, ohne Rücksicht darauf, ob dasselbe mit elementarer Kraft arbeitet oder nicht; die hier vorhandene, mitunter recht bedeutende Unfallsgefahr wird einfach durch den Hinweis auf das Gewerbe der Dachdecker, Schornsteinfeger und Brunnenarbeiter illustriert.

Wenn diesen Einwänden gegenüber die Motive zum Gesetzentwurf von 1881 besagten, der Schiffahrtsbetrieb müsse aus praktischen Gründen ausgeschlossen bleiben, das Schiff behalte keine Fühlung mit dem Armenverbande und die Landwirthschaft könne bei der völlig abweichenden Gestaltung der Arbeiterverhältnisse nicht in Frage kommen, das Arbeiterpersonal einer grösseren Landwirthschaft sei aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt, so kann ich eine derartige Begründung nicht als stichhaltig anerkennen; sie setzt sich über die vorhandene Statistik vollständig hinaus und steht in eigenthümlichem Widerspruche zu dem Grundgedanken des Gesetzes, dass der Staat sich in höherem Maasse als seither seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehmen solle. Wollte man einmal eine Staatsversicherungs-Anstalt einführen, dann war es unbedingt nothwendig, sie allen Arbeitern ohne Unterschied zugänglich zu machen, nicht aber durften wiederum zwei nicht gleich günstig gestellte Klassen von Arbeitern geschaffen werden. Ist, wie die Motive besagten, die Fürsorge für die Hilfsbedürftigen eine Aufgabe, welche als Ergebniss der modernen christlichen Staatsidee



lediglich der Gesamtheit obliegt, und wollte man zu ihrer Erfüllung die Mittel des Reiches und der Einzelstaaten in Form direkter Beitragsleistung in mehr oder minder erheblichem Maasse in Anspruch nehmen, so war auch die Forderung berechtigt, dass die von der Gesamtheit zu bringenden Opfer nicht nur einer Minderheit von Arbeitern zu Gute kommen dürften. Jedenfalls ist es mit Freuden zu begrüßen, dass nach kaum begonnener Durchführung des Unfallversicherungs-Gesetzes von 1884 die Reichsregierung die Ausdehnung desselben, resp. seines Grundgedankens auch auf andere Betriebe so energisch gefördert, und Spedition, Schifffahrt, Land- und Forstwirtschaft, sowie zahlreiche industrielle Kleinbetriebe in den Kreis der Versicherung gezogen hat. —

Die Aufbringung  
der Beiträge und  
der Zuschuss aus  
öffentlichen  
Mitteln.

Im engen Zusammenhange mit der Schaffung einer Reichsversicherungsanstalt steht die Frage der Beitragsleistung seitens des Reichs zu den Kosten derselben. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass eine solche bei dem Ausschluss zahlreicher Betriebe nicht zu rechtfertigen gewesen wäre, halte sie aber auch aus anderen Gründen nicht für zulässig. Jede Beitragsleistung aus öffentlichen Mitteln, sei es seitens des Staates oder des Armenverbandes, giebt der dem Arbeiter, resp. seinen Angehörigen gezahlten Entschädigung den Charakter der Armenunterstützung, welche doch nur dann einzutreten hätte, wenn kein anderer Verpflichteter vorhanden ist und deren Wirkung durch die bereits oben (S. 42) citirten Worte von SARTORIUS v. WALTERSHAUSEN treffend gekennzeichnet wird. (Auch ROSCHER, System, Bd. 3, § 152 bezeichnet es als einen bedeutsamen Schritt zur Annäherung an das Ideal einer jeden hochentwickelten Volkswirtschaft, einen immer wachsenden Theil der Armenpflege durch rechtliche Versicherung zu ersetzen.) Die Ausgaben des Unternehmers für Unfallentschädigung bilden weiter entschieden einen Theil der von ihm allein zu tragenden Produktionskosten (Vergl. ROSCHER, an der eben citirten Stelle), während bei einer Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zur Deckung dieser Produktionskosten durchaus Unbetheiligte mit herangezogen werden würden.\*)

Den verhältnissmässig wenig steigernden Einfluss der Unfallentschädigung auf die Produktionskosten weist ENGEL an dem

\*) Bei gleicher Erwerbsfreiheit Aller ist jede Heranziehung der Gesamtheit oder überhaupt Anderer als der betreffenden Wirtschafter zur Deckung ungedeckter Bedürfnisse einzelner Wirthschaften eine Bevorzugung des Einen auf Kosten der Uebrigen.“ BRENTANO, die Arbeiterversicherung u. s. w. S. 91.



Beispiel der Entschädigungen für die Hinterbliebenen der Opfer jener bekannten Schlagwetterexplosion im Plauen'schen Grunde bei Dresden nach. Damals verunglückten 276 Bergleute tödtlich und wurden 441 260 Thlr. durch öffentliche Sammlungen für die Hinterbliebenen aufgebracht, sodass auf jeden Verunglückten 1600 Thlr. und auf jeden unterstützungsberechtigten Hinterbliebenen 397 Thlr. entfielen. ENGEL sagt nun: Gesetzt, jene 276 verunglückten Bergleute repräsentirten den allgemeinen Durchschnitt des Familienstandes, so müsste, da im Jahre 1869 in Preussen auf eine Förderung von je 1 484 490 Ctr. Steinkohlen im Werthe von 140 545 Thlr. eine tödtliche Verunglückung kam, ganz abgesehen von den Knappschaftskassen, der Centner Kohlen nur um etwa  $\frac{4}{10}$  Pfennig vertheuert werden, damit die Hinterbliebenen der Verunglückten in ebenso reichlicher Weise (wie dort im Plauen'schen Grunde) entschädigt werden könnten.

Dem Einwand, durch Heranziehung öffentlicher Mittel sollten die Armenverbände entlastet und gleichzeitig dem Arbeiter zum Bewusstsein gebracht werden, dass der Staat für ihn Sorge, ist im Reichstage mit vollem Recht entgegengehalten worden, dass seither die Armenverbände in durchaus unberechtigter Weise überlastet gewesen seien, weshalb man endlich die Last dahin legen müsse, wo man den Gewinn davon trage und es sei viel richtiger, statt dem Arbeiter die staatliche Fürsorge klar zu machen, ihm die Ueberzeugung davon beizubringen, dass seine Interessen mit denjenigen des Arbeitgebers identisch seien. —

Ich verwerfe auch denjenigen Zuschuss aus öffentlichen Mitteln, welchen SCHÖLLER (a. a. O. S. 25) befürwortet und der dann eintreten sollte, wenn der von einem Unfall Betroffene eine zahlreiche Familie zu ernähren habe. \*)

Wir begegnen heutzutage ohnedies einem übermässigen Leichtsinne in der Eheschliessung und Kindererzeugung, und während der Staat allerdings ein berechtigtes Interesse an einer Zunahme der Bevölkerung in wohlständiger Weise hat, würde durch einen solchen Zuschuss aus öffentlichen Mitteln gewissermassen ein Anreiz zur proletarischen Volksvermehrung gegeben, derselben aber zum Mindesten gewiss nicht entgegengearbeitet und ebenso wenig auf einen möglichen socialen Ausgleich hingewirkt werden.

\*) Ebenso verwerfe ich den Vorschlag MUCKE's, die Höhe der Unfallsrente eines ohne eigenes Verschulden Verletzten von der Zahl seiner Kinder abhängig zu machen.



„Die grössere Vorsicht und Selbstbeherrschung der höheren Stände im Heirathen und Kindererzeugen ist gegenwärtig nach dem Wegfall der meisten juristischen Standesvorzüge bei Weitem das wichtigste Moment, worauf ihre sociale Ueberlegenheit über die niederen beruht.“ (ROSCHER, System Bd. 1, § 248.)

Welch' ein Unterschied übrigens zwischen einer derartigen Forderung, wie sie SCHÖLLER und MÜCKE erheben und derjenigen MARLO's (Weltökonomie III, S. 84 flgde.) und SCHÄFFLE's (Kapitalismus und Socialismus S. 689 flgde.), nach welchen jeder Trauung eine erzwungene Wittwen- und Kinderversicherung vorhergehen soll!

Die Heranziehung der Arbeiter zu den Beiträgen.

Verwirft man nun jeden Staats- oder Gemeindegzuschuss, so entsteht die weitere Frage, ob man die Lasten der Unfallversicherung den Arbeitgebern allein auferlegen, oder auch die Arbeitnehmer zu deren Deckung entsprechend heranziehen solle. — Wenn man von der Erwägung ausgeht, dass, wie der Arbeitgeber sittliche Verpflichtungen habe gegenüber dem Arbeitnehmer, dem Letzteren doch auch die sittliche Verpflichtung aufliege, sich und die Seinen gegen Unglück zu sichern, so erscheint die Heranziehung des Arbeiters zu den Unfallslasten allerdings gerechtfertigt. Dennoch möchte ich sie am liebsten ganz vermieden sehen, da der Durchschnittsarbeitelohn in Deutschland nicht hoch genug steht, um die Erfüllung dieser sittlichen Verpflichtung des Arbeitnehmers ausreichend zu gestatten. Andererseits aber würde die Industrie die alleinige Uebernahme der Unfallsast auf die Dauer nicht ertragen können, da jetzt ja jeder Unfall, mit Ausnahme der vorsätzlich herbeigeführten, entschädigungsberechtigt sein soll, und auch bei einer entsprechenden Beschränkung der Entschädigungshöhe würde dennoch bei einem Fehlen jeglicher Mitleistung der Arbeiter selbst, eine derartige Steigerung der Selbstkosten eintreten, dass die deutsche Industrie mit dem Auslande, welches ja ähnliche sociale Lasten und Pflichten, wie sie die deutsche Kranken- und Unfallversicherung mit sich bringt, zum grossen Theile gar nicht kennt, in Zukunft nicht mehr hätte in Wettbewerb treten können. Der nachtheilige Rückschlag hieraus für die Arbeiter wäre dann nicht ausgeblieben und es musste daher ein Weg gefunden werden, welcher ohne die Letzteren empfindlich zu belasten, doch auch zugleich der begründeten Forderung der Industrie gerecht ward. Eine direkte Beitragsleistung, welche vom Arbeiter vielleicht sehr oft drückend empfunden und ihn überdies in manchen Fällen schlechter stellen würde gegen den früheren Zustand, ist meiner Ansicht nach auszuschliessen. Dagegen erscheint



der im Gesetze von 1884 eingeschlagene Weg als der vollkommen richtige. Nach demselben übernimmt die Berufsgenossenschaft die Entschädigung erst nach Ablauf der 13. Woche nach dem Unfalle. Da diese Karenzzeit, während welcher nach dem Entwurfe die Krankenkassen, zu denen die Unternehmer ebenfalls beisteuern, allein die Kosten der Entschädigung und des Heilverfahrens tragen sollten, jedoch eine zu lange gewesen wäre, so wurde die Regierungsvorlage ausgleichend dahin abgeändert, dass nach Ablauf der vierten bis zum Beginn der vierzehnten Woche der Unternehmer die Entschädigung der Krankenkasse durch einen Zuschuss aus eigenen Mitteln auf zwei Drittel des Arbeitslohnes zu ergänzen habe. Durch Einführung einer derart beschaffenen Karenzzeit, bei welcher also die Arbeiter nur durch ihre Krankenkassenbeiträge zur Entschädigung der leichteren Unfälle mitsteuern, während die schweren Unfälle (Tod und Invalidität) durch die Unternehmer allein getragen werden, wird der Arbeiter in einer den thatsächlichen Verhältnissen entsprechenden und ihn keineswegs überlastenden Weise mit herangezogen, was sich überdies auch von dem Gesichtspunkte aus rechtfertigt, dass jede Arbeit gegeben und genommen wird, um Vortheil und Genuss von ihr zu haben; wer diesen aber haben will, muss auch die damit verbundenen Pflichten in verhältnissmässigem Antheil tragen helfen. Diese wenigstens indirekte Heranziehung des Arbeiters erscheint um so begründeter, als, worauf immer wieder hingewiesen werden muss, ihm ja nunmehr in jedem Unfalle eine Entschädigung gesichert ist, auch in dem effectiv selbstverschuldeten und es kann auch von einer die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen gefährdenden Belastung durch die Auferlegung einer überdies nur beschränkten Entschädigungspflicht nicht die Rede sein, da die Krankenkassen bereits früher in allen, doch die Mehrzahl bildenden nichthaftpflichtigen Unfällen eine Entschädigung zu leisten hatten und sie zudem in Folge der durch das Gesetz vom 15. Juni 1883 geregelten Beitragspflicht der Unternehmer in einer sie gegen früher wesentlich besser stellenden Weise gestärkt worden sind. \*)

\*) Die Motive zum Gesetzentwurf von 1884 weisen darauf hin, dass nach den Ergebnissen der Unfallstatistik nur etwa 16% der gesammten Unfalllast auf die Krankenkassen entfallen, zu welchen die Arbeitgeber doch mit einem Drittel der Gesamtbeiträge beitragspflichtig sind. Berücksichtigt man nun, dass die Zahl der Unfälle mit nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit etwa 95%, diejenigen mit tödtlichem Ausgange oder nachfolgender dauernder Invalidität nur 5% der Gesamtzahl aller Unfälle ausmachen, so werden, da jene 95% leichter Unfälle nur 16% der gesammten Unfallslasten beanspruchen, 84% der letzteren



Eine höhere Belastung des Arbeiters, die zudem mit der Tendenz des Gesetzes in Widerspruch stehen würde, oder auch nur eine andere Form der Heranziehung desselben, als wie sie jetzt das Gesetz von 1884 einführt (im Entwurfe von 1882 war jede Mitleistung des Arbeiters fallen gelassen worden), halte ich bei dem Stande des Durchschnittslohnes für unzulässig. Auch aus dem Einwande, je grösser in einem Gewerbe die Unfallsgefahr sei, desto höher stehe der Lohn, der Arbeiter könne also sehr wohl mindestens einen Theil dieses der höheren Unfallsgefahr entsprechenden Lohnzuschlages zur Unfallversicherungsprämie abgeben, lässt sich eine andere Belastung nicht rechtfertigen. Denn selbst zugegeben, dass die Unfallsgefahr von Einfluss auf die Lohnhöhe sei, so ist sie doch keineswegs ausschlaggebend und endlich weisen die bereits citirten Arbeiten von ENGEL und MÜCKE nach, dass z. B. in der Landwirtschaft die Unfallsgefahr beträchtlich grösser ist, als in manchen anderen Industriezweigen, die durchschnittlich weit höhere Löhne zahlen als erstere. Allerdings ist gerade von industrieller Seite mehrfach der Vorschlag gemacht worden, den Arbeiter zu den Unfallslasten beisteuern zu lassen; so hat z. B. BAARE, der um die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie hochverdiente Generaldirektor des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation in einem von ihm 1880 ausgearbeiteten Gesetzentwurfe eine Beitragsleistung seitens der Arbeiter in Höhe von ein Viertel der Versicherungsprämie vorgesehen. Allein er muss doch zugeben (S. 26), dass sich bei den im Allgemeinen üblichen Lohnsätzen die Arbeiterbeiträge in bescheidenen Grenzen zu halten hätten und ich bezweifle, dass die hier angeregte Höhe derselben auf die Dauer durchführbar gewesen sein würde. — Freilich wenn bei uns in Deutschland der Lohn so hoch stünde, dass daraus, wie BRENTANO (Die Arbeiterversicherung gemäss der heutigen Wirtschaftsordnung) verlangt, ausser der standesgemässen Fristung des eigenen Lebens und der entsprechenden Familienerhaltung noch eine sechsfache Versicherungsprämie bestritten werden könnte, für deren Fortzahlung selbst beim Stocken des selbständigen Arbeitereinkommens gesorgt

und ausserdem noch der Eindrittel-Beitrag zu den Krankenkassen von den Unternehmern allein getragen, d. h. auf die Arbeiter entfallen ca. 11%, auf die Unternehmer aber etwa 89% der Unfallskosten. Man wird gewiss nicht behaupten wollen, dass eine derartige Heranziehung den Arbeiter in unbilliger Weise belaste, zumal sich das Verhältniss thatsächlich noch dadurch zu seinen Gunsten verschoben hat, dass der Arbeitgeber ausser den eben erwähnten Leistungen noch den Zuschuss für die Zeit von der 5.—14. Woche für den unfallkranken Arbeiter aus eigenen Mitteln aufzubringen verpflichtet ist. —



sein müsse, Versicherungsprämien nämlich für Erziehungsgeld der Kinder im Todesfalle des Ernährers, Altersversicherung, Begräbnissgeldversicherung, Invaliditätsversicherung, Krankenversicherung und Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit\*), wenn, wie gesagt, der Lohn in Deutschland auch zur Zahlung noch solcher Prämien ausreichte, dann allerdings könnte der Arbeiter in höherem Maasse auch zu den Kosten der Unfall-Versicherung herangezogen werden, er könnte sie vielmehr, wie BRENTANO es verlangt, selbst tragen. Allein BRENTANO hat leider nicht angegeben, wie es der deutschen Industrie möglich werden solle, einen, derartige Versicherungsprämien zulassenden Durchschnittslohn (welchen er selbst mit Mark 3.50 pro Tag für den verheiratheten Arbeiter gewiss zu niedrig berechnet) zu zahlen, ohne sich selbst zu ruiniren\*\*), und zudem hat HELD (Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 19), gewiss vollkommen Recht, wenn er sagt, man dürfe nicht vergessen, dass die Arbeiter keineswegs allein versicherungsbedürftig seien, dass sie vielmehr noch andere, mindestens ebenso wichtige sociale Bedürfnisse hätten, wie die Versicherung. Wenn BRENTANO freilich meint, je früher ein Industriezweig aus dem Inlande verschwinde, der bei Zahlung von Arbeitslöhnen, welche die Wiedererstattung der Selbstkosten der Arbeit (d. h. also auch jener sechsfachen Versicherungsprämie) gestatteten, nicht mehr mit dem Auslande zu konkurriren im Stande sei, desto erfreulicher sei das (a. a. O. S. 229), so möchte ich ihm doch die Frage entgegen halten, was denn bei einem derartigen „erfreulichen“ Verschwinden der Arbeitsgelegenheit schliesslich aus dem versicherungsbedürftigen Arbeiter selbst werden soll! —

\*) ADICKES, Zeitschrift f. d. gesammten Staatswissenschaften 1879, S. 605, hält „um den Kreis einer idealen Versicherung zu schliessen“, ausserdem noch eine geeignete Wittwen-Versicherung für geboten.

\*\*) BRENTANO veranschlagt den Betrag, welchen jeder Arbeiter von seinem Lohne zu Versicherungszwecken zu ersparen in der Lage sein sollte, auf Mark 173.— pro Jahr und geht gestützt auf die Angaben ENGELS in seinem: „Preis der Arbeit“ dabei von folgender Berechnung aus; die Kosten würden betragen für Versicherung

1. eines Krankengeldes von Mark 9.— pro Woche . . . . .	M. 16.20 jährlich.
2. einer vom Anfange des 66. Lebensjahres laufenden Altersrente von M. 346.80 . . . . .	„ 12.— „
3. einer Invaliditätsrente von M. 120.— jährlich . . . . .	„ 3.75 „
4. eines Begräbnissgeldes von M. 60.— . . . . .	„ 1.20 „
5. einer Unterstützung für die Zeit der Verdienstlosigkeit von M. 10.— pro Woche . . . . .	„ 60.— „
6. einer Unterhalts- und Erziehungsrente für die Kinder . . . . .	„ 80.— „

Sa. M. 173.15 jährlich.

und diese Berechnung geht von der Voraussetzung aus, dass die Beiträge bereits vom 16. Lebensjahre des Arbeiters ab gezahlt werden. Wie das möglich zu machen sei, ist mir unerfindlich.



Die Form der  
Entschädigung;  
das Deckungs-  
und das Umlage-  
verfahren.

Wie schon im ersten Abschnitt (S. 22/23) bemerkt, kann ich der Anordnung, die Entschädigung in Form einer Rente zu zahlen, mit der dort hervorgehobenen Einschränkung nur zustimmen, kann mich aber andererseits den vielfach gegen das Umlageverfahren erhobenen Bedenken nicht verschliessen, nach welchem jedesmal nur der jährliche Rentenbedarf aufgebracht werden soll, statt durch sofortige Rückstellung des entsprechenden Deckungskapitals die nöthige Sicherheit für die Fortzahlung der Rente zu schaffen. Die Vertheidiger des Umlageverfahrens stützten sich hauptsächlich darauf, dass die Industrie nicht im Stande sein werde, die ihr aus dem Deckungsverfahren erwachsenden Lasten zu tragen. Bedenkt man jedoch, dass höchstens 3—5% der Unfälle zu tödtlichem Ausgange oder dauernder Invalidität des Betroffenen führen, dass in Todesfällen Unverheiratheter gar keine, oder doch nur eine sehr geringfügige Rente an Ascendenten zu zahlen sein würde; bedenkt man weiter die weit höheren Entschädigungsleistungen unter der früheren Haftpflichtgesetzgebung, während deren Gültigkeit die Privat-Versicherungs-Gesellschaften aus den doch nur von der Industrie gezahlten Versicherungsprämien die Deckungskapitalien für Renten thatsächlich zurückgestellt haben, so kann dieser Einwand nicht als stichhaltig angesehen werden und ich verstehe es nicht, wie die Reichsregierung, welche das im Gesetzentwurfe von 1881 aufgestellte Deckungsverfahren durch ihren Kommissar, Geh.-Rath LOHMANN in so vorzüglicher Weise begründen liess, später von diesem soliden Verfahren abgehen und so kategorisch auf dem Umlageverfahren bestehen konnte. Nach dem Gesetzentwurfe von 1882 sollten die Kosten des Deckungsverfahrens sich auf  $14\frac{3}{4}$  Millionen Mark jährlich belaufen, eine Summe, welche sicher nicht zu niedrig gegriffen war, indess nur etwa  $\frac{2}{3}\%$  des von der Industrie gezahlten Gesamtjahreslohnes (der im Jahre 1886 nach dem Berichte des Reichsversicherungsamtes Mark 2228,338 865 betrug) ausmachen würde, so dass also Rücksichten auf die Belastung der Arbeitgeber im Ernste kaum geltend gemacht werden können. So verlockend es für die Verpflichteten sein mag, wenn bei Anwendung des Umlageverfahrens die Beiträge anfänglich sehr niedrig erscheinen, um so empfindlicher müssen sich dann die später nothwendiger Weise ganz beträchtlich steigenden Beiträge geltend machen und zwar namentlich dann, wenn diese unausbleibliche Steigerung unglücklicherweise mit einer länger dauernden industriellen Krisis zusammenfallen sollte, wie wir sie leider oft genug erlebt haben. Während



ferner bei dem Deckungsverfahren die Unfallentschädigungen jedesmal von den zur Zeit bestehenden und beteiligten Etablissements aufgebracht werden, müssen bei dem Umlageverfahren alle später erst errichteten Fabriken mit zur Deckung von Lasten beitragen, die zu einer Zeit entstanden, als diese Fabriken noch gar nicht einmal existirten, ja es kann sich ereignen, dass gerade solche neue Unternehmungen diese Lasten zum grössten Theil aufbringen müssen, wenn die eigentlichen Verpflichteten inzwischen in Folge von Insolvenz oder aus anderen Gründen ihren Betrieb eingestellt haben. — Die im Umlageverfahren liegende Unsicherheit und Unbilligkeit hat der Reichstag wenigstens in Etwas dadurch beseitigt, dass er die Ansammlung eines Reservefonds in das Gesetz aufnahm; immerhin ist dies aber nur ein unvollkommener Ausweg und es bleibt nur übrig, zu hoffen, dass das Reich niemals in die Lage kommen möge, mit seiner Garantie (§ 33 des Gesetzes von 1884) für in Folge des Umlageverfahrens nicht mehr existenzfähige Berufsgenossenschaften einzutreten.

Es erübrigt nun noch eine kurze Besprechung einiger Besonderheiten des Gesetzentwurfes von 1882, in welchen die Reichsregierung wiederum den bereits 1881 vom Reichstage verworfenen Zuschuss aus öffentlichen Mitteln aufgenommen hatte. Die Bedenken gegen einen solchen sind bereits oben dargelegt. Bei der im genannten Entwurfe vorgesehenen dreizehnwöchentlichen Karenzzeit würden nur 4—5% aller überhaupt vorkommenden Unfälle durch die hier geplanten genossenschaftlichen Organisationen zu erledigen gewesen sein. Nach der dem Entwurfe beigegebenen Statistik nämlich ereignen sich jährlich im deutschen Reiche 1986 Unfälle, welche den Tod und 1680 Unfälle, welche dauernde Invalidität des Betroffenen zur Folge haben; von den ersteren würde, soweit sie Unverheirathete betrafen, ein nicht geringer Theil ohne Entschädigung bleiben. Rechnet man nun noch diejenigen Unfälle hinzu, in welchen das Heilverfahren bis zur völligen Wiederherstellung des Verletzten mehr als 13 Wochen in Anspruch nehmen würde, so ergeben sich, wie gesagt, 4—5% aller Unfälle, die unter den Geltungsbereich des Gesetzes hätten fallen können. Welch' ein enormer Apparat aber sollte zur Bewältigung dieser gewiss nicht allzu umfangreichen Arbeit aufgeboten werden! In der Regel sollte in dem Bezirke jeder höheren Verwaltungsbehörde für jeden einzelnen Industriezweig eine Betriebsgenossenschaft gebildet werden; im Falle dieselbe auch auf alle Industriezweige einer Gefahrenklasse (deren einzelne bis zu 40 Industriezweige umfassten!) ausgedehnt werden sollte, so waren

Der Gesetzentwurf von 1882.



für jede einzelne Industrie obligatorische Abtheilungen zu bilden. Für die nicht in die Genossenschaften eingereihten Betriebe waren eigene Betriebsverbände vorgesehen mit besonderen Abtheilungen für jede der 10 projektirten Gefahrenklassen; jede Genossenschaft und jede Abtheilung sollte ihren eigenen Vorstand, jede Genossenschaft und jeder Verband einen eigenen Arbeiterausschuss haben! — Ein Industrieller, dessen Leistungen zur Hebung und Förderung des Arbeiterstandes auf schriftstellerischem, wie auf dem Gebiete des praktischen Lebens allseitig bekannt und anerkannt sind, der Reichstagsabgeordnete OECHELHÄUSER\*) berechnet, dass nach diesem Gesetzentwurfe mindestens 4—500 Genossenschaften und Betriebsverbände mit ebensoviel Arbeiterausschüssen und mindestens 1500 bis 2000 korporativ gegliederte Industrie-Abtheilungen hätten gebildet werden müssen, so dass also alsdann nach der oben erwähnten Statistik auf eine Genossenschaft durchschnittlich 6—7 Todes- und Invaliditätsfälle jährlich entfallen wären, bei den Genossenschaften in wenig industriereichen Gegenden und in den niederen Gefahrenklassen aber oft in Jahren nicht ein einziger Fall zu erledigen gewesen sein würde, von den Unterabtheilungen gar nicht zu reden, die fast durchweg ein leeres Formengebilde geblieben wären. OECHELHÄUSER kennzeichnet eine derartige Organisation zutreffend mit den Worten: „Welche Verschwendung von Menschen, Zeit und Geld für Erfüllung einer stofflich so geringen Aufgabe!“ und weist mit vollem Rechte darauf hin, dass das Endresultat der Heimfall der ganzen Verwaltung des Unfallwesens an untergeordnete Regierungsorgane gewesen sein würde, wofür § 40 des Entwurfes bereits ahnungsvoll Vorsorge getroffen habe. — Es darf nicht Wunder nehmen, dass die zur Berathung dieses Entwurfes eingesetzte Reichstagskommission denselben „in seiner jetzigen Gestalt in allen Theilen“ ablehnte und wohl Niemand wird es bedauern, dass dieses unglückliche Projekt eben nur ein Projekt geblieben ist.

Organisation der  
Unfallver-  
sicherung.

Während ich nun im Vorstehenden nachgewiesen zu haben glaube, dass die möglichste Sicherstellung des Arbeiters gegen die wirthschaftlichen Folgen von Betriebsunfällen auf dem Boden des Privatrechts durch den „Ausbau“ des Haftpflichtgesetzes nicht erreicht werden könne, dass hierzu vielmehr der Weg der Unfallversicherung eingeschlagen werden müsse, bei gleichzeitiger Einführung des Versicherungszwanges, Ausdehnung desselben auf alle Gewerbe, Ueberweisung lediglich der schweren Fälle an den die

\*) Vorschläge zur einfachsten Lösung der Unfallversicherungsfrage. Cöln 1883.



Versicherung tragenden Verband, Fixirung der Entschädigungshöhe, Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel durch die Arbeitgeber allein, bin ich bis jetzt der Frage noch nicht näher getreten, wie eine derartige Versicherung am zweckmässigsten einzurichten, welchem Verbands sie am besten zu übertragen sei. Nur gegen die Errichtung einer alleinigen Reichsversicherungs-Anstalt und gegen die im Entwurfe von 1882 geplante Organisation habe ich mich bereits ausgesprochen.

Meine Ansicht geht nun dahin, dass es am zweckmässigsten gewesen sein würde, den Industriellen aufzugeben, sich bezüglich der ihnen aus einer gesetzlichen Unfallversicherung, deren Grundzüge ich eben nochmals kurz zusammengefasst habe, erwachsenden Lasten bei Privatgesellschaften zu versichern, gleichzeitig aber eine Reichs-Versicherungs-Anstalt zu errichten, und endlich denjenigen Unternehmern eine anderweite Versicherung zu erlassen, welche den Nachweis zu liefern im Stande sind, dass sie die Sicherheit einer fortdauernden Unfallsentschädigung in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe durch bereits bestehende Einrichtungen, wie den Anschluss an Knappschaftsvereine u. s. w. gewährleisten.\*)

Die enormen Summen, auf welche sich die jährlich zu zahlenden Entschädigungen beziffern, erfordern die äusserste Sparsamkeit auf dem Gebiete der Verwaltungskosten, und hier sind die Privatgesellschaften sowohl einer Reichsversicherungsanstalt wie solchen corporativen Verbänden, wie der Entwurf von 1882 sie schaffen wollte, entschieden überlegen. Sie sind es aber auch den jetzt bestehenden Berufsgenossenschaften, die bei einem theilweise recht geringen Umfange und der luxuriösen Sectionseintheilung einen viel zu complicirten und kostspieligen Verwaltungsapparat haben. Die Höhe der mit letzterem verbundenen Kosten gegenüber dem Verwaltungsaufwande der Privatgesellschaften würde noch viel mehr in die Augen springen, wenn es möglich wäre, diejenigen Leistungen in Geldwerth anzugeben, welche seitens der Behörden für die Berufsgenossenschaften unentgeltlich erfolgen und welche weiter für die Letzteren seitens ihrer Mitglieder im unbesoldeten Ehrenamte ausgeführt werden müssen, Leistungen, zu deren Erfüllung die Privat-Versicherungs-Gesellschaften nur auf die Hülfe besoldeter Beamten und Agenten angewiesen waren. Aber auch ohne Berücksichtigung dieses gewiss schwer in die Wagschale fallenden Umstandes ergibt sich,

Die Zulassung  
der Privat-  
versicherungs-  
gesellschaften.

\*) Vergl. den sog. Buhl'schen Gesetzentwurf, sowie den bereits erwähnten von BAARE.



dass die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften durchschnittlich sich weit höher stellen, wie diejenigen der Privatgesellschaften. Nach der Denkschrift des Reichsversicherungs-Amtes über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften pro 1886 stellten sich die Gesamtausgaben der Letzteren bei 3,473435 Personen wie folgt:

1. Entschädigungsbeträge . . . . .	M.	1,711 699.98.
2. Laufende Verwaltungskosten . . . . .	„	2,324 294.32.
3. Erste Einrichtung . . . . .	„	590 133.24.
4. Einlage zum Reservefonds . . . . .	„	5,401 878.06.
5. Kosten für Unfallverhütung, Entschädigungs- feststellung und Schiedsgerichte . . . . .	„	277 247.60.
Summa M.		10,305 253.20.

Hierbei fällt zunächst das Missverhältniss zwischen den sub 1 und 2 mitgetheilten Zahlen auf, berechnet man aber den Prozentsatz, mit welchem die Verwaltungskosten an dieser Gesamtausgabe participiren, so ergibt sich, selbst wenn man die unter Ziffer 5 angeführten Kosten, statt zu den Verwaltungsausgaben, was sie doch wohl sind, zu den Entschädigungsbeträgen hinzuzählt, dass 28,28% der Gesamtausgabe durch Verwaltungskosten absorbiert wurden.

Stellt man dieser Periode „des Werdens und der Organisation“ der Berufsgenossenschaften die gleiche Periode bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig gegenüber, also die Zeit vom 1. Juli 1871 bis 31. Dezember 1872, so ergibt sich, dass die Letztere während dieser Zeit bei einer Gesamtausgabe von Mark 649362.— nur einen Verwaltungskostenaufwand von Mark 145512.— (incl. Organisation) hatte, gleich nur 22,41% der Gesamtausgabe. — Nach dem NEUMANN'schen Jahrbuch für das deutsche Versicherungswesen (Jahrgang 1886) stellten sich aber im Jahre 1884 diese Ziffern bei den deutschen Unfallversicherungsgesellschaften insgesamt wie folgt:

	Gesamt- Ausgabe. <i>M.</i>	Gesamt- Einnahme. <i>M.</i>	Verwaltungs- kosten. <i>M.</i>
1. Prometheus . . . . .	895196	616686	188580
2. Schlesische Gesellschaft . . . . .	1,567 817	1,595 795	278 057
3. Chemnitz „ . . . . .	866 470	866 536	63 531
4. Rhenania . . . . .	2,739 531	2,668 938	288 531
5. Leipz. Unfall-Bank . . . . .	2,764 413	2,764 413	408 430
„ Unf.-Versich.-Genossensch. }	1,394 924	1,394 924	167 190
6. Magdeburger Gesellschaft . . . . .	3,742 554	3,901 996	465 746
Summa	13,970 905	13,809 288	1,860 065



d. h. also die Verwaltungskosten betragen 13,31% der Gesamtausgaben oder 13,47% der Gesamteinnahmen, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass bei den sub 1 und 4 genannten Gesellschaften die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht einmal ausgereicht hatten, das Deficit also von den Mitgliedern resp. Actionären getragen werden musste.

Nach dem Berichte des Reichsversicherungsamtes betragen im Jahre 1886 die Gesamtausgaben der Berufsgenossenschaften pro Kopf Mark 2.97 und die „laufenden“ Verwaltungskosten Mark 0.67 pro Kopf. Die Allgemeine Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig hat durchschnittlich bis zum 31. Dezember 1884 an Beiträgen erhoben Mark 2.39 pro Kopf, hiervon aber an Entschädigung gezahlt Mark 1.98 pro Kopf, also nur Mark 0.41 pro Kopf Verwaltungskosten gehabt und zwar einschliesslich der Kosten für die erste Einrichtung. Dabei hat diese Gesellschaft bis zum genannten Tage von 99550 zu ihrer Kenntniss gelangten Unfällen 25878 oder 26% als haftpflichtig entschädigt, während nach dem Berichte des Reichsversicherungs-Amtes im Jahre 1886 bei allen Berufsgenossenschaften (incl. der Staats- und Reichsbetriebe) 100159 Unfälle angemeldet, aber nur 10540 oder 10% derselben entschädigt werden konnten.

Diese Zahlen beweisen, dass die Berufsgenossenschaften mit einem kostspieligeren Verwaltungsapparate arbeiten, wie dies Privat-Versicherungs-Gesellschaften thun können und erwägt man ferner, dass auch abgesehen von den Berufsgenossenschaften die Selbstverwaltung und die Ehrenämter auf anderen Gebieten des staatlichen und wirthschaftlichen Lebens weitgehende Anforderungen an die Opferwilligkeit zahlreicher, überdies durch ihre eigentliche Thätigkeit genügend belasteter Industriellen stellen, so würde die Uebertragung der Versicherung an Privatgesellschaften auch nach dieser Richtung hin eine nicht unwesentliche Erleichterung der Industrie darstellen.

Für die Zulassung der Privatgesellschaften spricht noch weiter der Umstand, dass die Versicherung ihrem Wesen nach auf Selbsthilfe beruht und keineswegs an sich eine öffentliche Einrichtung ist. Der Staat kann wohl einen Versicherungszwang einführen, d. h. „die Theilnahme an einer Kasse verlangen, welche allgemeinen Regeln zu entsprechen hat“\*), aber es liegt ausserhalb seiner

\*) SART. v. WALTERSHAUSEN, Stellung des Staates zur Alters- und Invaliden-Versicherung S. 56.



Aufgabe, monopolistische Zwangs-Versicherungsanstalten zu errichten, so lange es nicht an freiwilligen Institutionen auf diesem Gebiete fehlt.

Ad. Wagner  
und das Ver-  
sicherungswesen.

AD. WAGNER (Der Staat und das Versicherungswesen, eine nationalökonomische und privatrechtliche Studie) will freilich das Versicherungswesen als eine öffentlich-rechtliche Einrichtung hinstellen; ich vermisste aber in seiner Schrift jeden wissenschaftlichen Beweis für eine derartige Auffassung und mit dem einfachen Hinweis auf Analogien, auf Gründe der Zweckmässigkeit und Verwaltung wird ein solcher sicher nicht geführt. WAGNER führt als Beweis für die Nothwendigkeit einer Verstaatlichung des Versicherungswesens u. A. das von den Privatgesellschaften befolgte Klassifikationsprincip an, nach welchem die jeweilige Höhe der Prämie von der Güte des Risikos, d. h. der grösseren oder geringeren Gefährlichkeit des Versicherungsobjectes abhängig gemacht werde, während seiner Ansicht nach die ausgleichende Gerechtigkeit vielmehr eine möglichste Gleichheit der Prämie und zwar zu Gunsten der Besitzer schlechter Risiken erfordert, eine Ausgleichung, welche thatsächlich nur der Staat übernehmen könne. Abgesehen nun davon, dass bei einer derartigen Prämiengleichstellung die Besitzer schlechter Risiken in Wahrheit ein Geschenk auf Kosten der Besitzer guter Risiken erhalten würden, halte ich gerade auf dem Gebiete der Unfallversicherung eine derartige „Ausgleichung“ für verhängnissvoll, weil bei einer solchen für den Industriellen das wesentlichste Interesse zur Einführung der meist mit beträchtlichen Opfern an Geld und vielfacher Betriebserschwerung verbundenen Schutzmassregeln und Schutzvorrichtungen in Wegfall kommen würde. Gerade das Klassifikationsprincip, welches die leichter beweglichen Privatgesellschaften weit strenger durchführen können, wie bürokratisch geleitete Staatsanstalten, spricht meiner Ansicht nach für das Fortbestehen der ersteren.

WAGNER versucht seine Auffassung weiter damit zu rechtfertigen, dass gerade auf dem Gebiete des Versicherungswesens sich angeblich eine grosse Vergeudung von Kapital und Arbeitskräften nachweisen lasse, während doch die Forderung einer planmässigen Regelung der wirthschaftlichen Thätigkeit eine eminent berechnete sei. Nun, ich meine, darüber dürfte doch wohl kein Zweifel bestehen, dass die Privatgesellschaften absolut kein Interesse daran haben können, Kapital und Arbeitskräfte zu vergeuden, dass sie vielmehr bestrebt sein müssen, Beides auf's Aeusserste auszunutzen



und ein Vergleich z. B. mit den staatlichen Feuerversicherungsgesellschaften in Preussen mit den Privatgesellschaften dürfte den besten Beweis dafür liefern, wo denn eigentlich das Maximum von Effekt mit dem Minimum an Kraftaufwand erzielt wird. Uebrigens widerlegt sich WAGNER hierin wohl selbst, wenn er an einer anderen Stelle mit besonderer Beziehung auf die Versicherungs-Aktiengesellschaften sagt, dass bei ihnen in besonderem Grade die ganze Kraft und volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit des associirten Privatkapitals hervortrete, wie sie ein intelligentes Verwaltungspersonal entwickeln könne und wenn er es weiter für nicht unwahrscheinlich hält, dass die Aktiengesellschaften bei völliger Gleichstellung im Recht die öffentlichen Anstalten und privaten Gegenseitigkeitsvereine verdrängen würden. —

Es ist interessant, den beiden eben besprochenen Verstaatlichungsgründen WAGNER's gegenüber auf die unbedeutenden Resultate einer staatlich geleiteten Versicherungsanstalt — der Kaiser Wilhelm-Spende — im Verhältnisse zu den Erfolgen der privaten Lebensversicherungsgesellschaften zu verweisen und weiter zu verweisen auf die Erfahrungen, welche man in England mit vom Staate gegründeten Lebensversicherungs-Anstalten gemacht hat, welche hauptsächlich ärmeren Leuten diesen Zweig des Versicherungswesens zugänglich machen sollten. Nach Verlauf von 18 Jahren (bis Ende 1882) hat in England der Staat einen Versicherungsbestand von 4615 Policen mit 371000 Pfund Sterling Versicherungssumme erzielt und in 1882 waren 18000 Pfund Sterling bei den Staatsanstalten neu versichert worden, während nur eine einzige englische Privatgesellschaft — die Prudential — welche kleine Summen von 5—10 Pfund Sterling versichert, allein im Laufe eines Jahres über 2 Millionen Policen ausfertigte. — Die Kaiser Wilhelm-Spende, bei welcher nur den gering bemittelten Klassen Angehörige die Mitgliedschaft erlangen können, eröffnete Ende 1879 ihre Thätigkeit und hatte am Schlusse des Geschäftsjahres 1885/86 eine Mitgliederzahl von 10432 mit Mark 2,774 935 Kapital und Mark 554 987 Einlagen à Mark 5.— zu verzeichnen, während z. B. die erst Ende 1880 in Preussen und im übrigen Deutschland noch später konzessionirte Arbeiter-Versicherungs-Aktiengesellschaft Nordstern in Berlin am Schlusse des Geschäftsjahres 1885 bereits über einen Bestand von 11499 Policen mit Mark 7,268 840 Kapitalversicherung verfügte. (NEUMANN's Jahrbuch für das deutsche Versicherungswesen 1887.)



Auch den weiteren Grund, welchen WAGNER für die öffentlich-rechtliche Organisation des Versicherungswesens anführt, die ausserordentliche Schwierigkeit der Regelung des Verwaltungsrechts der privaten Gesellschaften, halte ich nicht für zutreffend; eine gesetzliche Regelung des Versicherungswesens wird vielmehr am leichtesten sein, wenn dasselbe privatwirthschaftlich betrieben wird, da es sich doch in der Hauptsache um die Versicherung an sich, nicht aber um die Verwaltungsform handelt und mag man es getrost der Privatwirthschaft überlassen, sich für jeden einzelnen Versicherungsfall eine *lex contractus* zu schaffen.\*)

Das öffentliche Recht soll eben nur die zulässige Grenze ziehen, aber es dürfte ihm schwerlich möglich werden, für die tausendfältigen und wechsellvollen Bedürfnisse des Lebens gesetzliche Regeln aufzustellen.

WAGNER deducirt weiter, die öffentlichen Versicherungs-Anstalten würden mit geringeren Verwaltungskosten arbeiten, als die Privatgesellschaften, weil andere, schon vorhandene Organe der Staats- oder Local-Verwaltung, Polizei- und Steuerbeamte, Lehrer u. s. w. auch auf diesem Gebiete mit fungiren könnten. Ich meine aber, eine derartige Aemterkumulirung könne mitunter (namentlich bez. der Polizeibehörden) zu recht bedenklichen Pflichtcollisionen führen und bin weiter der Ansicht, dass diese von WAGNER auch noch für eine Versicherungsthätigkeit ins Auge gefassten Beamten mit ihrem jetzigen Amte schon hinreichend zu thun haben, eine weitere Beschäftigung also nicht mehr übernehmen können. Sollten dieselben aber wirklich noch Zeit genug zu einer solchen, die oft recht umfangreich sein würde, haben, nun, dann lag in ihrer seitherigen Verwendung und Besoldung eine ja gerade von WAGNER so sehr gerügte Vergeudung von Arbeits- und Steuerkräften und die Verwendung von seither entweder in übergrosser Zahl oder mit unzureichender Beschäftigung angestellten Beamten in einem weiteren Dienstzweige kann dann wenigstens nicht als Beweis für die angebliche grössere Wohlfeilheit einer staatlichen Verwaltung angeführt werden. Im übrigen habe ich über diesen Punkt bereits oben das Weitere dargelegt.

WAGNER meint schliesslich noch, das Bedürfniss der Nation, welches durch das Versicherungswesen befriedigt werden solle, finde bei der jetzigen Organisation der Privatgesellschaften nur mangelhafte

---

\*) Siehe A. EISNER, Kritische Betrachtungen zu WAGNER's Studie. Berlin 1882.



Befriedigung, könne ausreichende Befriedigung vielmehr nur durch den Staat erhalten, weil es sich eben um ein sog. „Gemein-Bedürfniss“ der Nation handle. Mit Recht hat man dem aber sofort entgegen gehalten, dass das Bedürfniss der Ernährung, Kleidung u. s. w. eben so gut Gemeinbedürfnisse der Nation seien und man könne daher mit der gleichen Berechtigung die Verstaatlichung des Gewerbes der Bäcker, Metzger, Schneider u. s. w. verlangen. (Verhandlungen des 21. Kongresses deutscher Volkswirthe 1883 S. 138.)\*)

Auch MUCKE (Staatliche Unfallversicherung 1881) plaidirt für die Versicherung als eine öffentliche Institution; wenn er aber sagt, es widerspreche nicht nur dem christlichen, sondern auch dem rein menschlichen Gefühle im Allgemeinen und den Gesetzen der Vernunft, das Unglück seiner Mitmenschen zum Gegenstande des Erwerbs zu machen, so hat ihm HIRSCHFELD (Arbeiterversicherungszwang) bereits hierauf erwidert, dass man dann eben so gut auch die Thätigkeit des Krankenpflegers, des Arztes, der Leichenträger u. s. w. verstaatlichen müsse, und zudem kann dieser Vorwurf die auf Gegenseitigkeit beruhenden Versicherungsgesellschaften überhaupt nicht treffen. Auch die Motive zum Gesetzentwurf von 1881 sagen, das Gesetz dürfe den Versicherten nicht nöthigen, seinen Unfall zur Unterlage von Dividenden herzugeben und möchte ich daher diesem lediglich die Aktiengesellschaften treffenden Vorwürfe gegenüber doch hervorheben, dass nicht das Eintreten eines Unfalles die Unterlage für Dividenden abgibt, sondern umgekehrt das Nichteintreten eines solchen und dass daher die Privatgesellschaften das grösste Interesse daran haben, derartigen Ereignissen nach Möglichkeit vorzubeugen. (Vergleiche die bedeutenden Leistungen mancher Gesellschaften zur Beschaffung von Löschmitteln.) Eine Gesellschaft, welche die Unfallverhütung nach Kräften zu fördern versteht, wird nicht nur weniger Unfälle zu entschädigen haben, sondern auch wesentlich an Verwaltungskosten sparen, also in die Lage kommen, gleichzeitig ihre Prämien zu ermässigen, und eine befriedigende Dividende zu bezahlen. —

Nicht minder hinfällig ist der Einwand, der bei einer Privatgesellschaft versicherte Unternehmer habe gar kein Interesse mehr,

---

\*) ROSCHER (System Bd. 1 § 237) würde die völlige Regalisirung des Versicherungswesens als einen der gefährlichsten Rückschritte beklagen: er hält die gehoffte Ersparniss an Arbeit und Kapital für sehr zweifelhaft, für desto gewisser aber die davon zu fürchtende Steigerung der Staatsallmacht.



selbst die nöthigen Massregeln zur Sicherung der Arbeiter zu treffen, der in dieser Beziehung human denkende und handelnde Arbeitgeber müsse daher die Unterlassungssünden des weniger humanen mit tragen. Gerade das Gegentheil trifft zu; keine Staatsanstalt ist in der Lage, durch Abstufung der Prämienforderung einen Unterschied zwischen rücksichtlich der Arbeitersicherheit gut oder weniger gut eingerichteten Etablissements mit solcher Schärfe und Leichtigkeit zu machen, wie dies die viel beweglicheren und zudem unter dem Drucke der Konkurrenz stehenden Privatgesellschaften vermögen. In einer entsprechenden Prämienermässigung liegt aber ein gewiss nicht zu unterschätzender weiterer Antrieb zur Einführung von Schutzvorrichtungen u. s. w. —

Die Privatver-  
sicherungs-  
Gesellschaften  
und die Haft-  
pflichtprozesse.

Weiter hat man gegen die Privatgesellschaften den Vorwurf erhoben, dass sie den Anlass zu zahlreichen erbitternden Haftpflichtprozessen gegeben hätten, da sie durch geschäftliche Rücksichten darauf hingewiesen gewesen seien, auf Grund der für haftpflichtige Unfälle abgeschlossenen Versicherung auch nur für solche Entschädigungen Deckung zu leisten, zu welchen der Versicherungsnehmer durch das Gesetz unzweifelhaft verpflichtet gewesen wäre und es sei daher Regel geworden, dass der Arbeitgeber in jedem Falle, wo eine Entschädigung gefordert wurde, genöthigt gewesen sei, sich von seinem Arbeiter verklagen zu lassen. (Motive zum Gesetzentwurf von 1881, S. 26.) Ich kann diesen Vorwurf, für welchen die erwähnten Motive einen Beweis auch nicht einmal versuchen, nur für einen durchaus ungerechtfertigten erklären und werde in Nachstehendem auch den Beweis für diese Erklärung erbringen.

Zunächst hat man bei jener Beschuldigung einfach ausser Acht gelassen, dass alle Privatgesellschaften nicht nur gegen Haftpflicht allein, sondern auch gegen nichthaftpflichtige Unfälle versicherten, also dem Arbeitgeber vollständig Gelegenheit boten, dem Arbeiter in jedem Falle eine Entschädigung zu sichern. Von dieser Gelegenheit ist auch ein ausgedehnter Gebrauch gemacht worden, zumal die meisten Gesellschaften demjenigen Unternehmer, welcher auch gegen die nichthaftpflichtigen Unfälle versicherte, wesentliche Vergünstigungen in der Haftpflichtversicherung gewährten; sie legten es also dem Unternehmer geradezu nahe, sich gegen alle Unfälle zu versichern und nicht ihre Schuld also ist es, wenn ein Theil der Arbeitgeber nur gegen Haftpflicht Deckung nahm und auf diese Weise dann manche Unfälle ohne Entschädigung blieben resp. zu einem Prozesse führten. Es ist weiter unrichtig, dass die Privat-



gesellschaften in der Regel nur auf Grund eines richterlichen Erkenntnisses Entschädigung gezahlt, dass sie auf Prozesse provocirt hätten. Nicht diese haben die Prozesse veranlasst, sondern das Haftpflichtgesetz selbst mit seinem Aufwerfen der Schuldfrage und der Art und Weise, wie nach ihm die Entschädigung bemessen werden konnte, trägt die Verantwortung hierfür. Hier allein ist die Ursache dieser leidigen Erscheinungen zu suchen, sagen doch die erwähnten Motive (S. 24) wörtlich selbst: „Auch die sorgfältigste Abmessung der Voraussetzungen, unter denen das Verschulden angenommen werden sollte, vermag nicht zu verhindern, dass diese Zweifel (über die Berechtigung des Entschädigungsanspruchs) in zahlreichen Fällen zu einer Quelle von Rechtsstreitigkeiten werden“. — Und haben denn nur die Versicherungsgesellschaften Haftpflichtprozesse geführt, oder sind nicht vielmehr auch bei solchen Gesellschaften nicht gedeckte Unternehmer gezwungen gewesen, sich in derartige Prozesse einzulassen? Mir sind grosse Etablissements bekannt, welche genöthigt waren, einen eigenen Beamten zur Bewältigung der ihnen durch die Haftpflichtprozesse erwachsenden Arbeitslast anzustellen. — Das allerdings wird wohl Jedem ohne Weiteres einleuchten, dass mancher Unternehmer, der sich nur gegen Haftpflicht versichert und die Ausgabe für die Versicherung auch gegen nicht-haftpflichtige Unfälle zu sparen vorgezogen hatte, es dennoch lieber gesehen hätte, wenn seine Versicherungsgesellschaft ohne Weiteres in jedem Unfälle eine Entschädigung gezahlt hätte; allein dass ein überhaupt nicht versicherter Unternehmer, die, wie bereits im ersten Abschnitte gezeigt, oft recht bedeutende Entschädigungsforderung, wenn sie seiner Ueberzeugung nach unberechtigt war, ohne Weiteres und ohne richterliche Entscheidung in ihrem ganzen Umfange sofort aus eigenen Mitteln zu befriedigen eher bereit gewesen wäre als eine Versicherungsgesellschaft, das wird man im Ernste zu glauben wohl Niemandem zumuthen können. Wenn aber in jenen Motiven — also seitens der Staatsbehörden — den Privatgesellschaften ein Vorwurf aus ihren Haftpflichtprozessen gemacht wird, wie kommt es denn, dass gerade der Staat eine nicht geringe Anzahl solcher Prozesse selbst geführt hat, die von den Arbeitern in seinem Eisenbahn- und Bergwerksbetrieb u. s. w. gegen den betreffenden Fiscus angestrengt worden sind? Die Sammlung der Entscheidungen des Reichs-Ober-Handelsgerichts und des Reichsgerichts geben Auskunft darüber, wie viele solcher Prozesse allein beim höchsten Gerichtshofe zum Austrage gekommen sind. — Oder soll



hier vielleicht ein anderer Maassstab gelten, wie gegenüber den Privatgesellschaften?\*)

Die genannten Motive finden es weiter beklagenswerth, dass in Folge der angeblich von den Versicherungsgesellschaften verschuldeten Prozesse die verunglückten Arbeiter resp. ihre Hinterbliebenen oft Jahre lang auf die ihnen zukommende Entschädigung hätten warten müssen. Ich bemerke hierzu, dass es sich in zahlreichen Prozessen gar nicht um die Frage der Haftpflicht selbst handelte, sondern dass diese oft genug einzig und allein durch die maasslosen Entschädigungsforderungen veranlasst waren, die Kläger es sich also selbst zuzuschreiben hatten, wenn sie bis zur Beendigung des Prozesses auf eine Entschädigung warten mussten. Auch in dieser Beziehung ist der Staat selbst durchaus nicht anders verfahren, wie die Versicherungsgesellschaften, oder wie anders wäre es etwa zu erklären, dass z. B. ein Theil der Opfer jenes furchtbaren Eisenbahnunglückes bei Hugstetten, in welchem die Haftpflicht der Staats-Verwaltung unzweifelhaft gegeben war, erst nach einer Reihe von Jahren die ihnen zustehende Entschädigung erhielt? —

Wenn es richtig wäre, dass lediglich, oder auch nur hauptsächlich die Privatgesellschaften die Schuld an den früheren Haftpflichtprozessen getragen hätten, dann müssten doch, nachdem seit dem 1. October 1885 die Berufsgenossenschaften die Entschädigung verletzter Arbeiter resp. ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Gesetzes von 1884 übernommen haben, von diesem Zeitpunkte an alle Prozesse aus Unfällen aufgehört haben. Das ist aber keineswegs der Fall; denn was sind die zahlreichen Anrufungen der Schiedsgerichte und des Reichsversicherungsamtes denn anderes, als Prozesse der Arbeiter gegen die Berufsgenossenschaften, in welchen es sich durchaus nicht immer nur um die Höhe der Entschädigung allein handelt, sondern oft genug auch um die Frage, ob überhaupt eine Entschädigungspflicht vorliege oder nicht.\*\*)

---

\*) Nach dem den Entscheidungen des Reichs-Ober-Handelsgerichts und des Reichsgerichts beigefügten Gesetzesregister beziehen sich von 128 auf Grund des Haftpflichtgesetzes und des § 120 der Gewerbeordnung ergangenen Erkenntnissen 68 — also etwas über die Hälfte — auf gegen staatliche und private Eisenbahnverwaltungen, sowie andere Staats- und Communalverwaltungen angestrenzte Entschädigungsklagen.

\*\*) In der No. 23 der Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungs-Amtes vom 15. November 1887 sind unter 15 dort mitgetheilten Rekurs-Entscheidungen dieser Behörde nicht weniger wie sechs Entscheidungen aufgeführt, in welchen es sich um die Frage handelte, ob dem Verletzten überhaupt eine Entschädigung zustehe.



Und wie zahlreich sind diese Berufungssachen! Die Rheinisch-Westfälische Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft hatte nach ihrem Geschäftsbericht vom 31. December 1886 bis zu diesem Tage im Ganzen 186 Unfälle zu entschädigen; hiervon führten bis zum 1. December 1886 nicht weniger wie 48 oder 26% zur Berufung an das Schiedsgericht. Die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft hatte bis 31. December 1886 im Ganzen 329 Unfälle zu entschädigen; hiervon führten sogar 145 oder 44% zur Berufung an das Schiedsgericht. (Vergl. hierzu die weiter unten angegebenen Prozesszahlen bei der Leipziger Unfallbank.)

Es ist zu bedauern, dass der Rechenschaftsbericht des Reichsversicherungs-Amtes für das Jahr 1886 nicht einmal eine Andeutung über diesen wichtigen Punkt enthält, geschweige denn eine Mittheilung über die Zahl der gesammten Berufungs- und Rekursachen; mir von anderer Seite zugegangene Angaben über allein die von der genannten Behörde noch nicht erledigten Rekurse beziffern diese auf eine solch' enorme Höhe, dass ich sie bei der Unmöglichkeit, ihre Richtigkeit constatiren zu können, hier nicht wiederzugeben vorziehe. Ich beschränke mich daher auf die Anführung, dass nach dem genannten Rechenschaftsberichte die 62 Berufsgenossenschaften im Jahre 1886 allein an Schiedsgerichtskosten M. 120 727.09 verausgabte haben.\*) —

Die Behauptung, die Versicherungsgesellschaften hätten nur auf Grund eines richterlichen Erkenntnisses Entschädigung geleistet, ist, abgesehen von den Motiven des Gesetzentwurfes von 1881, auch noch von anderer Seite aufgestellt worden; ich stelle ihr aber diesseits die Behauptung gegenüber, dass derartige Insinuationen auf durchaus einseitiger Information beruhten. Hätte man sich die Mühe genommen, in den einzelnen Fällen, in welchen eine solche Beschwerde gegen eine Privatgesellschaft erhoben wurde, auch diese letztere selbst einmal zu hören, man würde gewiss zu einer anderen Anschauung gelangt sein, jedenfalls aber zu der Anschauung, dass jener Vorwurf zum Mindesten nicht ein allgemein zutreffender sei. Um so bedauerlicher finde ich es daher, dass auch ARENDT (Die Reichsunfallversicherung, S. 6 und 7) denselben erhob; wer es unternimmt, die Verstaatlichung des Versicherungswesens wissenschaftlich zu begründen und zu vertheidigen, der wenigstens müsste es

---

\*) Siehe Nachtrag.



vermeiden, auf ungenügender Information beruhende und darum leicht zu widerlegende Behauptungen aufzustellen. Den Beweis aber dafür, dass es Versicherungsgesellschaften gab, welche die ihnen obliegende Aufgabe erfüllten, ohne dass es nothwendig gewesen wäre, sie jedesmal erst auf dem Prozesswege dazu zu zwingen, führe ich durch folgende Zahlen:

Bei der 1871 ins Leben getretenen, auf Gegenseitigkeit beruhenden, lediglich gegen die Folgen einer gesetzlichen Haftpflicht versichernden Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig und ihrem 1873 gegründeten, gegen die sogenannten nichthaftpflichtigen Unfälle versichernden Zweiginstitute, der Deutschen Unfall-Versicherungs-Genossenschaft wurden bis zum Beginne ihrer durch die neue Socialgesetzgebung nothwendig gewordenen Liquidation insgesamt angemeldet 113166 Unfälle

hiervon als haftpflichtig

entschädigt . . . . . 30205 „ (26,69%) mit M. 15,685 123.80

hiervon als nichthaft-

pflchtig entschädigt 66045 „ (58,36%) „ M. 5,294 780.00

(Die Entschädigung richtete sich in letzteren Fällen nach der genommenen Versicherungssumme). Unentschädigt blieben also nur 16916 Unfälle (14,95%), weil hier eben nicht gegen alle Unfälle versichert worden war.

Zu Prozessen führten 2589 Unfälle, oder 2,29% der angemeldeten oder 2,69% der entschädigten Fälle. — 2521 dieser Prozesse wurden bis 1. Oktober 1887 erledigt und zwar:

durch Verurtheilung des Arbeitgebers 475 oder 18,84%

„ Abweisung des Klägers . . . . 1108 „ 43,95%

„ Vergleich . . . . . 938 „ 37,21%.

Die Sicherheit  
u. Wohlfeilheit  
bei den Privat-  
versicherungs-  
gesellschaften.

Die Motive von 1881 führen als weiteren Grund für die Ausschliessung der Privatgesellschaften noch an die Sicherheit, welche bei Einführung des Versicherungszwanges den Beteiligten geboten werden müsse und die nur eine unter Garantie des Reiches stehende staatliche Einrichtung bieten könne, sowie weiter die Wohlfeilheit, welche durch den Verzicht auf jeden geschäftlichen Gewinn ermöglicht werde. Die genannten Motive geben aber gleichzeitig (S. 31) ausdrücklich zu, „dass allen diesen Verhältnissen (welche nämlich die Errichtung einer Reichsversicherungs-Anstalt nothwendig erscheinen lassen sollen) schon durch Errichtung einer öffentlichen Versicherungsanstalt ohne Ausschluss privater Anstalten und Gesellschaften Rechnung getragen werden könne“. — Betrachten



wir nun die beiden oben erwähnten Verstaatlichungsgründe, so ergibt sich, dass der letztgenannte sich überhaupt nur gegen die Actiengesellschaften geltend machen lässt, da ja auch bei den Gegenseitigkeitsgesellschaften die Erzielung irgend eines geschäftlichen Gewinnes ausgeschlossen ist. Dagegen halte ich allerdings die Frage für discutabel, ob es nicht zweckmässig sei, auf dem Gebiete der Arbeiter-Unfallversicherung nur Gegenseitigkeitsgesellschaften zuzulassen, um so jedem Einwande, als handele es sich um eine Geschäftsspekulation, aber auch jeder etwa wirklich versuchten Spekulation selbst von vornherein den Boden zu entziehen. Die angeblich ungenügende Sicherheit der Privatgesellschaften wird in den Motiven auf den Mangel an sicheren und vollständigen statistischen Unterlagen zurückgeführt; aber würde denn etwa eine Reichsversicherungsanstalt ohne Weiteres über eine sichere und vollständige Statistik haben verfügen können? Einer solchen Begründung gegenüber ist es um so auffallender, dass sich der Gesetzentwurf von 1881 lediglich auf ein Gutachten des Professor HEYM stützte, welches einzig und allein die Unfallstatistik der Eisenbahnen und Bergwerke zur Grundlage hatte und auch diese nur für den Zeitraum von wenigen Jahren, während den Privatgesellschaften im Jahre 1881 bereits eine zehnjährige und überdies alle Betriebszweige umfassende Statistik aus der eigenen Praxis zu Gebote stand. Dies Argument kann also als zutreffend nicht anerkannt werden. Dagegen wäre es ein Leichtes gewesen, eine für alle Fälle gesicherte Leistungsfähigkeit der Privatgesellschaften dadurch zu schaffen, dass man ihnen die Verpflichtung auferlegte, für jeden einzelnen Rentenfall das nach einer vom Bundesrathe genehmigten Mortalitätstabelle, unter Annahme eines in gleicher Weise festgesetzten Zinsfusses berechnete Deckungskapital sofort bei der Reichsbank oder einer im Gesetze bezeichneten Behörde zu deponiren. Ich denke, die Erfüllung dieser Bedingung würde auch den weitgehendsten Ansprüchen auf Sicherheit genügt haben. — Selbstverständlich würden die Privatgesellschaften, deren Statuten und Bedingungen überdies der staatlichen Genehmigung bedurft hätten, der strengsten Controle und Ueberwachung seitens eines zu errichtenden Reichsversicherungs-Amtes zu unterstellen gewesen sein, welche Behörde gleichzeitig die Beschwerde-Instanz für die versicherten Unternehmer gebildet hätte. Etwaige Differenzen über die Entschädigungspflicht und den Umfang des Schadens wären durch Schiedsämter zu schlichten gewesen, die unter dem Vorsitze eines Staatsbeamten mit ausschlaggebender



Stimme für den einzelnen Fall in der Weise hätten gebildet werden können, dass der Verletzte, der versicherte Unternehmer und die Versicherungsgesellschaft je einen Schiedsmann wählten. Eventuell hätte der Rekurs an das Reichsversicherungsamt gegen den Schiedsspruch offen stehen können. —

Durch eine derartige, für die Zwecke der vorliegenden Arbeit nur in grossen Umrissen gezeichnete Organisation würde allen billigen Ansprüchen genügt worden sein. FLESCH (Haftpflicht, Unfallversicherung und Normalarbeitstag S. 20) wirft allerdings als Einwand gegen die Zulassung der Privatgesellschaften noch die Frage auf, was denn werden solle, wenn der versicherte Unternehmer aus irgend einem Grunde der Versicherungsgesellschaft gegenüber auf Zahlung einer Entschädigung für seinen verletzten Arbeiter verzichte oder die erhaltene Zahlung, statt sie an Letzteren abzuführen, im eigenen Interesse verwende. Ich glaube aber, diese Bedenken verdienen kaum eine ernste Beachtung. Abgesehen davon, dass man sie leicht durch Einführung direkter Zahlungsleistung seitens der Versicherungsgesellschaft an den Verletzten beseitigen könnte, ist es doch wohl kaum denkbar, dass der Unternehmer, den das Gesetz zu einer Entschädigung an seinen verletzten Arbeiter in jedem Falle verpflichtet und der sich dieserhalb bei einer Gesellschaft versichern muss, die Letztere ohne Weiteres entlasten und sich somit der Gefahr aussetzen würde, neben der Versicherungsprämie auch noch die Entschädigung aus eigener Tasche zahlen zu müssen.

Gleichzeitige  
Errichtung einer  
Reichsver-  
sicherungs-  
anstalt.

Wie schon oben gesagt, müsste jedoch den Industriellen durch gleichzeitige Errichtung einer Reichsversicherungs-Anstalt die Wahl ermöglicht werden, ob sie bei dieser oder einer Privatgesellschaft eintreten wollten; denn hat man einmal den gesetzlichen Versicherungszwang eingeführt — und dieser ist geboten — so ist die Errichtung einer staatlichen Versicherungsanstalt ein nothwendiges Correlat desselben\*).

\*) „Während sich als Regel behaupten lässt, dass die reif gewordene Privatindustrie das Bedürfniss rascher, vielseitiger und wohlfeiler befriedigt, als die Staatsindustrie, walten doch bei Versicherung gegen Unfälle, zumal bei der Feuerversicherung, manche Eigenthümlichkeiten ob, welche das gänzliche Aufhören der unmittelbaren Staatsthätigkeit auf diesem Gebiete, ihre Beschränkung etwa bloss auf die gesetzgeberische und polizeiliche Aufsicht über die Privatversicherungen als ein Unglück würden erscheinen lassen. Wenn das deutsche Feuerversicherungs- und Feuerverhütungswesen dem englischen und nordamerikanischen überlegen ist, so scheint ein Hauptgrund hiervon in der noch immer so starken Betheiligung der deutschen obrigkeitlichen Anstalten zu liegen.“  
ROSCHER, System Bd. 1 § 237.



Sie ist erforderlich, um auch demjenigen Unternehmer, welcher trotz aller gesetzlichen Kautelen sich bei einer Privatgesellschaft nicht genügend gesichert, oder von einer solchen benachtheiligt glaubt, die Möglichkeit zu bieten, seiner Versicherungspflicht zu genügen und um jeder versuchten Prämienüberforderung, insofern Aktiengesellschaften überhaupt zugelassen werden, wirksam vorzubeugen. Die mehrfach betonte Befürchtung, bei einem Nebeneinanderbestehen von Staats- und Privatanstalten würden die Letzteren den Ersteren die besten Risiken wegnehmen, kann gewiss nicht als Argument gegen die Privatgesellschaften geltend gemacht werden; sie beweist vielmehr, dass das Publikum seine guten Gründe dafür haben muss, die Privatgesellschaften einer Staatsanstalt vorzuziehen. Im Uebrigen glaube ich, dass gerade die grössten Etablissements bei letzterer versichern würden; die Gründe hierfür liegen allerdings auf einem ganz anderen Gebiete.

Würde man nun noch denjenigen Unternehmungen, welche wie z. B. die Steinkohlenbergwerke durch den Anschluss an die Knapp-  
schaftskassen, oder welche wie die Werke von Krupp, die Mansfelder Gewerkschaft u. s. w. durch ihre Art und ihren Umfang eine durch Rücklage der Rentendeckungskapitalien eventuell zu verstärkende Garantie der Dauer und Sicherheit bieten und ebenso den gewerblichen Unternehmungen des Staats die (für die beiden erstgenannten Kategorien an die Genehmigung des Bundesrathes geknüpfte und widerrufliche) Möglichkeit der Selbstversicherung gewähren, so würde durch eine derartige Regelung der Versicherung die freie Thätigkeit der Privatgesellschaften erhalten geblieben und gleichzeitig die freie Entschliessung des Unternehmers darüber, wo und wie er der gesetzlichen Versicherungspflicht genügen wolle, gewahrt worden sein, ohne den Zweck und den Erfolg des Gesetzes irgendwie zu beeinträchtigen.

Zulassung der  
Selbst-  
versicherung.



### DRITTER ABSCHNITT.

---

#### Statistisches Material zur Beurtheilung des Unfallrisiko's und zur praktischen Unfallverhütung.

---

Bis zur Einführung der allseitig als nothwendig erkannten Reformen war es Aufgabe der Unfallversicherungsgesellschaften, die durch die bisherige Gesetzgebung geschaffenen Uebelstände nach beiden Seiten hin, sowohl für die Unternehmer wie für die Arbeiter, möglichst abzuschwächen, was selbstverständlich nur dadurch zu erreichen war, dass diese Gesellschaften nicht nur dem Unternehmer Versicherung gegen die Folgen einer gesetzlichen Haftpflicht gewährten, sondern dass sie auch die Entschädigung der sogenannten nichthaftpflichtigen Unfälle übernahmen. In wie weit die verschiedenen hierzu ins Leben getretenen Gesellschaften dieser, namentlich bei dem anfänglichen Mangel einer brauchbaren Statistik immerhin nicht leichten Aufgabe gerecht geworden sind, dies zu untersuchen, liegt ausserhalb des Rahmens dieser Arbeit; es sollen hier vielmehr nur einige Resultate mitgetheilt werden, welche durch die grösste deutsche Gesellschaft, die Allgemeine Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig gewonnen wurden, in wissenschaftlicher Beziehung von allgemeinem Interesse sind und zugleich den jetzt an die Stelle der Versicherungs-Gesellschaften getretenen Berufsgenossenschaften namentlich zur Beurtheilung des Unfallrisiko's und für die ihnen obliegende Unfallverhütung von Nutzen sein können. Die Besprechung



dieser Resultate und des Weges, auf welchem sie gewonnen sind, dürfte um so mehr von Interesse sein, als, wie sich bei einer Vergleichung des Unfallversicherungsgesetzes von 1884 mit den Statuten der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank sofort ergibt, die auf Grund des ersteren geschaffenen Berufsgenossenschaften ihrer ganzen Organisation und Thätigkeit nach auf den Einrichtungen und Erfahrungen der genannten Gesellschaft beruhen.

Bei dem Fehlen einer gesetzlichen Anmeldepflicht für gewerbliche Unfälle war die Schaffung einer zuverlässigen und erschöpfenden Statistik der letzteren seither unmöglich gewesen und darf es daher nicht Wunder nehmen, dass sich vielfach irrige Ansichten über die relative Gefährlichkeit der einzelnen Industriezweige im Ganzen sowohl, als auch der einzelnen Arbeitsverrichtungen innerhalb derselben herausgebildet hatten, ja sogar bis in die neueste Zeit hinein Gläubige fanden. Die Entstehung einer solchen unzutreffenden Beurtheilung war dadurch noch besonders begünstigt worden, dass sich die zahlreicheren Unfälle, welchen nur eine einzelne Person zum Opfer fiel, der allgemeinen Kenntniss zum grössten Theil völlig entzogen, während die glücklicher Weise weit seltener auftretenden Massenverunglückungen, z. B. durch Explosion schlagender Wetter oder von Dampfkesseln, überall bekannt wurden und ebenso die an Maschinen vorgekommenen Einzelunfälle durch ihre meist schwere Natur oder in Folge der sie begleitenden traurigen Nebenumstände zu allgemeiner Kenntniss gelangten. Unter solchen Umständen wird die vielfach gehörte Meinung erklärlich, dass im Allgemeinen der Bergbau einerseits und der Dampfkessel- und Maschinenbetrieb andererseits ganz besonders gefährlich seien, während man es ganz unberücksichtigt liess, dass beim Bergbau die vorzüglich organisirte Staatsaufsicht der Unfallsmöglichkeit in wirksamster Weise entgegenarbeitet und die fortschreitende Technik im Dampfkessel- und Maschinenbau durch zweckmässigere und sicherere Konstruktion, Schutzvorrichtungen und scharfe Kontrolle die thatsächlich vorhandene Gefahr thunlichst zu verringern bestrebt war. Bezüglich des Bergbaues kommt überdies ein denselben nach dieser Richtung hin noch besonders günstig stellendes Moment zur Geltung; gerade hier nämlich — vor Allem in dem bereits Jahrhunderte alten Erzbergbau — ist die Berufswahl in den einzelnen Familien durch ganze Generationen hindurch stets dieselbe geblieben, sind die Söhne, wie es auch die Väter gethan hatten, stets wieder Bergleute geworden und es ist einleuchtend, dass die solchergestalt

Die relative  
Gefährlichkeit  
der einzelnen  
Industriezweige.



ermöglichte Bildung eines technisch vorzüglich geschulten Arbeiterstammes auf die Herabminderung der Unfallsziffern von wesentlichem Einfluss sein musste.

Jene irrige Auffassung führte dann in ihrer weiteren Konsequenz zu der Annahme, dass es Betriebe gebe, in welchen bei dem Fehlen jeder Kraft- und Arbeitsmaschine überhaupt keine Unfallsgefahr vorhanden sei, während, wie aus dem Nachstehenden hervorgehen wird, Betriebe ohne Unfallsgefahr thatsächlich nicht existiren. Die beiden nachstehenden Tabellen, welche nach einer seitens der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank auf Wunsch der Reichsregierung für deren Gesetzesvorlage von 1882 unter meiner Mitwirkung angefertigten Statistik zusammengestellt sind, geben über die wirkliche Unfallsgefahr der hauptsächlichsten Industriezweige Aufschluss. Die Arbeit umfasst die Jahre 1871—1880 incl., berücksichtigt alle zur Anmeldung gelangten Unfälle, gleichgültig, ob sie für den Unternehmer eine gesetzliche Haftpflicht involvirten oder nicht und sind dabei die einzelnen Industriezweige wie folgt klassificirt:

**Gefahrenklasse I:**

Steinkohlenbergbau.

**Gefahrenklasse II:**

Hauptgruppe	I: Bergbau, excl. Steinkohlenbergbau.
„	II: Steinbrüche, Gräberei und Verwandtes.
„	III: Glas- u. Thonwaarenindustrie und Verwandtes.
„	IV: Holzindustrie u. Verwandtes, excl. Sägemühlen.
„	V: Mühlenindustrie und Verwandtes.
„	VI: Papierindustrie „ „
„	VII: Zuckerindustrie „ „
„	VIII: Bierbrauerei „ „
„	IX: Chemische Industrie und Verwandtes.
„	X: Baugewerbe.
„	XI: Metallindustrie.
„	XII: Leder- und Textilindustrie.
„	XIIIa.: Alle übrigen Etablissements, soweit sie in den vorstehenden Gruppen nicht aufgeführt sind, sowie diejenigen, welche ohne Gas-, Wasser- oder Dampfkraft betrieben werden.
„	XIIIb.: Spedition, Fuhrwesen, Eisenbahnen.

Pulver-, Dynamitfabriken u. dergl. waren statutarisch von der Versicherung ausgeschlossen.



Die bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1871—1880 beobachteten haftpflichtigen und nichthaftpflichtigen Unfälle nach Gefahrenklassen und Hauptgruppen geordnet.

(Absolute Zahlen.)

Tabelle I.

Betrieb:	Von 1871—80 incl. unter Beobachtung stehende Arbeiter.	Todesfälle.	Invaliditäts- fälle.	Fälle vorüber- gehender Erwerbsun- fähigkeit.	Summe aller Unfälle.
Gefahrenklasse I.					
Steinkohlenbergbau . . . . .	106 236	358	75	1503	1936
Gefahrenklasse II.					
I. Bergbau excl. Steinkohlenbergbau	76 544	132	55	537	724
II. Steinbrüche, Gräberei u. Verwandt.	130 711	343	199	2985	3527
III. Glas- und Thonwarenindustrie und Verwandes . . . . .	73 676	47	65	753	865
IV. Holzindustrie und Verwandes excl. Sägemühlen . . . . .	31 339	24	36	729	789
V. Mühlenindustrie und Verwandes	67 171	101	160	2225	2486
VI. Papierindustrie „ „	109 056	108	126	1327	1561
VII. Zuckerindustrie „ „	49 509	27	57	1087	1171
VIII. Bierbrauerei „ „	55 606	103	86	1521	1710
IX. Chemische Industrie u. Verwandt.	88 469	90	81	1487	1658
X. Baugewerbe . . . . .	178 292	237	135	4110	4482
XI. Metallindustrie . . . . .	740 204	402	927	16 971	18 300
XII. Leder- und Textilindustrie . . . .	781 661	170	450	4560	5180
XIII <sup>a</sup> . Alle übrigen Etablissements, so- weit sie in den vorstehenden Gruppen nicht aufgeführt sind, sowie diejenigen, welche ohne Gas-, Wasser- oder Dampfkraft betrieben werden . . . . .	43 995	11	25	766	802
XIII <sup>b</sup> . Spedition, Fuhrwesen, Eisenbahnen	17 126	57	41	1050	1148

Aus der in Tabelle I gegebenen Gesamtübersicht aller in den einzelnen Industriegruppen überhaupt vorgekommenen Unfälle berechnet sich Tabelle II, welche die auf je 1000 unter einjähriger Beobachtung stehenden Personen in einem Jahre eingetretenen Verunglückungen angiebt, also den Maassstab zur Beurtheilung der relativen Gefährlichkeit einer Betriebsgruppe und zwar sowohl bezüglich der Zahl der Unfälle überhaupt, als auch bezüglich der Unfallsfolgen liefert.



Die bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1871—1880 beobachteten haftpflichtigen und nicht haftpflichtigen Unfälle nach Gefahrenklassen und Hauptgruppen geordnet und berechnet auf je 1000 beobachtete Arbeiter.

(Relativzahlen zu Tabelle I.)

Tabelle II.

Betrieb:	Unter einjähriger Beobachtung stehende Arbeiter.	Todesfälle.	Invalidi- täts- fälle.	Fälle vorüber- gehender Erwerbsun- fähigkeit.	Summe der Unfälle.
Gefahrenklasse I.					
Steinkohlenbergbau . . . . .	1000	3,370	0,706	14,148	18,224
Gefahrenklasse II.					
I. Bergbau excl. Steinkohlenbergbau	1000	1,724	0,719	7,016	9,459
II. Steinbrüche, Gräberei u. Verwandt.	1000	2,624	1,522	22,837	26,983
III. Glas- und Thonwarenindustrie und Verwandtes . . . . .	1000	0,638	0,882	10,221	11,741
IV. Holzindustrie und Verwandtes excl. Sägemühlen . . . . .	1000	0,766	1,148	23,262	25,176
V. Mühlenindustrie und Verwandtes	1000	1,504	2,382	33,124	37,010
VI. Papierindustrie „ „	1000	0,990	1,156	12,168	14,314
VII. Zuckerindustrie „ „	1000	0,545	1,151	21,956	23,652
VIII. Bierbrauerei „ „	1000	1,852	1,547	27,353	30,752
IX. Chemische Industrie u. Verwandt.	1000	1,017	0,916	16,808	18,741
X. Baugewerbe . . . . .	1000	1,329	0,757	23,052	25,138
XI. Metallindustrie . . . . .	1000	0,543	1,252	22,928	24,723
XII. Leder- und Textilindustrie . . . .	1000	0,217	0,576	5,834	6,627
XIII <sup>a</sup> . Alle übrigen Etablissements, so- weit sie in den vorstehenden Gruppen nicht aufgeführt sind, sowie diejenigen, welche ohne Gas-, Wasser oder Dampfkraft betrieben werden.	1000	0,250	0,568	17,411	18,229
XIII <sup>b</sup> . Spedition, Fuhrwesen, Eisenbahn.	1000	3,328	2,394	61,310	67,032

Diese Tabelle giebt einen zuverlässigen Maassstab für die relative Gefährlichkeit der einzelnen Betriebszweige und führt zu Resultaten, welche von der oben erwähnten landläufigen Ansicht über diesen Gegenstand unerwartet verschieden sind. Nach der Anzahl der überhaupt vorgekommenen Unfälle ist das Speditionsgewerbe und Fuhrwesen (Gr. XIII<sup>b</sup>) am gefährlichsten; es bleibt überdies bezüglich der Todesfälle nur um 0,042 gegen den in dieser Hinsicht an erster Stelle stehenden Steinkohlenbergbau (Gefahrenklasse I)



zurück, übertrifft diesen aber wiederum bezüglich der Invaliditätsfälle um das Dreifache, während der sonstige Bergbau (Gr. I) sowohl qualitativ, wie quantitativ in seiner Gefährlichkeit weit hinter dem Frachtgewerbe zurücksteht, ja sogar nächst der Textilindustrie (Gr. XII) der Zahl nach die wenigsten Unfälle zu verzeichnen hat. Die Letztere ist überhaupt, trotz der ausgedehnten Verwendung von Maschinen und trotz der vorzugsweisen Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter am günstigsten gestellt, günstiger sogar wie die Hauptgruppe XIII a., welche hauptsächlich die ohne Maschinen arbeitenden Industriezweige umfasst, während ein Gewerbe, welches gewiss Niemand so leicht für ein besonders gefährliches gehalten hätte, und in welchem Maschinen nur eine untergeordnete Rolle spielen, die Bierbrauerei und Mälzerei (Hauptgr. VIII) bezüglich der Zahl der Unfälle bereits an dritter Stelle steht, bezüglich der Todesfälle an vierter, bezüglich der Invaliditätsfälle wieder an dritter Stelle. Dass der Steinbruchbetrieb (Gr. II) ein gefährlicher sei, nahm wohl Jedermann ohne Weiteres an, dass er aber qualitativ soviel ungünstiger dasteht wie die Metallindustrie (Gr. XI), ist jedenfalls ein bemerkenswerthes Resultat, dessen Bedeutung noch klarer wird, wenn man sieht, dass die Metallindustrie in der Zahl der Unfälle überhaupt erst an siebenter, hinsichtlich der Invaliditätsfälle an fünfter und bezüglich der Todesfälle sogar erst an dreizehnter Stelle kommt.

Durch Division der in Tabelle II gewonnenen Zahlen durch 1000 lässt sich nun weiter die Wahrscheinlichkeit berechnen, welche für den einzelnen Arbeiter besteht, in seinem Berufe überhaupt einen Unfall zu erleiden, sowie die Wahrscheinlichkeit, tödtlich, resp. mit dauernder Invalidität oder nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit zu verunglücken. Die erstere Wahrscheinlichkeit ist danach am grössten im Frachtgewerbe, am geringsten in der Textilindustrie; die Wahrscheinlichkeit, tödtlich zu verunglücken am grössten beim Steinkohlenbergbau, am geringsten wiederum in der Textilindustrie, während bezüglich der Invaliditätswahrscheinlichkeit das Frachtgewerbe die erste und die keine Maschinen benutzenden Betriebe die letzte Stelle einnehmen. Während ferner die Unfallswahrscheinlichkeit an sich z. B. in der Metallindustrie etwa zwei und ein halb mal grösser ist, wie im Bergbau (excl. Steinkohlenbergbau), ist die Wahrscheinlichkeit, tödtlich zu verunglücken, in letzterem wieder dreimal grösser wie in ersterem. —

Die in den beiden vorstehenden Tabellen beobachteten 14 Hauptgruppen der Gefahrenklasse II waren zur Zeit der Aufstellung jener



Statistik noch in zusammen 51 Untergruppen getheilt, wodurch eine speziellere Ermittlung des Unfalls-Risiko's der verschiedenen Industriezweige gestattet wurde. So zerfiel z. B. die Hauptgruppe XI (Metallindustrie) in 6 Untergruppen, von welchen die nachfolgenden drei: Gruppe 40: Hohöfen, Metallhütten, Argentan- und Messingwerke, Feineisenwalzwerke, kleinere Hammerwerke.

Gruppe 41: Maschinenfabriken, Eisengiessereien und Schiffsbauanstalten grösseren Umfangs, Waggon- und sonstige Eisenbahnbedarf-fabriken, Gas- und Wasserleitungsröhren-Fabriken, Kesselschmieden.

Gruppe 42: Walzwerke (excl. Feineisenwalzwerke), Stahlwerke, grössere Hammerwerke, Brückenbau- und Dachkonstruktionsanstalten.

hier noch mit einigen anderen Untergruppen näher verglichen werden sollen und zwar mit:

Gruppe 22: Bierbrauerei (aus Hauptgruppe VIII)

„ 14: Sägemühlen ( „ „ V)

„ 2: Erzbergbau ( „ „ I)

Die bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1871—1880 beobachteten haftpflichtigen und nicht haftpflichtigen Unfälle der Untergruppen 40, 41, 42, 22, 14 und 2 der Gefahrenklasse II.

(Absolute Zahlen.)

Tabelle III.

Betrieb:	Von 1871-80 incl. unter Beobachtung stehende Arbeiter.	Todesfälle.	Invalidi-täts- fälle.	Fälle vorüber- gehender Erwerbs- unfähigkeit.	Summe aller Unfälle.
Gruppe 40. Hohöfen, Metallhütten, Ar- gantän- und Messingwerke, Feineisen- walzwerke, kleinere Hammerwerke . .	63797	37	59	954	1050
Gruppe 41. Maschinenfabriken, Eisen- giessereien und Schiffsbauanstalten grösseren Umfangs, Waggon- und son- stige Eisenbahnbedarf-fabriken, Gas- und Wasserleitungsröhren - Fabriken, Kesselschmieden . . . . .	371633	197	521	9359	10077
Gruppe 42. Walzwerke, excl. Feineisen- walzwerke, Stahlwerke, grössere Hammerwerke, Brückenbau- und Dach- konstruktionsanstalten. . . . .	124896	97	224	4161	4482
Gruppe 22. Bierbrauerei . . . . .	53732	100	84	1477	1661
Gruppe 14. Sägemühlen . . . . .	28294	49	109	1373	1531
Gruppe 2. Erzbergbau . . . . .	47365	72	37	267	376



Setzt man nun in diesen Untergruppen die Zahl der in einem Jahre beobachteten Arbeiter gleich 1000, so berechnet sich die Zahl der auf 1000 beobachtete Personen in einem Jahre überhaupt vorgekommenen Unfälle, sowie die Zahl der auf dieselben entfallenden Todes- und Invaliditätsfälle und der leichteren Unfälle, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Die bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1871—1880 beobachteten haftpflichtigen und nicht haftpflichtigen Unfälle der Untergruppen 40, 41, 42, 22, 14 und 2 der Gefahrenklasse II berechnet auf je 1000 beobachtete Arbeiter.

(Relativzahlen zu Tabelle III.)

Tabelle IV.

Betrieb:	Von 1871—1880 incl. unter ein- jähriger Be- obachtung ste- hende Arbeiter.	Todesfälle.	Invaliditäts- fälle.	Fälle vorüber- gehender Erwerbs- unfähigkeit.	Summe aller Unfälle.
Gruppe 40. Hohöfen, Metallhütten, Ar- gentan- und Messingwerke, Feineisen- walzwerke, kleinere Hammerwerke . .	1000	0,580	0,925	14,953	16,458
Gruppe 41. Maschinenfabriken, Eisen- giessereien und Schiffsbauanstalten grösseren Umfangs, Waggon- und son- stige Eisenbahnbedarf-fabriken, Gas- und Wasserleitungsröhren-Fabriken, Kesselschmieden . . . . .	1000	0,530	1,402	25,183	27,115
Gruppe 42. Walzwerke, excl. Feineisen- walzwerke, Stahlwerke, grössere Hammerwerke, Brückenbau- und Dach- konstruktionsanstalten . . . . .	1000	0,777	1,793	33,316	35,886
Gruppe 22. Bierbrauerei . . . . .	1000	1,861	1,564	27,488	30,913
Gruppe 14. Sägemühlen . . . . .	1000	1,732	3,852	48,526	54,110
Gruppe 2. Erzbergbau . . . . .	1000	1,520	0,781	5,637	7,938

Die Division der in Tabelle IV ermittelten Zahlen durch 1000 ergibt dann wiederum für jeden einzelnen Arbeiter die Unfallswahrscheinlichkeit an sich und die Wahrscheinlichkeit einer mehr oder minder schweren Verletzung. — Die vielfach verbreitete Ansicht von der grossen Gefährlichkeit des Erzbergbaues wird durch diese Zahlen vollständig widerlegt, während sich zeigt, dass Industriezweige



mit nur wenig bedeutendem Maschinenbetrieb eine weit grössere Unfallsgefahr in sich bergen.

Zunächst interessant ist die geringe Anzahl der im Erzbergbau vorkommenden Unfälle, meiner Ansicht nach, wie bereits oben erwähnt, eine Folge der vortrefflichen Staatsaufsicht, der hochentwickelten Technik und Schulung der Arbeiter. Allerdings treten hier mehr Todesfälle auf wie in der Eisenindustrie, dafür aber weniger Invaliditätsfälle und in diesen beiden Beziehungen steht der Erzbergbau wesentlich günstiger da, wie die Brauerei- und Schneidemühlenindustrie. Die Letztere insbesondere ist auch quantitativ und qualitativ weit gefährlicher als die einzelnen Zweige der Eisenindustrie, und nicht minder auffallend erscheinen in der Brauerei die hohen Ziffern sowohl der Unfälle überhaupt, als namentlich der schweren Unfälle; hinsichtlich der Todesfälle nehmen die Bierbrauereien sogar die erste Stelle ein.

Für denjenigen, welcher die Ursachen und Art der Unfälle in den einzelnen Industriezweigen einem eingehenden Studium unterworfen hat, kann diese Erscheinung etwas Auffallendes nicht haben. Richtig ist allerdings, dass Maschinen eine ihnen als solchen innewohnende, eigenthümliche Gefahr für den bedienenden Arbeiter haben, allein gerade weil sie in der Eisenindustrie eine soviel ausgedehntere Anwendung finden, als in den beiden anderen hier zum Vergleich herangezogenen Gewerben, ist die Ausbildung und Ueberwachung der mit ihrer Wartung betrauten Personen in der Eisenindustrie eine weit vollkommener und sorgfältiger, sodass also die Unfallsgefahr wesentlich eingeschränkt wird, während in den beiden anderen Betrieben leider oft technisch wenig oder gar nicht vorgebildete Arbeiter mit der, wenn auch nur vorübergehenden Bedienung einer Maschine beauftragt werden. Ein zweiter, sehr wesentlicher Grund aber für das Auftreten der zahlreichen schweren Unfälle in der Brauerei- und Schneidemühlenindustrie liegt in der das maschinelle Risiko weit überwiegenden Transportgefahr. In beiden Gewerben spielt der Transport und die Behandlung solcher Lasten, die sowohl ihrem Gewicht als der Form nach schwer zu bewältigen sind, eine bedeutende Rolle. Bei den Schneidemühlen sind es die grossen und schweren Stämme, welche, zumal wenn sie durch Regen oder Schnee nass und schlüpfrig geworden sind, zu ihrer sicheren Fortbewegung nicht nur eine ganz besondere Vorsicht, sondern auch, namentlich in den kleinen Schneidemühlen oft gar nicht vorhandene zahlreiche Arbeitskräfte erfordern. Bei den Bierbrauereien sind es die grossen,



in Folge der Kellerfeuchtigkeit u. s. w. stets glatt und schlüpfrig gewordenen und — wenn gefüllt — sehr schweren Fässer, deren Behandlung um so gefahrbringender ist, als sie in oft sehr beschränktem Raume und bei spärlicher Beleuchtung zu erfolgen hat. Dass die zum Transporte der Fässer in den meisten Brauereien vorhandenen Aufzüge ebenfalls Veranlassung zu einer grossen Anzahl von Unfällen geben, soll weiter unten nachgewiesen werden; einleuchtend aber ist es ohne Weiteres, dass Unfälle, welche bei Manipulationen mit bedeutenden Gewichtsmassen entstehen, verhältnissmässig oft gerade schwere Folgen nach sich ziehen werden.

In den Tabellen III und IV sind die Unfallsziffern einzelner Untergruppen der Gefahrenklasse II der Leipziger Unfallbank zum Zwecke einer kurzen Besprechung wesentlich von einander abweichender Gefährlichkeitsmomente mitgetheilt. Zur Beurtheilung des Unfallsrisikos auch der übrigen Industriezweige gebe ich nun noch die nachstehenden Tabellen V und VI, welche sämtliche Untergruppen der Gefahrenklasse II umfassen (die Gefahrenklasse I — Steinkohlenbergwerke — hatte keine Untergruppen) und in welchen somit die relative Gefährlichkeit aller Gewerbebezweige zur Darstellung kommt. — Tabelle V giebt wiederum die absoluten Zahlen, während Tabelle VI die aus derselben dadurch gewonnenen Relativzahlen enthält, dass die Zahl der jährlich in sämtlichen Gruppen beobachteten Arbeiter überall gleich 1000 angesetzt wurde. Dividirt man dann die in Tabelle VI erhaltenen Zahlen wieder durch 1000, so ergibt sich die Unfallswahrscheinlichkeit für den einzelnen Arbeiter in den verschiedenen Gruppen.



Die bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1871—1880 beobachteten haftpflichtigen und nichthaftpflichtigen Unfälle, geordnet nach den Untergruppen der Gefahrenklasse II.

(Absolute Zahlen)

Tabelle V.

Gruppe	Betrieb	Von 1871 bis 1880 incl. unter Beobachtung stehende Arbeiter	Todesfälle	Fälle ganz- theil-licher Invalidität		Fälle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit	Summa aller Unfälle
1	Braunkohlengruben, Petroleumwerke	21 617	56	—	12	217	285
2	Grubenbetrieb (unterirdisch und durch Tagebau) mit Ausschluss der Stein- und Braunkohlenwerke; Wasser- schürfarbeiten, Bohrwerke . . . .	47 365	72	3	34	267	376
3	Aufbereitungsanstalten . . . . .	7 562	4	—	6	53	63
4	Steinbrüche jeder Art; Gräbereien auf Torf, Sand, Lehm etc., Brunnen- gräberei . . . . .	56 389	132	6	64	1365	1567
5	Gyps- und Kalkbrennerei . . . . .	3 627	3	—	6	54	63
6	Eisenbahn-, Kanal-, Wasser- und Strassenbau . . . . .	70 695	208	7	116	1566	1897
7	Glashütten, Glasschleifereien, Spiegel- fabriken . . . . .	3 109	1	—	3	6	10
8	Ziegeleien mit Dampfbetrieb; Fabri- ken feuerfester Steine und Schmelz- tiegel . . . . .	26 986	25	—	25	325	375
9	Cementfabriken; Fabriken von Thon- und Irdenwaaren, Porzellan, Stein- gut-, Fayence- und Töpferwaaren; Ziegeleien ohne Dampfbetrieb; Fa- briken von Briquettes und Braun- kohlenpresssteinen . . . . .	38 665	21	2	34	406	463
10	Cementwaaren- und Gypswaaren-Fa- briken . . . . .	4 916	—	—	1	16	17
11	Holzschleifereien, Holzstoff-, Cellu- lose- und Strohstoff-Fabriken . .	5 351	9	—	6	112	127
12	Kunsttischlerei mit Maschinenbetrieb; Fraismaschinen, Goldleisten-, Ki- sten-, Parquet- u. Zündholzfabriken; Kreissägen . . . . .	13 080	9	1	21	325	356
13	Billard-, Möbel-, Spielwaaren-, Orgel-, Harmonika- u. Pianoforte-Fabriken; Holzwaaren-Fabriken ohne Kreis- sägen; xyloplastische Anstalten . .	12 908	6	—	8	292	306
14	Sägemühlen . . . . .	28 294	49	3	106	1373	1531



Gruppe	Betrieb	Von 1871 bis 1880 incl. unter Beobach- tung stehende Arbeiter	Todesfälle	Fälle gänz- licher Invalidität	theil- weiser Invalidität	Fälle vorüber- gehender Erwerbs- unfähigkeit	Summa aller Unfälle
15	Oel-, Mahl- u. Gewürzmühlen; Stärke- fabriken, Stärkezucker- und Syrup- Fabriken; Schwerspath- und Gyps- mühlen; Stampfwerke . . . . .	38877	52	2	49	852	955
16	Papier-, Pappe-, Stein- u. Dachpappe- Fabriken . . . . .	67037	103	7	97	1048	1255
17	Buchbinderei; Cartonnage-, Couvert-, Tapeten-, Blumen-, Düten, Papier- wäsche- und Spielkarten-Fabriken	13243	—	—	5	71	76
18	Buch-, Kupfer- und Steindruckerei .	28776	5	—	17	208	230
19	Zuckerfabriken und Zuckerraffinerien	31181	19	—	35	727	781
20	Brennereien, Spiritusdestillation, Spritfabriken . . . . .	10397	8	—	16	270	294
21	Champagner-, Liqueur-, Bonbon- und Chocolade-Fabriken . . . . .	7931	—	—	6	90	96
22	Bierbrauereien mit und ohne Mälzerei	53732	100	8	76	1477	1661
23	Malzfabriken allein; Malzextrakt-Fa- briken . . . . .	1874	3	1	1	44	49
24	Gasfabriken und Coaksbrennereien .	22190	17	2	11	327	357
25	Asphalt-, Firniß-, Lack-, Oelfarben-, Leinöl, Kamphin-, Wagenschmier- und Maschinenöl-Fabriken; Oel- raffinerien; Siegellack-Fabriken; Theeröfen und Theerschweelereien	5577	7	—	5	94	106
26	Parfümerie-, Seifen-, Beinschwarz- Fabriken; Leimsiedereien, Leim- und Gelatine-Fabriken, Knochen- bleichereien u. Knochenbrennereien; Lichtzieherei und Lichtgiesserei, Pechsiederei; Talgschmolzerei, Wachlicht- und Wachswaaren- Fabriken; Wachstuch-Fabriken; Imprägnierungs-Anstalten . . . . .	10580	11	—	7	255	273
27	Alaunsiederei, Bleiweiss-, Bleizucker-, Pottasche-, Soda- und sonstige che- mische Fabriken ohne Explosiv- stoffe; Emailliranstalten, Salinen u. Salzsiedereien; Gold- u. Silber- Scheide-Anstalten . . . . .	17622	30	1	10	357	398
28	Alizarin-, Anilin- und Anilinfarben- Fabriken . . . . .	4673	3	2	6	54	65
29	Holztheer- und Holzessig-Fabriken; Essig- und Essigsprit-Fabriken . .	4490	4	—	11	56	71
30	Farben- und Farbwaaren-Fabriken (excl. Oelfarben); Ultramarin-, Dünger- und Düngepulver-, Bronze- Fabriken; Schleifereien, soweit sie nicht sonst erwähnt sind . . . . .	11982	13	1	13	165	192



Gruppe	Betrieb	Von 1871 bis 1880 incl. unter Beobach- tung stehende Arbeiter	Todesfälle	Fälle		Fälle vorüber- gehender Erwerbs- unfähigkeit	Summa aller Unfälle
				gänz- licher Invalidität	theil- weiser Invalidität		
31	Gummi- und Kautschukwaren- Fabriken . . . . .	8629	3	2	7	118	130
32	Chemische Fabriken mit Explosiv- stoffen; pharmaceutische Fabriken; Fabriken ätherischer Oele u. dergl.	2726	2	—	3	61	66
33	Hochbau (Maurer, Zimmerleute u. dgl.)	165345	223	8	118	3815	4164
34	Anstreicher, Stukkateure, Bautisch- lerei mit Maschinenbetrieb . . . .	6130	3	—	5	129	137
35	Stein- und Bildhauerei; Marmor- waren-Fabriken . . . . .	5016	1	—	1	92	94
36	Bauklempterei, Dachdecker, Blitz- ableiter-Fabriken . . . . .	1801	10	—	3	74	87
37	Bijouteriewaaren-, Quinquaille- rie-, Silber- und Goldwaaren-, Nadel- und Uhrfeder-Fabriken . . . . .	10047	1	1	2	65	69
38	Blechwaaren-, Brücken- und sonstige Waagen-Fabriken; Lampen-, Draht- stift-, Metallwaaren-, Nägel- und Nieten-, Neusilberwaaren-, Plat- tirtewaaren-, Schrauben- u. Schlüs- sel-Fabriken; Präge- und Press- anstalten; Schriftgiesserei, Draht- zieherei, Feilenhauerei, Schrot-, Wagen-, Hufbeschlag- und Näh- maschinen-Fabriken; Installations- geschäfte sowie Wasserwerke (Was- serversorgungs-Anstalten) . . . . .	60394	22	1	34	636	693
39	Bleiröhren- und Bleiplatten-Fabriken; Poterie- und kleinere Giessereien (aus Hoh- und Cupolöfen); Maschi- nenfabriken und Schiffsbauanstalten kleineren Umfangs; Gewehrfabri- ken, Metallgiessereien; Spritzen-, Waffen-, Gas- und Wasserleitungs- apparaten-Fabriken; Stahlwaaren- und Werkzeug-Fabriken . . . . .	109437	48	2	83	1796	1929
40	Höfen, Metallhütten, Argentan- und Messingwerke; Feineisen-Walz- werke; kleinere Hammerwerke . .	63797	37	4	55	954	1050
41	Maschinenfabriken, Eisengiessereien und Schiffsbauanstalten grösseren Umfanges; Waggon- und sonstige Eisenbahnbedarfs-Fabriken; Gas- und Wasserleitungsrohr-Fabriken; Kesselschmieden . . . . .	371633	197	40	481	9359	10077
42	Walzwerke (excl. Feineisen-Walz- werke), Stahlwerke und grössere Hammerwerke; Brückenbau- und Dachconstructions-Anstalten . . .	124896	97	17	207	4161	4482



Gruppe	Betrieb	Von 1871 bis 1880 incl. unter Beobach- tung stehende Arbeiter	Todesfälle	Fälle gänz- theil- licher weiser Invalidität		Fälle vorüber- gehender Erwerbs- unfähigkeit	Summa aller Unfälle
43	Gerbereien und Lederfabriken mit Dampfbetrieb . . . . .	16 616	7	1	9	188	205
44	Galanteriewaaren-, Darmsaiten-, Hand- schuh-, Hut-, Lederwaaren-, Porte- feuille-, Saffian-, Schuh- u. Stiefel-, Pergament-, Strohhut- und Korb- waaren-Fabriken . . . . .	8 452	—	—	5	40	45
45	Riemendreherei-, Sammet- u. Teppich- Fabriken, Webereien . . . . .	246 874	25	3	56	642	726
46	Appreturanstalten, Bleichereien, De- catiranstalten, Druckerei, Färberei, Sengerei, Walkerei . . . . .	102 511	43	5	65	962	1075
47	Spinnerei, Zwirnerei, Kämmerei, Tuch-, Decken-, Kattun-, Leinen- zeug- und Seidenzeug-Fabriken . .	384 344	87	6	274	2599	2966
48	Band-, Filz-, Filzwaaren-, Gaze-, Spritzenschlauch-, Strumpfwaa- ren-, Tüll-, Waldwoll- u. Wattenfabriken	17 857	—	—	12	90	102
49	Kunstwolle- (Shoddy-) Fabriken . . .	5 007	8	1	13	39	61
50	Alle Etablissements, welche ohne Gas-, Wasser- oder Dampfkraft betrieben werden und soweit sie nicht in den übrigen Gruppen aufgeführt sind. Ferner Bleistift-, Bürsten-, Pinsel-, Cichorien-, Crinolin-, Corset-, Käse-, Kirchenparamenten-, Korkwaaren-, Optische Waaren-, Conserven-, Pol- sterwaaren-, Posamentirwaaren-, Schirm-, Uhren-, Hornkamm-, Knopf-, Mineralwasser-, Fleisch- waaren-, Cigarren- und Tabak- Fabriken mit und ohne Dampf- betrieb; Dampfbäckereien, Getreide- darren, Seilereien . . . . .	43 995	11	2	23	766	802
51	Spedition u. Fuhrwesen; Eisenbahnen	17 126	57	3	38	1050	1148



Die bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1871—1880 beobachteten haftpflichtigen und nichthaftpflichtigen Unfälle, geordnet nach den Untergruppen der Gefahrenklasse II und berechnet auf je 1000 beobachtete Arbeiter.

(Relativzahlen zu Tabelle V.)

Tabelle VI.

Gruppe	Betrieb	Unter einjähriger Beobachtung stehende Arbeiter	Todesfälle	Fälle dauernder Invalidität	Fälle vorüber- gehender Erwerbs- unfähigkeit	Summa aller Unfälle
1	Braunkohlengruben, Petroleumwerke	1000	2,591	0,555	10,038	13,184
2	Grubenbetrieb (unterirdisch und durch Tagebau) mit Ausschluss der Stein- und Braunkohlenwerke; Wasser- schürfarbeiten, Bohrwerke . . . .	1000	1,520	0,781	5,637	7,938
3	Aufbereitungsanstalten . . . . .	1000	0,529	0,793	7,009	8,331
4	Steinbrüche jeder Art; Gräbereien auf Torf, Sand, Lehm etc.; Brunnen- gräberei . . . . .	1000	2,341	1,241	24,207	27,789
5	Gyps- und Kalkbrennerei . . . . .	1000	0,827	1,654	14,888	17,369
6	Eisenbahn-, Kanal-, Wasser- und Strassenbau . . . . .	1000	2,942	1,740	22,152	26,834
7	Glashütten, Glasschleifereien, Spiegel- fabriken . . . . .	1000	0,322	0,964	1,930	3,216
8	Ziegeleien mit Dampfbetrieb; Fabri- ken feuerfester Steine und Schmelz- tiegel . . . . .	1000	0,926	0,926	12,044	13,896
9	Cementfabriken; Fabriken von Thon- und Irdenwaaren, Porzellan-, Stein- gut-, Fayence- und Töpferwaaren; Ziegeleien ohne Dampfbetrieb; Fa- briken von Briquettes und Braun- kohlenpresssteinen . . . . .	1000	0,543	0,931	10,501	11,975
10	Cementwaaren- und Gypswaaren-Fa- briken . . . . .	1000	—	0,203	3,255	3,458
11	Holzschleifereien, Holzstoff-, Cellu- lose- und Strohstoff-Fabriken . .	1000	1,682	1,121	20,931	23,734
12	Kunsttischlerei mit Maschinenbetrieb; Fraismaschinen, Goldleisten-, Ki- sten-, Parquet- u. Zündholzfabriken; Kreissägen . . . . .	1000	0,688	1,682	24,847	27,217
13	Billard-, Möbel-, Spielwaaren-, Orgel-, Harmonika- u. Pianoforte-Fabriken; Holzwaaren-Fabriken ohne Kreis- sägen; xyloplastische Anstalten . .	1000	0,465	0,620	22,621	23,706
14	Sägemühlen . . . . .	1000	1,732	3,852	48,526	54,110



Gruppe	Betrieb	Unter einjähriger Beobachtung stehende Arbeiter	Todesfälle	Fälle dauernder Invalidität	Fälle vorüber- gehender Erwerbs- unfähigkeit	Summa aller Unfälle
15	Oel-, Mahl- u. Gewürzmühlen; Stärke- fabriken, Stärkezucker- und Syrup- fabriken; Schwerspath- und Gyps- mühlen; Stampfwerke . . . . .	1000	1,338	1,312	21,915	24,565
16	Papier-, Pappe-, Stein- u. Dachpappe- Fabriken . . . . .	1000	1,536	1,551	15,633	18,720
17	Buchbinderei; Cartonnage-, Couvert-, Tapeten-, Blumen-, Düten-, Papier- wäsche- und Spielkarten-Fabriken	1000	—	0,377	5,361	5,738
18	Buch-, Kupfer- und Steindruckerei .	1000	0,174	0,591	7,228	7,993
19	Zuckerfabriken und Zuckerraffinerien	1000	0,609	1,122	23,316	25,047
20	Brennereien, Spiritusdestillation, Spritfabriken . . . . .	1000	0,769	1,539	25,969	28,277
21	Champagner-, Liqueur-, Bonbon- und Chocolade-Fabriken . . . . .	1000	—	0,756	11,348	12,104
22	Bierbrauereien mit und ohne Mälzerei	1000	1,861	1,564	27,488	30,913
23	Malzfabriken allein; Malzextrakt-Fa- briken . . . . .	1000	1,601	1,067	23,479	26,147
24	Gasfabriken und Coaksbrennereien . .	1000	0,766	0,586	14,736	16,088
25	Asphalt-, Firniß-, Lack-, Oelfarben-, Leinöl-, Kamphir-, Wagenschmier- und Maschinenöl-Fabriken; Oel- raffinerien; Siegellack-Fabriken; Theeröfen und Theerschweelereien	1000	1,255	0,897	16,855	19,007
26	Parfümerie-, Seifen-, Beinschwarz- Fabriken; Leimsiedereien, Leim- und Gelatin-Fabriken; Knochen- bleichereien u. Knochenbrennereien; Lichtzieherei und Lichtgiesserei, Pechsiederei; Talgschmelzerei, Wachlicht- und Wachswaaren- Fabriken; Wachstuch-Fabriken; Imprägnierungs-Anstalten . . . . .	1000	1,039	0,662	24,102	25,803
27	Alaunsiederei, Bleiweiss-, Bleizucker-, Pottasche-, Soda- und sonstige che- mische Fabriken ohne Explosiv- stoffe; Emailliranstalten, Salinen u. Salzsiedereien; Gold- u. Silber- Scheideanstalten . . . . .	1000	1,702	0,624	20,259	22,585
28	Alizarin-, Anilin- und Anilinfarben- Fabriken . . . . .	1000	0,642	1,712	11,556	13,910
29	Holztheer- und Holzessig-Fabriken; Essig- und Essigsprit-Fabriken . .	1000	0,891	2,450	12,472	15,813
30	Farben- und Farbwaaren-Fabriken (excl. Oelfarben); Ultramarin-, Dünger- und Düngepulver-, Bronze- Fabriken; Schleifereien, soweit sie nicht sonst erwähnt sind . . . . .	1000	1,085	1,168	13,771	16,024



Gruppe	Betrieb	Unter einjähriger Beobachtung stehende Arbeiter	Todesfälle	Fälle dauernder Invalidität	Fälle vorüber- gehender Erwerbs- unfähigkeit	Summa aller Unfälle
31	Gummi- und Kautschukwaren- Fabriken . . . . .	1000	0,348	1,043	13,675	15,066
32	Chemische Fabriken mit Explosiv- stoffen; pharmaceutische Fabriken; Fabriken ätherischer Oele u. dergl.	1000	0,733	1,101	22,377	24,211
33	Hochbau (Maurer, Zimmerleute u. dgl.)	1000	1,349	0,762	23,073	25,184
34	Anstreicher, Stukkateure, Bautisch- lerei mit Maschinenbetrieb . . . .	1000	0,489	0,816	21,044	22,349
35	Stein- und Bildhauerei; Marmor- warenfabriken . . . . .	1000	0,199	0,199	18,342	18,740
36	Bauklempnerei, Dachdecker, Blitz- ableiter-Fabriken . . . . .	1000	5,552	1,666	41,088	48,306
37	Bijouteriewaaren-, Quinquailerie- Silber- und Goldwaaren-, Nadel- und Uhrfeder-Fabriken . . . . .	1000	0,100	0,299	6,469	6,868
38	Blechwaaren-, Brücken- und sonstige Waagen-Fabriken; Lampen-, Draht- stift-, Metallwaaren-, Nägel- und Nieten-, Neusilberwaaren-, Plat- tirtewaaren-, Schrauben- u. Schlüs- sel-Fabriken; Präge- und Press- anstalten; Schriftgiesserei, Draht- zieherei, Feilenhauerei, Schrot-, Wagen-, Hufbeschlag- und Näh- maschinen-Fabriken; Installations- geschäfte sowie Wasserwerke (Was- serversorgungs-Anstalten) . . . . .	1000	0,363	0,580	10,532	11,475
39	Bleiröhren- und Bleiplatten-Fabriken; Poterie- und kleinere Giessereien (aus Hoh- und Cupolöfen); Maschi- nenfabriken und Schiffsbauanstalten kleineren Umfangs; Gewehrfabri- ken, Metallgiessereien; Spritzen-, Waffen-, Gas- und Wasserleitungs- apparaten-Fabriken; Stahlwaaren- und Werkzeug-Fabriken . . . . .	1000	0,439	0,777	16,411	17,627
40	Hohöfen, Metallhütten, Argentan- und Messingwerke; Feineisen-Walz- werke; kleinere Hammerwerke . .	1000	0,580	0,925	14,953	16,458
41	Maschinenfabriken, Eisengiessereien und Schiffsbauanstalten grösseren Umfanges; Waggon- und sonstige Eisenbahnbedarfs-Fabriken; Gas- und Wasserleitungsrohr-Fabriken; Kesselschmieden . . . . .	1000	0,530	1,402	25,183	27,115
42	Walzwerke (excl. Feineisen-Walz- werke), Stahlwerke und grössere Hammerwerke; Brückenbau- und Dachconstructions-Anstalten . . .	1000	0,777	1,793	33,316	35,886



Gruppe	Betrieb	Unter einjähriger Beobachtung stehende Arbeiter	Todesfälle	Fälle dauernder Invalidität	Fälle vorüber- gehender Erwerbs- unfähigkeit	Summa aller Unfälle
43	Gerbereien und Lederfabriken mit Dampfbetrieb . . . . .	1000	0,421	0,602	11,315	12,338
44	Galanteriewaaren-, Darmsaiten-, Hand- schuh-, Hut-, Lederwaaren-, Porte- feuille-, Saffian-, Schuh- u. Stiefel-, Pergament-, Stroh- und Korb- waaren-Fabriken . . . . .	1000	—	0,591	4,733	5,324
45	Riemendreherei, Sammet- u. Teppich- Fabriken; Webereien . . . . .	1000	0,101	0,239	2,601	2,941
46	Appreturanstalten, Bleichereien, De- catiranstalten, Druckerei, Färberei, Sengerei, Walkerei . . . . .	1000	0,420	0,683	9,384	10,487
47	Spinnerei, Zwirnerei, Kämmerei, Tuch-, Decken-, Kattun-, Leinen- zeug- und Seidenzeug-Fabriken . .	1000	0,226	0,729	6,762	7,717
48	Band-, Filz-, Filzwaaren-, Gaze-, Spritzenschlauch-, Strumpfwaren-, Tüll-, Waldwoll- u. Watten-Fabriken	1000	—	0,672	5,040	5,712
49	Kunstwolle- (Shoddy-) Fabriken . .	1000	1,598	2,796	7,789	12,183
50	Alle Etablissements, welche ohne Gas-, Wasser- oder Dampfkraft betrieben werden und soweit sie nicht in den übrigen Gruppen aufgeführt sind. Ferner: Bleistift-, Bürsten-, Pinsel-, Cichorien-, Crinolin-, Corset-, Käse-, Kirchenparamenten-, Korkwaaren-, Optische Waaren-, Conserven-, Pol- sterwaaren-, Posamentirwaaren-, Schirm-, Uhren-, Hornkamm-, Knopf-, Mineralwasser-, Fleisch- waaren-, Cigarren- und Tabak- fabriken mit und ohne Dampf- betrieb; Dampfbäckereien, Getreide- darrn, Seilereien . . . . .	1000	0,250	0,568	17,411	18,229
51	Spedition u. Fuhrwesen; Eisenbahnen	1000	3,328	2,394	61,310	67,032

Derartige statistische Untersuchungen haben nicht nur etwa einen theoretischen Werth, sie haben vielmehr eine eminent praktische Bedeutung für die Unfallverhütung und es kann daher den gegenwärtig funktionirenden Berufsgenossenschaften die Aufstellung und Bearbeitung einer sorgfältigen Unfallstatistik nicht dringend genug empfohlen werden; die dafür aufgewandten Opfer an Zeit und Geld werden sich reichlich lohnen. Nach dieser Richtung ist vor Allem eine genaue und fortlaufende Ermittlung der verschiedenen

Die Unfalls-  
ursachen in den  
einzelnen In-  
dustriezweigen



Unfallsursachen nothwendig, da die hierbei gewonnenen Resultate, indem sie die Gefährlichkeit der einzelnen Industriezweige und die Quelle dieser Gefährlichkeit erkennen lassen, zugleich die geeignetsten Mittel zur Herbeiführung einer zweckmässigen Unfallverhütung an die Hand geben, eine sorgfältige Unfallstatistik ist also die nothwendige Voraussetzung der letzteren.

Eine solche Statistik muss natürlich sehr in's Detail gehen und sie ist auch für die Berufsgenossenschaften, deren jede einzelne ja nur einen ganz speziellen Industriezweig oder doch eng mit einander zusammenhängende, unter sich verwandte Gewerbe umfasst, sehr wohl durchführbar.

Die nachfolgende Zusammenstellung kann selbstverständlich nicht so sehr in's Detail gehen, es würde das den Rahmen dieser Arbeit weit überschreiten; immerhin aber glaube ich in derselben manchen interessanten Aufschluss und werthvollen Fingerzeig gegeben zu haben. Der Beobachtung zu Grunde gelegt sind wieder die oben auf Seite 84 angeführten Gefahrenklassen resp. Hauptgruppen I—XIII b. der Gefahrenklasse II bei der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank und zwar für den fünfjährigen Zeitraum von 1878—1882 incl. Während desselben standen insgesamt unter Beobachtung:

in Gefahrenklasse I: 54505 Personen,

in Gefahrenklasse II:

in Hauptgruppe I: 30628 Personen

		II:	41105	„
„	„	III:	46421	„
„	„	IV:	13276	„
„	„	V:	25995	„
„	„	VI:	59885	„
„	„	VII:	33925	„
„	„	VIII:	27583	„
„	„	IX:	52844	„
„	„	X:	62842	„
„	„	XI:	363741	„
„	„	XII:	400052	„
„	„	XIII a.:	29693	„
„	„	XIII b.:	15674	„



Die Ursachen und Folgen der bei der Leipziger Unfallbank während  
der Jahre 1878 bis 1882 beobachteten Unfälle.

Ursache der angemeldeten Unfälle.	Folgen der angemeldeten Unfälle.			Total.
	Tod.	Invalidi- tät.	Vorüber- gehende Erwerbs- unfähigkeit	
<b>Gefahrenklasse I.</b>				
<b>Steinkohlenbergwerke.</b>				
An Maschinen . . . . .	14	7	79	100
Durch Bruch der Zimmerung u. s. w. . . . .	2	3	29	34
„ Einsturz des Gesteins . . . . .	49	9	378	436
Bei der Schiessarbeit . . . . .	4	—	44	48
Durch Sturz . . . . .	29	2	86	117
„ Kesselexplosion . . . . .	1	—	—	1
„ schlagende u. s. w. Wetter . . . . .	49	—	19	68
„ Grubenbrand . . . . .	—	—	1	1
Beim Transport und Verladen . . . . .	20	3	403	426
Durch sonstige Ursachen . . . . .	17	4	330	351
	185	28	1369	1582
<b>Gefahrenklasse II.</b>				
<b>Hauptgruppe I.</b>				
<b>Bergbau excl. Steinkohlenbergbau.</b>				
An Maschinen . . . . .	8	3	32	43
Bruch der Zimmerung u. s. w. . . . .	1	1	6	8
Einsturz des Gesteins . . . . .	20	2	112	134
Bei der Schiessarbeit . . . . .	5	9	44	58
Sturz . . . . .	11	4	43	58
Kesselexplosion . . . . .	—	—	—	—
Matte u. s. w. Wetter . . . . .	—	—	—	—
Grubenbrand . . . . .	—	—	—	—
Beim Transport und Verladen . . . . .	2	1	110	113
Sonstige Ursachen . . . . .	4	3	89	96
	51	23	436	510
<b>Hauptgruppe II.</b>				
<b>Steinbrüche, Gräbereien und Verwandes.</b>				
Ablösung von Erd- und Gesteinsmassen . . . . .	47	14	385	446
Sturz . . . . .	16	3	171	190
Beim Sprengen . . . . .	9	4	81	94
„ Transport und Verladen . . . . .	21	23	593	637
Sonstige Ursachen . . . . .	7	16	302	325
	100	60	1532	1692



Ursachen u. Folgen der bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1878–82 beobachteten Unfälle  
Fortsetzung von Seite 101.

Ursache der angemeldeten Unfälle.	Folgen der angemeldeten Unfälle.			Total.
	Tod.	Invalidi- tät.	Vorüber- gehende Erwerbs- unfähigkeit.	
Hauptgruppe III.				
Glas- und Thonwaarenindustrie und Verwandtes.				
An Maschinen . . . . .	5	17	98	120
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	1	2	17	20
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	—	1	19	20
Verbrennung . . . . .	2	—	21	23
Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	—	—	—	—
Beim Transport und Verladen . . . . .	6	7	285	298
Sonstige Ursachen . . . . .	8	7	219	234
	22	34	659	715
Hauptgruppe IV.				
Holzindustrie und Verwandtes excl. Sägemühlen.				
An Maschinen . . . . .	3	21	322	346
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	—	2	24	26
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	—	—	2	2
Verbrennung . . . . .	—	—	22	22
Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	—	—	2	2
Beim Transport und Verladen . . . . .	—	—	81	81
Sonstige Ursachen . . . . .	—	1	138	139
	3	24	591	618
Hauptgruppe V.				
Mühlenindustrie und Verwandtes.				
An Kreissägen . . . . .	2	16	246	264
„ sonstigen Maschinen . . . . .	2	12	234	248
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	9	12	96	117
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	2	1	34	37
Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	2	—	4	6
Beim Transport und Verladen . . . . .	13	16	561	590
Sonstige Ursachen . . . . .	8	6	393	407
	38	63	1568	1669
Hauptgruppe VI.				
Papierindustrie und Verwandtes.				
An Maschinen . . . . .	9	41	487	537
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	14	10	70	94
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	4	—	30	34
Verbrennung . . . . .	5	2	102	109
Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	1	—	7	8
Beim Transport und Verladen . . . . .	4	5	205	214
Sonstige Ursachen . . . . .	5	4	272	281
	42	62	1173	1277



Ursachen u. Folgen der bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1878–82 beobachteten Unfälle.  
Fortsetzung von Seite 102.

Ursachen der angemeldeten Unfälle.	Folgen der angemeldeten Unfälle.			Total.
	Tod.	Invalidi- tät.	Verüber- gehende Erwerbs- unfähigkeit.	
Hauptgruppe VII.				
Zuckerindustrie und Verwandtes.				
An Maschinen . . . . .	8	23	159	190
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	3	2	30	35
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	1	2	30	33
Verbrennung . . . . .	9	1	181	191
Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	1	—	4	5
Beim Transport und Verladen . . . . .	11	2	429	442
Sonstige Ursachen . . . . .	5	12	427	444
	38	42	1260	1340
Hauptgruppe VIII.				
Bierbrauerei und Verwandtes.				
An Maschinen . . . . .	5	6	72	83
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	4	4	20	28
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	8	6	78	92
Verbrennung . . . . .	6	1	122	129
Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	—	—	2	2
Beim Transport, Verladen und bei Manipulationen mit Fässern überhaupt . . . . .	17	15	711	743
Sonstige Ursachen . . . . .	16	13	395	424
	56	45	1400	1501
Hauptgruppe IX.				
Chemische Industrie und Verwandtes.				
An Maschinen . . . . .	4	14	209	227
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	4	5	44	53
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	2	1	8	11
Verbrennung . . . . .	12	3	348	363
Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	3	—	35	38
Beim Transport und Verladen . . . . .	10	9	583	602
Sonstige Ursachen . . . . .	11	22	631	664
	46	54	1858	1958
Hauptgruppe X.				
Baugewerbe.				
An Maschinen . . . . .	2	3	69	74
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	—	—	9	9
Durch Bruch von Gerüsten u. s. w. . . . .	8	6	231	245
„ Sturz . . . . .	43	23	841	907
„ herabfallende Gegenstände . . . . .	15	11	518	544
„ Einsturz von Baulichkeiten . . . . .	10	1	62	73
Beim Transport und Verladen . . . . .	9	5	713	727
Sonstige Ursachen . . . . .	3	8	767	778
	90	57	3210	3357



Ursachen u. Folgen der bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1878–82 beobachteten Unfälle.

Fortsetzung von Seite 103.

Ursache der angemeldeten Unfälle.	Folgen der angemeldeten Unfälle.			Total.
	Tod.	Invalidi- tät.	Vorüber- gehende Erwerbs- unfähigkeit.	
Hauptgruppe XI.				
Metallindustrie und Verwandtes.				
An Maschinen . . . . .	26	149	3330	3505
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	17	18	189	224
Beim Giessen . . . . .	2	13	992	1007
Sonstige Verbrennungen . . . . .	9	22	2506	2537
Abspringen von Metallsplintern . . . . .	3	92	1153	1248
Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	23	3	81	107
Bei der Montage . . . . .	34	27	1046	1107
Beim Transport und Verladen . . . . .	41	61	4895	4997
Sonstige Ursachen . . . . .	42	66	6638	6746
	197	451	20830	21478
Hauptgruppe XII.				
Leder- und Textilindustrie und Verwandtes.				
An Maschinen . . . . .	13	130	1868	2011
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	14	22	184	220
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	4	2	37	43
Verbrennung . . . . .	6	5	315	326
Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	4	1	30	35
Beim Transport und Verladen . . . . .	10	9	457	476
Sonstige Ursachen . . . . .	23	15	800	838
	74	184	3691	3949
Hauptgruppe XIII <sup>a</sup>				
Alle in den vorstehenden Gruppen nicht auf- geführten Betriebe, sowie diejenigen, welche ohne Dampf-, Gas- oder Wasserkraft arbeiten.				
An Maschinen . . . . .	1	8	339	348
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	1	5	28	34
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	—	—	4	4
Verbrennung . . . . .	—	—	16	16
Durch Explosion von Dampfkesseln u. s. w. . . . .	—	—	—	—
Beim Transport und Verladen . . . . .	3	1	67	71
Durch Thiere . . . . .	—	—	9	9
Sonstige Ursachen . . . . .	—	3	107	110
	5	17	570	592



Ursachen u. Folgen der bei der Leipziger Unfallbank während der Jahre 1878—82 beobachteten Unfälle.  
Fortsetzung von Seite 104.

Ursache  der angemeldeten Unfälle.	Folgen der angemeldeten Unfälle.			Total.
	Tod.	Invalidi- tät.	Vorüber- gehende Erwerbs- unfähigkeit.	
Hauptgruppe XIII <sup>b</sup>				
Spedition, Fuhrwesen, Eisenbahnen.				
An Maschinen . . . . .	—	4	83	87
„ Riemen und Transmissionen . . . . .	1	—	5	6
„ Fahrstühlen und Aufzügen . . . . .	—	—	1	1
Verbrennung . . . . .	—	—	4	4
Kesselexplosion . . . . .	—	—	—	—
Beim Transport und Verladen . . . . .	35	19	1125	1179
Durch Thiere . . . . .	3	1	70	74
Sonstige Ursachen . . . . .	3	4	90	97
	42	28	1378	1448

Durch diese Zusammenstellung wird die bereits oben hervor-  
gehobene Thatsache von Neuem bestätigt, dass die mit der Trans-  
portarbeit verbundene, vielfach unterschätzte Gefahr eine nicht nur  
ganz bedeutende, sondern auch in vielen Betriebszweigen die Gefahr  
der Maschinenbedienung weit überwiegende ist. So ist z. B. in dem  
bereits früher als besonders gefährlich erwiesenen Bierbrauerei-  
Gewerbe der dritte Theil aller schweren und die Hälfte aller leichten  
Unfälle allein auf die Transportgefahr zurückzuführen, und in der  
Metallindustrie sind bei der Transportarbeit beinahe doppelt so viele  
Todesfälle vorgekommen wie an Maschinen und die Summe der hier  
überhaupt beim Transport eingetretenen Unfälle verhält sich zu der-  
jenigen der Maschinenunfälle wie 7 : 5. — Im engen Zusammenhange  
mit den Transportunfällen stehen die an Fahrstühlen und Aufzügen  
vorgekommenen Verletzungen; berücksichtigt man den Umstand, dass  
die Benutzung dieser Apparate nur einen unbedeutenden Theil des  
betr. Betriebes darstellt, dass weiter nur ein verschwindend kleiner  
Theil des Personals überhaupt mit denselben in Berührung kommt,  
so ist die Zahl der hier zu beklagenden Unfälle eine erschreckend  
grosse und fordert auf das Ernstlichste zur Einführung strenger Ver-  
hütungsmassregeln auf. Namentlich angesichts der durch die vor-  
stehenden Tabellen erwiesenen Thatsache, dass der Prozentsatz der  
Todes- und Invaliditätsfälle hier ein ganz besonders hoher ist. —



Als eine aussergewöhnlich gefährliche Maschine erweist sich weiter die Kreissäge (siehe Hauptgruppe V), wie denn überhaupt die Holzbearbeitungs-Maschinen — Fraisen, Hobelmaschinen u.s.w. — weit gefährlicher sind, als die meisten Maschinen der Metallindustrie. — In der Letzteren ist die Gefahr, durch abspringende Metallsplitter verletzt und zwar schwer verletzt zu werden, eine bedeutende. Sowohl nach dieser Richtung hin, als rücksichtlich der Gefährlichkeit der Kreissägen sind auch bereits seit einer Reihe von Jahren Anstrengungen gemacht worden, durch Schutzbrillen resp. Schutzhauben die Zahl der Unfälle möglichst zu vermindern, leider indess bis jetzt noch mit keineswegs überall befriedigendem Resultate, dessen Herbeiführung zudem durch die Indolenz der Arbeiter erschwert wird.

#### Haftpflichtige Unfälle in Folge fehlender und mangelhafter

Betrieb	An Maschinen			An Riemen und Transmissionen			An Fahrstühlen und Aufzügen			Durch Verbrennung			An Kreissägen		
	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit
Hauptgruppe:															
III. Glas- u. Thonwaren-Industrie und Verwantes . . . . .	1	4	8	—	—	2	—	—	2	—	—	3	—	—	—
IV. Holzindustrie und Verwantes excl. Sägemühlen . . . . .	—	5	16	—	1	5	—	—	1	—	—	1	—	—	—
V. Mühlenindustrie u. Verwantes	—	—	18	3	2	10	—	—	2	—	—	—	4	15	—
VI. Papierindustrie „ „	2	7	35	3	1	7	1	—	3	2	—	3	—	—	—
VII. Zuckerindustrie „ „	—	3	9	2	—	3	1	1	5	—	—	13	—	—	—
VIII. Bierbrauerei „ „	2	1	6	1	—	5	1	—	13	—	—	11	—	—	—
IX. Chemische Industrie und Verwantes . . . . .	2	—	6	—	1	6	—	—	—	2	—	15	—	—	—
XI. Metallindustrie . . . . .	3	16	135	5	5	20	—	—	—	1	1	42	—	—	—
XII. Leder- und Textil-Industrie .	1	25	140	3	3	21	1	—	5	1	—	38	—	—	—
XIII <sup>a</sup> . Alle übrigen Etablissements, soweit sie in den sonstigen Hauptgruppen nicht aufgeführt sind, sowie diejenigen, welche ohne Gas-, Wasser- oder Dampfkraft betrieben werden . . . . .	1	1	15	—	1	6	—	—	1	—	—	2	—	—	—
Total	12	62	388	17	14	85	4	1	32	6	1	128	—	4	15

Gewiss ist überhaupt schon viel geschehen, um durch entsprechende Betriebsvorschriften und Schutzvorrichtungen der Unfallsentstehung vorzubeugen; viel ist aber immer noch zu thun übrig geblieben. Hier ist das dankbarste Feld für die Berufsgenossenschaften, welchem meiner Ansicht nach eine weit grössere Aufmerksamkeit gewidmet werden könnte, als es von manchen Stellen aus bis jetzt wenigstens geschehen ist, und so nothwendig der Erlass von Unfallverhütungs-Vorschriften als erster Schritt auf diesem Gebiete auch ist, so wenig liegt in ihm das einzige Mittel zur Herbeiführung des wahrlich aufs Dringendste zu wünschenden Erfolges.\*)

\*) Auch der Jahresbericht der Handelskammer zu Osnabrück für 1886 beklagt

#### Schutzvorrichtungen in den Jahren 1878 und 1879.

Beim Giessen	Durch Abspringen von Metallsplittern			Bei der Montage			Durch Explosion von Dampfkesseln etc.			Summa			Während im gleichen Zeitraum überhaupt als haftpflichtig entschädigt wurden Unfälle		
	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Invalidität	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	15	3	6	57
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	23	—	6	35
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	6	45	5	10	93
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	8	48	9	9	74
—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	4	4	31	5	4	72
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	35	7	4	97
—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	4	1	34	8	2	80
— 2 39	1	7	18	6	2	90	3	—	13	19	33	357	28	44	713
—	—	—	—	—	—	—	4	1	12	10	29	216	14	31	305
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	24	3	2	32
— 2 39	1	7	18	6	2	90	8	1	33	54	94	828	82	118	1558
										976			1758		



Vorstehende, ebenfalls auf meinen Erfahrungen bei der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank beruhende Tabelle zeigt ohne jeden weiteren Kommentar, welche Unterlassungssünden hinsichtlich zweckentsprechender Schutzvorrichtungen begangen worden sind.

Die Ermittlung  
der relativen  
Gefährlichkeit in  
den einzelnen  
Industriezweigen  
bei der  
Leipziger Unfall-  
bank und deren  
Schwierigkeiten.

Ich habe bereits oben darauf hingewiesen, dass die auf Grund des Unfall-Versicherungs-Gesetzes von 1884 geschaffenen Berufsgenossenschaften wesentlich den bei der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank bestehenden Einrichtungen entsprechend organisirt sind; es gilt dies insbesondere auch bezüglich der nach § 28 des genannten Gesetzes innerhalb der einzelnen Berufsgenossenschaften errichteten Gefahrenklassen, deren Gefahrrentarif (der Massstab, nach welchem sich der Antheil der einzelnen Gefahrenklassen an dem Gesamtbedarf der Berufsgenossenschaft berechnet) nach Ablauf der ersten zwei Rechnungsjahre und alsdann von 5 zu 5 Jahren revidirt werden soll. Diese Bestimmungen decken sich vollkommen mit dem § 19 der Statuten der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank: „Je nach der Art und Weise des Betriebes und des Industriezweiges werden für die Gefahrenklasse II durch Beschluss der Generalversammlung Gruppen gebildet, welche bei Erhebung der Semesterbeiträge an dem Gesamtterfordernisse der Gefahrenklasse auf Grundlage der von 3 zu 3 Jahren sich herausstellenden Beitragsantheile participiren. Diese Beitragsantheile werden nach den Ergebnissen der Schadenstatistik berechnet“.

Die von der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank gewonnenen, die relative Gefährlichkeit der einzelnen Gruppen der Gefahrenklasse II darstellenden Zahlen — die Coëfficienten — lassen sich jedoch insofern nicht für die Berufsgenossenschaften verwerthen, als Letztere alle überhaupt vorkommenden Betriebsunfälle zu entschädigen haben, sofern dieselben nur entweder den Tod oder eine längere als dreizehnwöchentliche Dauer der gänzlichen resp. theilweisen Erwerbsunfähigkeit des Verletzten zur Folge haben, während die Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank nur durch diejenigen Unfälle berührt wurde, in welchen dem Arbeitgeber eine gesetzliche Entschädigungspflicht dem Verletzten gegenüber oblag; in solchen

(Seite 35) die geringe Thätigkeit der Berufsgenossenschaften nach dieser Richtung hin und wie wenig man sich auch mit dem Einführen von Unfallverhütungs-Vorschriften beeilt, geht daraus hervor, dass Ende 1887 — also nach 2 $\frac{1}{4}$ jähriger Wirksamkeit der Berufsgenossenschaften — erst 28 derselben (soweit sie vom Reichsversicherungsamt ressortiren), also noch nicht einmal die Hälfte der bestehenden, mit solchen Vorschriften versehen waren.



Fällen musste sie dann natürlich eintreten ohne Rücksicht auf die Art und die Dauer der Unfallsfolgen.

Trotz dieser Unterschiede möchte es aber doch für die Bestimmung des Gefährlichkeitsverhältnisses der einzelnen Industriezweige unter einander nicht unwichtig sein, die bei der Leipziger Gesellschaft nach dieser Richtung hin befolgten Grundsätze und gemachten Erfahrungen hier kurz zu besprechen.

So unzweifelhaft richtig in theoretischer Beziehung das Princip der Gruppeneintheilung und der Berechnung der Coëfficienten auf Grund der Statistik auch war, so mannigfache Schwierigkeiten stellten sich der praktischen Ausführung desselben entgegen, Schwierigkeiten, die theils bleibender Natur waren, theils im Laufe der Zeit ganz zurückgetreten sein würden, wenn die neue Socialgesetzgebung ein Fortbestehen der genannten Gesellschaft ermöglicht hätte. Die Schwierigkeiten der letzteren Art lagen hauptsächlich in der immerhin nicht langen Zeit des Bestehens der Bank und der sich nur sehr allmählich ausbildenden Gleichmässigkeit der Rechtsprechung in Haftpflichtsachen. Im Zusammenhange mit der verhältnissmässig kurzen Zeitdauer stand der weitere Umstand, dass zur möglichsten Individualisirung des Risiko's zwar eine möglichst weitgehende Gruppeneintheilung erforderlich war, durch eine solche aber naturgemäss die Zahl der beobachteten Arbeiter in einzelnen Gruppen sehr herabgedrückt werden musste, sei es, weil es in Deutschland überhaupt nur wenige Etablissements des betr. Gewerbes gab, sei es weil diese an sich nur wenig zahlreicher Arbeitskräfte bedurften, oder endlich, weil nur ein geringer Theil derselben bei der genannten Gesellschaft versichert hatten. Es fehlte also hier an grossen Beobachtungszahlen, auf Grund deren allein sich sichere Schlüsse ziehen lassen; bei Verwerthung des für solche Gruppen mit nur kleinen Beobachtungszahlen gewonnenen statistischen Materials war daher Vorsicht geboten. — Ein weiterer bei Beurtheilung der rechnerischen Ergebnisse zu berücksichtigender Umstand war der, dass zu Anfang der siebenziger Jahre in manchen Gewerben zahlreiche neue Fabriken an den verschiedensten Orten gleichzeitig in rascher Aufeinanderfolge errichtet wurden (z. B. Papierfabriken), es fehlte daher in den meisten dieser neuen Unternehmungen längere Zeit hindurch an einem ausreichend geschulten Personal und kamen in Folge dessen anfänglich zahlreiche und schwere Unfälle vor, während sich die Ziffer der letzteren der allmählich fortschreitenden Ausbildung der Arbeiter entsprechend in der Folgezeit wieder herabminderte.



Die Berufsgenossenschaften haben nun ihre Gefahrentarife, soviel mir bekannt, weniger auf Grund einer Unfallstatistik, als auf Grund von Schätzungen aufgestellt, wenn auch manche derselben hierbei vielleicht die seitens der Reichsregierung bei ihrer dem Entwurfe von 1882 vorausgehenden Enquete gewonnenen Resultate, oder die bisherigen Erfahrungen der Privat-Unfall-Versicherungsgesellschaften benutzt haben mögen; bei der ersten Revision ihrer Tarife wird sich daher ebenfalls die erwähnte Schwierigkeit, die in der kurzen Zeit des Bestehens liegt, geltend machen. Aber man wird auch hier noch einer anderen und zwar dauernden Schwierigkeit begegnen, welche darin begründet ist, dass ein und dasselbe Fabrikat auf ganz verschiedene Weise und dementsprechend mit ganz verschiedener Unfallsgefahr hergestellt werden kann. Namentlich gilt dies von der chemischen Industrie und braucht hier für den Fachmann nur auf die so wesentlich von einander verschiedenen Herstellungsverfahren gewisser Theerfarbstoffe, von Weinsteinsäure und Soda hingewiesen zu werden, während z. B. auch in der Metallindustrie die Fabrikation von Walzdraht nach dem BÖKER'schen Patente in Folge der hierbei nothwendigen weit grösseren Walzengeschwindigkeit viel gefährlicher ist, als das seither übliche ältere

Ausgleichsmittel. Verfahren. — Hier kann die richtige Tarifrung nur mittelst Auferlegung eines Zuschlags, resp. Ertheilung eines Rabattes auf den Gefährlichkeits-Coëfficienten der betr. Industriegruppe herbeigeführt werden, ein von der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank auf Grund einer genauen Statistik und eingehender Besichtigung der betr. Betriebe mit Erfolg durchgeführtes Verfahren. Der § 28 des Gesetzes von 1884 berechtigt zwar auch die Berufsgenossenschaften zur Auferlegung von Zuschlägen, resp. Rabattgewährung; jedoch durfte bei der ersten Tarifrung von dieser Ermächtigung noch kein Gebrauch gemacht werden; sie darf vielmehr erst zur Anwendung kommen, wenn die sich doch nur sehr allmählich herausbildende Unfallstatistik hierzu die Unterlage abgibt. Diese oben genannte Bedingung beweist zudem, dass das Gesetz nur die Möglichkeit herstellen wollte, auf Grund der Erfahrung einen Unterschied zu machen zwischen mehr oder weniger gut eingerichteten, mehr oder weniger sorgfältig geleiteten Etablissements derselben Art, dass es aber nicht auch die in der Verschiedenheit der Fabrikationsmethode begründete grössere oder geringere Gefährlichkeit berücksichtigt wissen wollte. Meiner Ansicht nach bedürfte es nur einer Deklaration seitens des Reichsversicherungsamtes, um diesen durch die Erfahrungen der Privat-



Gesellschaften als nöthwendig erwiesenen Unterschied in der Tarification auf Grund des § 28 des Gesetzes von 1884 auch durch die Berufsgenossenschaften markiren zu lassen.

Auch nach einer anderen Richtung hin war das System der Zuschläge resp. des Rabattes bei der Leipziger Unfallbank ein vollkommeneres. Es giebt in manchen Industriezweigen gewerbliche Anlagen, welche nur wenige Arbeiter beschäftigen, während die übrigen Etablissements derselben Gruppe durchschnittlich über ein weit grösseres Personal verfügen. Ereignen sich nun in einer Anlage der ersteren Art mehrere schwere Unfälle, so erwachsen hierdurch der Gesamtheit Lasten; welchen die Unternehmer der ersteren Kategorie eben wegen der von ihnen beschäftigten geringen Personenzahl niemals auch nur annähernd entsprechende Gegenleistungen gegenüber zu stellen vermögen, während die Entschädigungen für die schweren Unfälle der grossen Etablissements derselben Branche im Laufe der Zeit, ja vielleicht oft schon sehr bald ihren Ausgleich finden durch die seitens dieser Unternehmungen aus Anlass ihres zahlreichen Personals zu zahlenden höheren Beitragssummen. Hierzu kommt weiter noch, dass gerade bei den kleinen Fabriken sehr häufig weder die Güte und Sicherheit der maschinellen Einrichtungen, noch die technische Aufsicht sich mit derjenigen der grösseren Werke auch nur annähernd auf die gleiche Stufe stellen lassen und endlich sind die Verwaltungs-Arbeiten und -Kosten, welche die ersteren verursachen, mindestens relativ grösser, wie die durch die letzteren veranlassten. Es erscheint daher nur gerechtfertigt, den kleineren Unternehmungen in derselben Industrie-Gruppe einen Zuschlag aufzuerlegen; die Durchführung dieses Grundsatzes hat sich bei der Leipziger Unfall-Versicherungs-Bank durchaus bewährt, und da die Berufsgenossenschaften thatsächlich nichts anderes sind, wie diese, nämlich Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, so würde es auch für sie nur wünschenswerth sein, die gleiche Lizenz zu erhalten. —

Die Berechnung der Coëfficienten für die einzelnen Gefahrengruppen der Leipziger Gesellschaft hatte die Ermittlung des Unfallrisiko's des betr. Industriezweiges in Rücksicht auf eine gesetzliche Haftpflicht des Unternehmers zum Zweck; in den Coëfficienten sollte also die relative Gefährlichkeit der einzelnen Betriebsarten nach dieser Richtung hin zum Ausdruck kommen und es entstand daher die Frage, ob bei Ermittlung der Coëfficienten auch solche Unfälle mit in Rechnung zu ziehen seien, welche sich in dem einen

Die Berücksichtigung der Unfälle an Dampf-kesseln, Motoren und Transmissionen bei Ermittlung des Gefährlichkeitsverhältnisses.



Gewerbe so gut ereignen können, wie in dem anderen, ich meine Unfälle an Dampfkesseln, Motoren und Transmissionen, die also in keinem ursächlichen Zusammenhange mit der speziellen Betriebsgefahr stehen, vielmehr überall da vorkommen können; wo überhaupt Dampfkessel, Motoren und Transmissionen in Anwendung sind. — Für die Berücksichtigung auch dieser Unfälle scheint der Umstand zu sprechen, dass in gewissen Industriezweigen Transmissionsanlagen z. B. in weit grösserem Umfange vorhanden sind, wie in manchen anderen, was u. A. bei einem Vergleiche zwischen Textil- und Metallindustrie eklatant in Erscheinung tritt. Aber trotz der weit grösseren Anzahl der Arbeiter, welche bei der ersteren in der Nähe von Transmissionsanlagen beschäftigt sind, ereignen sich doch hier weniger Unfälle an Transmissionen, weil in den meisten Etablissements eigene Transmissionswärter angestellt sind. Nach der Tabelle auf Seite 104 kommen auf 1000 beobachtete Arbeiter in der Textilindustrie (Hauptgruppe XII) 0,54993 und in der Metallindustrie (Hauptgruppe XI) 0,61582 Transmissionsunfälle, auf 1000 beobachtete Arbeiter in der Textilindustrie 0,03499, in der Metallindustrie aber 0,04674 Todesfälle bei Transmissionsanlagen. Im Ganzen waren während der Jahre 1878—82 in der Textilindustrie auf 400 052 beobachtete Arbeiter 220 Transmissionsunfälle (darunter 14 Todesfälle) vorgekommen; in der Metallindustrie auf nur 363 741 beobachtete Arbeiter dagegen 224 Transmissionsunfälle (darunter 17 Todesfälle). Wenn man daher an dem Grundsatz festhält, der Coëfficient solle nur die einem speziellen Betriebe als solchem innewohnende Gefährlichkeit zum Ausdruck bringen, so dürfen Unfälle, die sich eben so gut in jedem anderen Betriebe ereignen können, jedenfalls nicht in dem Maasse bei der Berechnung der Coëfficienten berücksichtigt werden, wie die übrigen Unfälle.

Die mehrgenannte Leipziger Gesellschaft verfuhr daher in der Weise, dass man die an Dampfkesseln, Motoren und Transmissionen vorgekommenen haftpflchtigen Unfälle in den einzelnen Gruppen ausschied, den auf sie entfallenden Gesamtentschädigungsbetrag auf sämtliche Arbeiter derjenigen Betriebe vertheilte, in welchen überhaupt Dampfkessel, Motoren und Transmissionen vorhanden waren und den so gefundenen Quotienten zu dem nach Ausscheidung der genannten Unfälle ermittelten Coëfficienten sämtlicher hier in Frage kommenden Gruppen gleichmässig hinzuaddirte. Es ergab sich hierbei, dass der solchergestalt ermittelte und auf die mit Dampfkesseln, Motoren und Transmissionen arbeitenden Betriebe zu



vertheilende Zuschlag sich bei den drei Berechnungen der Coëfficienten in den Jahren 1879, 1882 und 1885 auf 0,19 resp. 0,21 resp. 0,20 stellte, eine Gleichmässigkeit, welche um so interessanter ist, als das durch Addition sämtlicher Entschädigungsleistungen pro Kopf des beschäftigten Arbeitspersonals in den einzelnen Gruppen gefundene allgemeine Risiko pro Kopf von Ende 1879 bis Ende 1882 um 33% und von da ab bis Ende 1885 sogar um 46,25% gestiegen war, also sehr erhebliche Abweichungen zeigte. —

Ein näheres Eingehen auf die Statistik der genannten Leipziger Gesellschaft würde hier zu weit führen; ich musste mich darauf beschränken, an einigen besonderen Momenten und Resultaten derselben zu zeigen, welch' reiches und interessantes Bearbeitungsmaterial eine sorgfältige Unfallstatistik zu liefern vermag, ein Material von grosser Wichtigkeit bezüglich einer gerechten Vertheilung der Unfalllasten und einer praktischen Unfallverhütung. So gross daher auch die Opfer sein mögen, welche aus der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften dem einzelnen Industriellen erwachsen, so hoch sich auch die Verwaltungskosten bei manchen derselben gestaltet haben mögen, meiner Ansicht nach müssen noch weitere Opfer an Zeit und Geld für Einrichtung und Durchführung einer genauen Unfallstatistik gebracht werden, deren Resultate jedoch im Laufe der Zeit die aufgewandten Mittel reichlich lohnen werden. Bietet sich in der Unfallstatistik der sicherste Weg zur richtigen Würdigung des Risiko's, zur gerechten Vertheilung der Lasten, zu einer erfolgreichen Unfallverhütung — und ich glaube dies nachgewiesen zu haben — so darf man diesen Weg nicht unbetreten lassen, denn auch er führt uns dann dem hohen Ziele näher, welches die neue deutsche Socialgesetzgebung sich gesteckt hat und dessen Erreichung im gleichmässigen Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie des gesamten Vaterlandes auf's innigste zu wünschen ist.



## NACHTRAG.

(Vergl. S. 77.)

Erst nach Fertigstellung der vorstehenden Arbeit ist mir der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungs-Amtes für das Jahr 1887 bekannt geworden. Nach demselben sind während des genannten Jahres bei den 439 vom Reichs-Versicherungs-Amt ressortirenden Schiedsgerichten auf 16 189 berufsgenossenschaftliche Feststellungsbescheide und eine erhebliche zur Zeit noch nicht ermittelte Anzahl von Abänderungsbescheiden (§ 65 des Gesetzes von 1884) nicht weniger wie 5941 Berufungen eingelegt worden. Also nahezu  $33\frac{1}{3}\%$  der Unfälle gaben Anlass zu einem Prozesse! —

Von den ergangenen schiedsgerichtlichen Entscheidungen waren 3552 durch Rekurs anfechtbar und auf diese wurde während jenes Betriebsjahres in 1065 Fällen Rekurs eingelegt, zu welchen bis zur Abfassung des Geschäftsberichtes noch weitere 122 Fälle hinzutraten, im Ganzen also 1187, oder wiederum annähernd  $33\frac{1}{3}\%$ .

Vergleicht man diese Ergebnisse mit den von mir Seite 78 gegebenen Prozessziffern der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig, so ergibt sich, ganz abgesehen von anderen naheliegenden Schlussfolgerungen, zum Mindesten der Beweis dafür, dass auf die Entwicklung der Entschädigungs-Klagen unter der früheren Gesetzgebung doch wohl ganz andere Motive von massgebendem Einfluss gewesen sein dürften, als die angebliche Vorliebe der Privat-Versicherungs-Gesellschaften für solche Prozesse.

Nach dem Geschäfts-Berichte des Reichs-Versicherungs-Amtes waren weiter zu Ende 1887 noch 730 der bei demselben im genannten Jahre anhängig gewordene Rekurse unerledigt, oder, da bei Beginn des Betriebsjahres noch 169 frühere Fälle offen standen und während desselben 1065 neue hinzutraten,  $59\%$  der anhängig gewesenen, ein Beweis dafür, dass auch unter der Herrschaft der neuen Gesetzgebung der Arbeiter mitunter recht lange auf die ihm zustehende Entschädigung warten muss.

Bei den gegen die Privat-Versicherungs-Gesellschaften bezüglich der Haftpflicht-Prozesse erhobenen Vorwürfen ist es im Zusammenhang mit den vorstehend mitgetheilten Zahlen doppelt interessant, die Ansicht berufsgenossenschaftlicher Kreise, welchen man doch



gewiss eine Voreingenommenheit zu Gunsten der Privat-Versicherungs-Gesellschaften nicht imputiren wollen wird, kennen zu lernen. Der dritte Verwaltungsbericht der Sektion II (Leipzig) der Sächsischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft sagt Seite 5 und 6 wörtlich:

„Ein besonderer Anreiz zur Inanspruchnahme der Genossenschaft aber liegt in der Bestimmung des § 50 Abs. 5 des „Unfallversicherungs-Gesetzes (wonach die Kosten des Verfahrens „vor dem Schiedsgericht, also z. B. auch sämtliche Zeugen- „und Sachverständigen-Gebühren, in allen Fällen, selbst im „Falle der Abweisung des Klägers ausschliesslich von der Berufsgenossenschaft zu tragen sind.) Diese Bestimmung lässt es „nur zu erklärlich erscheinen; wenn gegen die genossenschafts- „seitigen Entschädigungsfestsetzungen fast regelmässig, wenn „nicht gerade die volle Rente gewährt wird, Berufung eingelegt „wird. Der Verletzte sagt sich, dass er dabei unmöglich etwas „verlieren kann, immerhin aber die Chance hat, etwas zu gewinnen.

„Wenn man das Prozessiren zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter der Herrschaft des „Haftpflichtgesetzes zuweilen als eine Art von „Kriegszustand bezeichnet hat, so würde man diese Bezeichnung mit grösserem Rechte auf diesen, durch den „§ 50 cit. geschaffenen Zustand anwenden können. Um „so bedenklicher erscheint dieser Zustand, als die bisherige „Rechtsprechung dem Wohlwollen gegen die Arbeiter einen „grösseren Einfluss auf die Entscheidungen einräumt, als uns „nach dem Unfallversicherungsgesetz begründet erscheint. Auch „wir nehmen für uns Arbeitgeber das Anerkenntniss in Anspruch, „dass wir bei Festsetzung der Unfallentschädigungen von „richtigem Wohlwollen gegen die Arbeiter geleitet werden und „gewissenhaft bestrebt sind, die Idee des Unfallversicherungsgesetzes zu verwirklichen. Die Opfer aber, welche von den „Arbeitgebern gefordert werden, sollten billigerweise nicht über „das gebotene Maass ausgedehnt werden und insbesondere sollte „den Berufsgenossenschaften nicht zugemuthet werden, erhebliche „Kosten selbst in solchen Fällen zu tragen, in denen ungerechtfertigte Ansprüche gegen sie geltend gemacht werden.“



LEIPZIG  
GIESECKE & DEVRIENT  
TYP. INST.



## VITA.

Ich bin am 12. December 1839 zu Wiesbaden geboren, wo mein Vater, Hofrath GEORG LEHR, gegenwärtig noch lebt, während meine Mutter LUISE, geb. VIGELIUS bereits 1873 gestorben ist.

Nachdem ich das Gelehrten-gymnasium meiner Vaterstadt bis zur Prima absolvirt hatte, ging ich Ostern 1857 auf das dortige Realgymnasium über und legte nach zweijährigem Besuche desselben das Maturitätsexamen ab. Von Ostern 1859 bis Herbst 1860 studirte ich dann an der damaligen Königl. Hannover. Bergschule zu Clausthal, ein weiteres Jahr (bis Herbst 1861) an der Universität Heidelberg und von da ab bis Herbst 1862 an der Königl. Sächs. Bergakademie zu Freiberg. Seit Herbst 1866 bei der Universität Leipzig immatrikulirt, habe ich an denselben staats- und kameralwissenschaftlichen Studien obgelegen. —

Nach meinem Abgange von der Bergakademie zu Freiberg und einer längeren Instruktionsreise durch die rheinisch-westfälischen Industriebezirke trat ich zunächst im Frühjahr 1863 als Chemiker und Hilfsingenieur für den Hohofenbetrieb auf der Friedrich Wilhelmshütte zu Mülheim a. d. Ruhr ein; leitete dann von April 1864 bis December 1865 den Betrieb des Laufacher Eisenwerks bei Aschaffenburg und war vom 1. Januar 1866 bis 1. Juli 1873 technischer Direktor des der Gewerkschaft Primavesi & Co. zu Gravenhorst bei Hörstel in Westfalen gehörigen, ausgedehnten Bergwerks-, Hohofen- und Giessereibetriebs. — Im Jahre 1869 verheirathete ich mich mit LUDWIGA WINTER, Tochter des Herrn Bergrath WINTER zu Wiesbaden. — Von Juli 1873 bis dahin 1875 war ich auf einer Maschinenfabrik in Schmalkalden thätig, trat dann im Herbst 1875 als Ingenieur und technischer Beirath des Vorstandes in die Dienste der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank zu Leipzig, wurde 1882 stellvertretendes Vorstandsmitglied und 1883 Direktor derselben. Als die genannte Gesellschaft in Folge der neuen Socialgesetzgebung am 1. Oktober 1887 ihre Thätigkeit einstellte, wurde ich seitens der die Auflösung beschliessenden Generalversammlung zum Liquidator der Bank erwählt, als welcher ich noch gegenwärtig fungire.



114

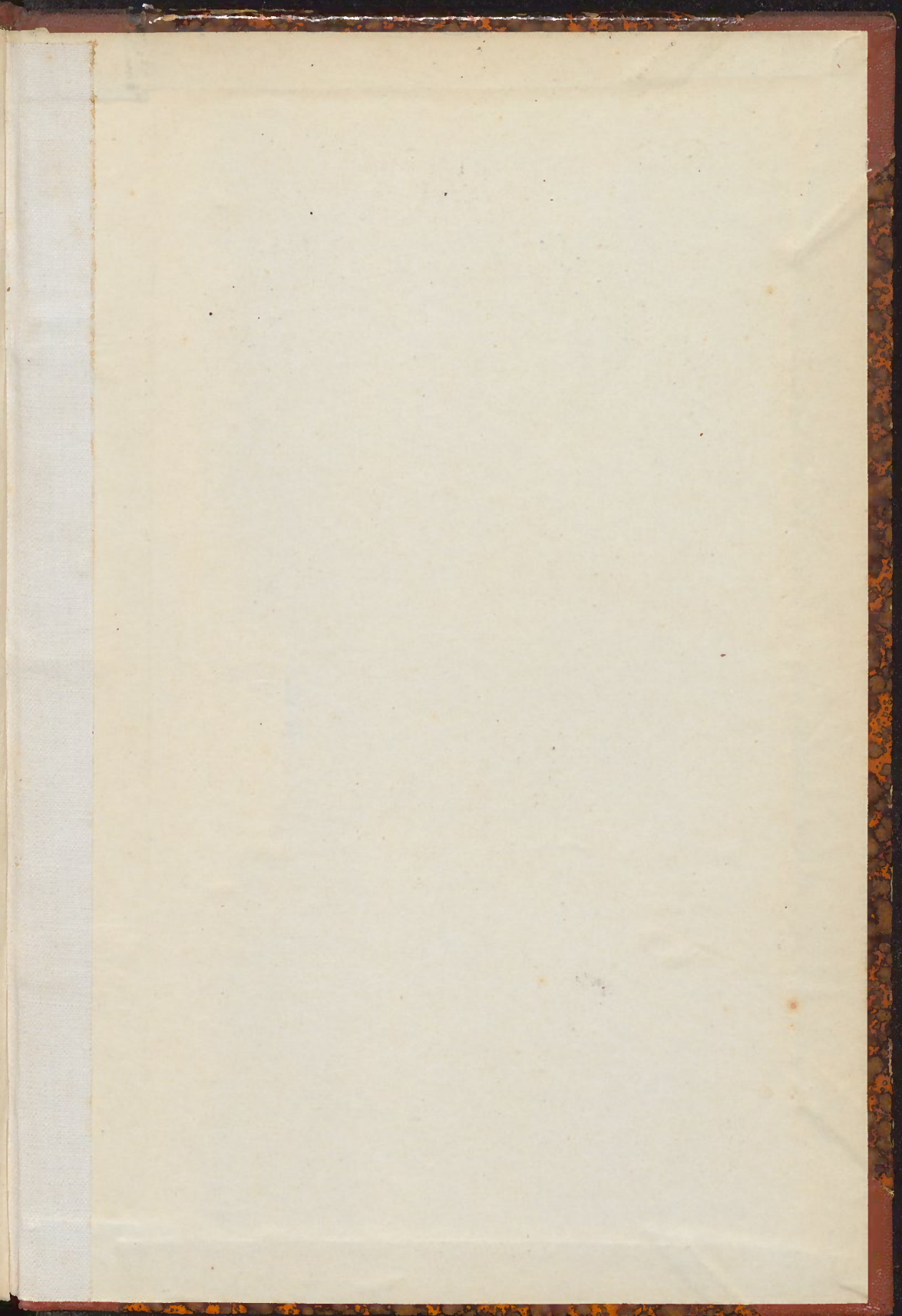


85













206\$07967276